



# Landtag von Baden-Württemberg

12. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 28. September 2016 • Haus des Landtags

Beginn: 9:03 Uhr

Schluss: 12:51 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin . . . . .	475	b) <b>Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder, der/des Vorsitzenden und der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses</b> . . . . .	489
Glückwünsche zum Geburtstag des Ministers Guido Wolf . . . . .	475	Abg. Dr. Christina Baum AfD . . . . .	489
Eintritt des Abg. Thomas Hentschel . . . . .	475	Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE . . . . .	491
Nachwahl eines Mitglieds im Richterwahlausschuss und eines Mitglieds im Staatsanwaltwahlausschuss . . . . .	475	Abg. Nicole Razavi CDU . . . . .	493
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen und bei den Schriftführern . . . . .	475	Abg. Sascha Binder SPD . . . . .	494
		Abg. Thomas Axel Palka ABW . . . . .	495
		Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP . . . . .	497
		Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) . . . . .	497
		Beschluss . . . . .	498
1. Aktuelle Debatte – <b>Defizite der Wohnungsbaupolitik und politisches Handeln unter dem Einfluss der Masseneinwanderung und der allgemeinen Wohnungsnot in Baden-Württemberg</b> – beantragt von der Fraktion der AfD . . . . .	476	3. a) Erste und Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – <b>Gesetz zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes</b> – Drucksache 16/619	
Abg. Dr. Heiner Merz AfD . . . . .	476	b) Antrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – <b>Minderheitsrechte von zwei Fraktionen in der Geschäftsordnung</b> – Drucksache 16/620 . . . . .	498
Abg. Susanne Bay GRÜNE . . . . .	478	Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE . . . . .	498
Abg. Tobias Wald CDU . . . . .	480	Abg. Nicole Razavi CDU . . . . .	499
Abg. Daniel Born SPD . . . . .	481, 488	Abg. Sascha Binder SPD . . . . .	500
Abg. Dr. Jörg Meuthen ABW . . . . .	482	Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP . . . . .	501
Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP . . . . .	484, 489	Abg. Anton Baron ABW . . . . .	502
Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut . . . . .	486	Abg. Dr. Heiner Merz AfD . . . . .	503
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) . . . . .	488	Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW (persönliche Erklärung) . . . . .	504
2. a) Antrag der Fraktion der ABW und der Fraktion der AfD – <b>Einsetzung und Auftrag des Untersuchungsausschusses „Linksextremismus in Baden-Württemberg“</b> – Drucksache 16/423		Beschluss . . . . .	505

<p>4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU – <b>Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg</b> – Drucksache 16/348</p> <p>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/605. . . . . 505</p> <p>Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE . . . . . 505</p> <p>Abg. Tobias Wald CDU . . . . . 506</p> <p>Abg. Rainer Stickelberger SPD . . . . . 506</p> <p>Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW. . . . . 507</p> <p>Abg. Andreas Glück FDP/DVP . . . . . 508</p> <p>Abg. Emil Sänze AfD. . . . . 509</p> <p>Minister Thomas Strobl . . . . . 510</p> <p>Beschluss . . . . . 510</p> <p>5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Änderung des Forstverwaltungs-Kostenbeitrags-Gesetzes und des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes</b> – Drucksache 16/597. . . . . 510</p>	<p>Minister Peter Hauk . . . . . 511</p> <p>Abg. Reinhold Pix GRÜNE. . . . . 511</p> <p>Abg. Manuel Hagel CDU. . . . . 513</p> <p>Abg. Reinhold Gall SPD . . . . . 514</p> <p>Abg. Udo Stein ABW. . . . . 515</p> <p>Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP. . . . . 516</p> <p>Abg. Hans Peter Stauch AfD . . . . . 517</p> <p>Beschluss . . . . . 518</p> <p>Nächste Sitzung . . . . . 518</p> <p>Anlage 1 Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE – Nachwahl zum Richterwahlausschuss nach dem Ausscheiden des bisherigen Mitglieds Dr. Lehnig – Nachwahl zum Staatsanwaltswahlausschuss nach dem Ausscheiden des bisherigen Mitglieds Dr. Lehnig . . 519</p> <p>Anlage 2 Vorschlag der Fraktion GRÜNE – Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen . . . . . 520</p> <p>Anlage 3 Vorschlag der Fraktion der AfD – Umbesetzung bei den Schriftführern. . . . . 521</p>
--	--

## Protokoll

über die 12. Sitzung vom 28. September 2016

Beginn: 9:03 Uhr

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 12. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Dr. Rainer Podeswa erteilt.

Krankgemeldet sind Herr Minister Winfried Hermann und Herr Abg. Jürgen Walter.

Dienstlich verhindert sind ganztätig Frau Staatssekretärin Petra Olschowski, von 10:30 bis 12:00 Uhr Frau Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut sowie ab 10:30 Uhr Herr Staatssekretär Dr. Andre Baumann.

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten!

Wir haben heute ein Geburtstagskind unter uns. Lieber Minister und Kollege Wolf, ich darf Ihnen im Namen des ganzen Hauses ganz herzlich zu Ihrem Geburtstag gratulieren und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir fahren fort.

(Unruhe)

– Ich bitte darum, die Zwiegespräche einzustellen.

Auch mit Blick auf unsere Gäste auf der Zuhörertribüne darf ich darauf hinweisen, dass die Bildschirme rechts und links im Plenarsaal heute zum ersten Mal in Betrieb sind. Darauf ist der Livestream unter Angabe der Tagesordnungspunkte und der Namen der jeweiligen Rednerinnen und Redner zu sehen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, dürfen wir außerdem einen neuen Kollegen in unseren Reihen begrüßen.

Die Landeswahlleiterin hat mit Schreiben vom 27. Juli 2016 mitgeteilt, dass Sie, lieber Herr Kollege Thomas Hentschel, mit Wirkung vom 5. August 2016 die rechtliche Stellung eines Abgeordneten des 16. Landtags von Baden-Württemberg erworben und die Nachfolge von Frau Dr. Kirsten Lehnig angetreten haben. Im Namen des ganzen Hauses heiße ich Sie im Landtag herzlich willkommen und wünsche Ihnen viel Glück und Erfolg bei der Ausübung Ihres Mandats.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Durch das Ausscheiden von Frau Dr. Lehnig aus dem Landtag ist eine Nachwahl beim Richterwahlausschuss und beim

Staatsanwaltswahlausschuss notwendig geworden. Nach den §§ 54 Absatz 1 und 89 a des Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetzes sind für den Rest der Amtszeit Nachfolger für den Richterwahlausschuss und für den Staatsanwaltswahlausschuss zu bestimmen.

Die vorschlagsberechtigte Fraktion GRÜNE schlägt als künftiges Mitglied des Richterwahlausschusses das bisherige stellvertretende Mitglied, Herrn Kollegen Daniel Andreas Ledebal, und als stellvertretendes Mitglied den neuen Kollegen, Herrn Abg. Thomas Hentschel, vor.

Als Mitglied des Staatsanwaltswahlausschusses schlägt die Fraktion GRÜNE das bisherige stellvertretende Mitglied, Frau Kollegin Nese Erikli, und als stellvertretendes Mitglied Herrn Kollegen Thomas Hentschel vor (*Anlage 1*).

Sind Sie damit einverstanden, dass diese Wahl offen durchgeführt wird? – Das ist der Fall.

Wer diesen Wahlvorschlägen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist den Wahlvorschlägen mehrheitlich zugestimmt.

Auf Ihren Tischen finden Sie außerdem einen Vorschlag der Fraktion GRÜNE für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen (*Anlage 2*) sowie einen Vorschlag der Fraktion der AfD für eine Umbesetzung bei den Schriftführern (*Anlage 3*). – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen ebenfalls vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) vom 15. Juli 2016 – Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD – Drucksache 16/364

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Anträge der Landesregierung vom 26. Juli und 12. September 2016 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 16/368, 16/543

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

(Präsidentin Muhterem Aras)

3. Mitteilung des Rechnungshofs vom 4. August 2016 – Beratende Äußerung „Straßenbetriebsdienst an Landesstraßen“ – Drucksache 16/400

Überweisung vorberatend an den Ausschuss für Verkehr und federführend an den Ausschuss für Finanzen

4. Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 4. August 2016 – Übersicht über die im Kalenderjahr 2015 geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben ab einem Betrag von 100 000 € oder mehr (§ 37 Absatz 4 LHO in Verbindung mit § 7 Absatz 5 StHG 2015/2016) – Drucksache 16/422

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen

5. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Juli 2016, Az.: 1 BvR 1586/14 – Verfassungsbeschwerde gegen verschiedene Vorschriften des Landeshochschulgesetzes wegen der Hochschulorganisation in Baden-Württemberg

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

6. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 1. August 2016, Az.: 2 BvR 309/15 – Verfassungsbeschwerde gegen § 25 Absatz 3 des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes über die Fixierung untergebrachter Personen

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

\*

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Mitglieder der Regierung, schließlich darf ich Sie darauf aufmerksam machen, dass heute Vormittag der Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e. V. in der Eingangshalle u. a. zu einer Tasse fair gehandeltem Kaffee einlädt.

Die Faire Woche findet jedes Jahr in der zweiten Septemberhälfte statt. Zahlreiche Einrichtungen – wie Kommunen oder Schulen – beteiligen sich mit bundesweit über 2 000 Aktionen.

Gern bieten auch wir dem Dachverband wieder die Gelegenheit, sich mit uns – vor allem nach der Plenarsitzung – über das diesjährige Motto „Fairer Handel wirkt!“ auszutauschen. Hierbei werden zusätzlich ein Imbiss mit fair gehandelten Produkten und weitere fair gehandelte Getränke angeboten. Gleichzeitig werden Sie über die Handy-Aktion informiert.

Meine Damen und Herren, unter Punkt 3 unserer Tagesordnung ist entsprechend der Beschlussfassung im Landtagspräsidium die Erste und Zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes vorgesehen. Nach § 50 Satz 1 der Geschäftsordnung kann die Frist zwischen Erster und Zweiter Beratung eines Gesetzentwurfs bei Feststellung der Tagesordnung durch Beschluss des Landtags verkürzt werden.

Wer dieser Fristverkürzung zwischen Erster und Zweiter Beratung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Fristverkürzung mehrheitlich zugestimmt.

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

### **Aktuelle Debatte – Defizite der Wohnungsbaupolitik und politisches Handeln unter dem Einfluss der Masseneinwanderung und der allgemeinen Wohnungsnot in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der AfD**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 60 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache stehen jeder Fraktion zehn Minuten Redezeit zur Verfügung. Ich darf auch die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich an diesen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung hinweisen, gemäß dem die Aussprache im Rahmen der Aktuellen Debatte in freier Rede zu führen ist.

Ich erteile für die Fraktion der AfD Herrn Abg. Dr. Merz das Wort.

**Abg. Dr. Heiner Merz** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Die Folgen der Masseneinwanderung, insbesondere auf dem Wohnungsmarkt, sind gravierender und weiter reichend, als es uns die Politiker von CDU, Grünen, SPD und der kleinen FDP/DVP ständig einreden wollen.

(Zuruf: Sie sind noch kleiner!)

Die massive Einwanderung seit dem vergangenen Jahr von mittlerweile rund 1,5 Millionen Menschen nach Deutschland bedeutet auch,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie sieht es denn mit der freien Rede aus? Die Präsidentin hat gerade gesagt: „in freier Rede“! Kriegen Sie das hin?)

dass alle diese 1,5 Millionen bislang Hierhergekommenen – bitte schön – auch wohnen wollen, vom drohenden Familiennachzug ganz zu schweigen.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Von den Kartellparteien hören wir immer vollmundig, dass diese Leute integriert werden sollen. Zur Integration gehört natürlich auch eine Wohnung.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Von wem haben Sie sich das aufschreiben lassen?)

Unser Mauschelministerpräsident Kretschmann mag ja glauben, dass die Häuser und Wohnungen irgendwie vom Himmel fallen – selbstverständlich nach höchsten ökologischen Baustandards mit Fahrradgarage, Aufzug und Solardach.

Doch ich bitte Sie, sich der Realität zu stellen. In Baden-Württemberg haben in den Jahren 2015 und 2016 mehr als 120 000 Hierhergekommene – also Flüchtlinge, Glückssucher und Wirtschaftsmigranten – einen Asylantrag gestellt – Asylanträge, welche oft grundlos und somit eigentlich von selbst hinfällig sind.

Doch Abschiebungen gestalten sich schwierig, selbst wenn seitens der Regierung hierzu ein Wille vorhanden wäre. Doch obwohl sogar Frau Merkel es neuerdings endlich gemerkt zu

(Dr. Heiner Merz)

haben scheint, was sie und ihre schwarz-rote Koalition unserem Land angetan hat, werden die notwendigen Schritte nicht oder nur sehr zögerlich durchgesetzt. Das bedeutet: Wenn die Migranten erst einmal im Land sind, werden die meisten von ihnen, wenn die bisherige Willkommenskultur weitergeführt wird, wohl bleiben.

Das würde bedeuten – das sind nur die Zahlen von 2015 und 2016 –, dass allein in Baden-Württemberg über 100 000 Menschen zusätzlich eine Wohnung suchen; und hier ist nicht einmal ein möglicher Familiennachzug mit berücksichtigt, der diese Zahl schnell verzweifachen kann und womöglich verzehnfachen wird.

Hat die grün-schwarze Landesregierung hierfür einen Plan? Ich fürchte, nicht – es sei denn, dieser Plan wäre irgendwo in geheimen Nebenabreden versteckt.

(Vereinzelte Heiterkeit)

Hat wenigstens das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen Plan? Auf eine Kleine Anfrage antwortete die Landesregierung im März, dass – ich zitiere – „keine Prognosen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge über den Zugang an Flüchtlingen für die nächsten Jahre bekannt“ seien. Daher könne „ein Bedarf an zusätzlichem Wohnraum nicht verlässlich beziffert werden“.

Das heißt, selbst das zuständige Bundesministerium hat keinen Plan und keine Ahnung, wie eine Unterbringung von all den zu uns Gekommenen funktionieren soll oder gar funktionieren könnte. Für mindestens 100 000 Menschen plus etwaigem Familiennachzug sind somit ruckzuck ungefähr schätzungsweise 80 000 Wohnungen zusätzlich in Baden-Württemberg fällig.

Die Frage lautet: Wo will die Landesregierung diese zusätzlichen Wohnungen hernehmen? Diese Mammutaufgabe fällt wie bisher den Gemeinden und Städten zu. Die Kommunen müssen nun sehen, wie sie irgendwie mit den ihnen zugeschobenen Problemen zurechtkommen. Unsere „Bundesmutter“ rief die Massen ins Land, die Länder halten sich vornehm zurück – auch bei den Abschiebungen –, und die Kommunen zahlen die Zeche.

Doch unser grün regiertes Land hält sich nicht nur vornehm zurück, was die Schaffung von Wohnungen angeht. Die schmählichste Aktion der grün-roten Vorgängerregierung war der Verkauf von 4 000 Wohnungen der Landesbank Baden-Württemberg für 1,4 Milliarden € an die Heuschrecke PATRIZIA im Jahr 2012. Die betroffenen Mieter wurden hierzu übrigens weder gefragt noch informiert, und die damals so genannte Sozialcharta ist nach wie vor ein Geschäftsgeheimnis.

Anstatt Tafelsilber zu verscherbeln, muss schnellstmöglich eine vernünftige Wohnungsbaupolitik angestoßen werden, eine Politik, die Eigeninitiative fördert ebenso wie, in vertretbarem Maß, sozialen Wohnungsbau oder Förderprogramme für einkommensschwache Einheimische – Einheimische, die mit ihren Steuern nicht nur berechnete Asylanten, sondern auch unberechtigte, Asylbewerber, Geduldete und weitere Hierhergekommene finanzieren, und zwar Tag für Tag, Monat für Monat und bald – das muss man leider wohl auch sagen – Jahr für Jahr.

(Beifall bei der AfD und Abgeordneten der ABW)

Doch selbst ohne Asylkrise haben wir mittlerweile eine dramatische Situation auf dem Immobilienmarkt. Jahrzehntelang wurde der Neubau von Wohnungen erschwert und verteuert. Die Kosten für einen Neubau sind seit dem Jahr 2000 bis heute um etwa 50 % gestiegen – so das Ergebnis einer Studie des Bochumer Instituts für Wohnungswesen. Für eine Wohnung zwischen 40 und 80 m<sup>2</sup> muss ein Käufer heute im Durchschnitt 25 % mehr bezahlen als noch vor drei Jahren. An diesen immensen Kostensteigerungen sind nicht nur Energiesparverordnungen, Trinkwasserverordnungen, Vorschriften zu Brand- und Schallschutz oder zu Stellplätzen – neuerdings auch Fahrradstellplätzen – schuld; auch der Steuerbüttel – besonders dieser – bedient sich am Bauherrn maßlos.

(Beifall bei der AfD und der ABW)

Grün-Rot in Baden-Württemberg erhöhte 2011 die Grunderwerbsteuer um satte 42 % –

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

was übrigens Herrn Strobl veranlasste, den damaligen rot-grünen Finanzminister als „unerhört raffgierig“ zu bezeichnen.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD und der ABW)

Nun zitiere ich aus der Stellungnahme des Staatsministeriums zu einem Antrag vom August dieses Jahres zur Grunderwerbsteuer: Es

*kann eine Erhöhung zum derzeitigen Zeitpunkt ... nicht ausgeschlossen werden.*

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Der Staat als Raffke!)

Aha. Die Regierung Kretschmann/Strobl – ja, derselbe Herr Strobl, der den damaligen Finanzminister als „unerhört raffgierig“ bezeichnet hat – liebäugelt also mit einer weiteren Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf voraussichtlich raffgierige 6,5 % – was dann einer weiteren Steigerung dieser Steuer um 30 % entspricht. – So viel zur Wohnungseigentumsförderung dieser Koalition der Nebenabreder hier.

Neben Asylanten und Geduldeten drängen sozial schwache Familien auf den leergefegten Wohnungsmarkt. Wer wenig verdient, hat angesichts von rasant steigenden Mieten und dramatisch hohen Immobilienpreisen praktisch keine Chance, eine bezahlbare Wohnung in halbwegs akzeptabler Lage zu finden. Es ist ein Armutszeugnis für diese wie auch für die letzte Landesregierung, dass es zwar Förderprogramme für Migranten und einige schnell hochgezogene Unterkünfte für Migranten gibt, dass aber keinerlei Wille vorhanden war und ist, für die 23 000 Obdachlosen im Land ähnliche Anstrengungen zu unternehmen.

(Beifall bei der AfD und der ABW)

Für die einheimischen Obdachlosen interessierte sich nie groß ein Altparteienpolitiker.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Typischer Fall von „Keine Ahnung“! Sie haben keine Ahnung, was da gemacht worden ist! Nur Sprechblasen!)



(Dr. Heiner Merz)

Jetzt frage ich Sie aber: Wieso wird dagegen für die oft kulturfremden Neuankömmlinge das Füllhorn so bereitwillig ausgeschüttet? Kann das womöglich daran liegen, dass alle Linksparteien bei uns hier ihre Wähler von morgen sehen – in den selbstverständlich bald mit Doppelpass beglückten afrikanischen, orientalischen Neubürgern? Warum reagieren Politiker der Altparteien erst dann auf die Probleme des Wohnungsmarkts, wenn halb Afrika und halb Südwestasien hierher drängt und – angeblich – Schutz sucht?

(Vereinzelt Heiterkeit – Beifall bei der AfD und der ABW – Abg. Reinhold Gall SPD: Wie billig! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Verstehen Sie überhaupt, was man Ihnen da aufgeschrieben hat?)

Für die deutsche Bevölkerung interessieren sich die vorgeblich so sozialen Politiker der Altparteien schon lange nicht mehr.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD und der ABW)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Bay. Es ist ihre erste Rede im Plenum, daher bitte ich um etwas Ruhe. – Danke.

**Abg. Susanne Bay GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin!

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Das gilt für alle, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

**Abg. Susanne Bay GRÜNE:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ein Blick in die Statistik hilft bei der Einordnung so manch kruder These. Seit der Gründung unseres Bundeslands 1952 hat sich die Einwohnerzahl von Baden-Württemberg um 4,2 Millionen erhöht. Von diesen 4,2 Millionen sind 3,1 Millionen der Zuwanderung von außerhalb der Landesgrenzen unseres Bundeslands zu verdanken.

Unser heutiger Wohlstand, die wirtschaftliche Stärke unseres Bundeslands und unser lebenswertes Land gründen also auf einem gedeihlichen Zusammenwirken von alten Baden-Württembergern und Baden-Württembergern und neuen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Ich könnte jetzt bei Ihnen eine Abfrage machen. Aber ich gebe Ihnen eine Aufgabe mit: Überlege doch jede und jeder, wann und warum die eigene Herkunftsfamilie nach Baden-Württemberg gekommen ist. Weil all diese Menschen hier wohnen wollten und wohnen wollen, gibt es – sogar schon seit 1922 – eine öffentliche Förderbank, deren zentrale Aufgabe die Förderung des Wohnungsbaus ist – immer mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Wohnungsversorgung für eine wachsende Bevölkerung ist also seit beinahe 100 Jahren eine Aufgabe, der sich unser Staat verschrieben hat.

Es gibt also überhaupt keinen Grund für eine derart reißerische Formulierung in einer Aktuellen Debatte, es sei denn, es geht einem darum, verschiedene Gruppen von Wohnungssu-

chenden gegeneinander auszuspielen und eine Neiddebatte in der Gesellschaft zu schüren.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Halten wir uns weiterhin an die Fakten. Bereits vor Jahren hat die damalige grün-rote Landesregierung gesellschaftliche Entwicklungen erkannt und die Anstrengungen besonders beim sozialen Wohnungsbau wieder verstärkt.

Menschen mit Handicap suchen im Rahmen der Inklusion Wohnraum in Wohnquartieren. Die Zahl der Singlehaushalte steigt. Eine zunehmende Zahl älterer Menschen sucht barrierefreien Wohnraum. Die Zahl der Haushalte mit einem Eltern- teil steigt.

In Baden-Württemberg gibt es mehr Studierende als früher, und Menschen in prekären Lebenslagen suchen ebenfalls Wohnraum. Dieser ist vor allem in Ballungsräumen knapp und teuer. Deshalb wurde und wird die Wohnungssuche – zugegeben – auch für Menschen und Familien mit „normalem“ Einkommen – so nenne ich es einmal – zunehmend schwierig. Die sprichwörtliche Krankenschwester kommt ja diesbezüglich als Referenzgröße öfter zu zweifelhafter Ehre.

All dies hat die Landesregierung erkannt und deshalb schon von 2011 an die Mittel für den sozialen Wohnungsbau von 45 Millionen € auf heute 75 Millionen € im Jahr erhöht. Damit wurde dem Thema „Sozialer Wohnungsbau“ bereits vor fünf Jahren von Grün-Rot wieder ein zentraler Platz in der Landespolitik gegeben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Baden-Württemberg ist nicht nur ein wirtschaftlich starkes, attraktives Land, sondern auch ein Land, das seiner humanitären Verantwortung nachkommt, die sich aus dem Grundgesetz,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW)

aus dem Völkerrecht und nicht zuletzt aus mitmenschlicher Verantwortung für Menschen ergibt, die aus Krieg und Zerstörung zu uns kommen und bei uns Schutz suchen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Stefan Räßle AfD: Mit Maß und Ziel!)

Zwischen Januar 2014 und Juli 2016 – also in 2,5 Jahren – haben insgesamt 154 976 geflüchtete Menschen in Baden-Württemberg einen Asylantrag gestellt. Unser Land hat 10,88 Millionen Einwohner.

Das Land unterstützt deshalb die Kommunen mit dem Förderprogramm zur Anschlussunterbringung von Geflüchteten mit 30 Millionen € jährlich – zusätzlich zu den Bundesmitteln in Höhe von 40 Millionen € –, und die Landesregierung sorgt selbst für geregelte Verhältnisse in der Erstaufnahme. Das Registrierungs-zentrum in Heidelberg hat bundesweit Modellcharakter.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die neue, grün-schwarze Landesregierung lässt es dabei aber nicht bewenden. Wir haben das Thema Wohnen zu einem der

(Susanne Bay)

Schwerpunkte unserer Arbeit gemacht. Im Juli ist die Wohnraum-Allianz gestartet, und das Wirtschaftsministerium mit seiner Ministerin Frau Dr. Hoffmeister-Kraut hat hier auch ganz in unserem Sinn einen vorbildlichen, breiten Beteiligungsprozess angestoßen. Nur so kann die gesamtgesellschaftliche Aufgabe Wohnraumversorgung gelingen. Vertreterinnen und Vertreter aus allen für dieses Thema relevanten Gruppen sitzen dabei an einem Tisch. Herauskommen wird ein Programm, das eine breite Akzeptanz hat und zielgenau und besonders dort wirkt, wo der Bedarf am dringendsten ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir denken dabei an das Wohnen von Geflüchteten zusammen mit der Schaffung von Wohnraum für alle. Wir lassen uns da nicht auseinanderdividieren, lassen es nicht zu, dass eine Gruppe von Wohnungssuchenden gegen eine andere ausgespielt wird.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

In das Programm sollen 250 Millionen € fließen. Die grün-schwarze Landesregierung kommt hier konzentriert und zielgerichtet ihrer Verantwortung nach. Für uns Grüne sind dabei auch die neuen Möglichkeiten wichtig: neue Akteure wie Baugruppen mit ins Boot zu holen, Bürgerschaftsmodelle zu prüfen, Leerstände zu nutzen, zu überlegen, wie Wohnraum unter verschiedenen Nutzern geteilt werden kann, und vieles mehr.

Die wichtigsten Partner in der Umsetzung sind die Städte und die Landkreise, also die Kommunen. Dort tut sich vor Ort vieles. In meinem Wahlkreis Heilbronn werden beispielsweise Kataster durchforstet, und – siehe da – es gibt innerorts noch beachtliche Brachflächen in städtischer Hand. Unsere städtische Wohnungsbaugesellschaft, die Stadtsiedlung, forciert ihre Aktivitäten auch dank der Förderkulisse des Landes und wird bis zum Jahr 2020 insgesamt 2 000 bezahlbare Mietwohnungen bauen. Architekten ersinnen gute, kluge Grundrisse für sich wandelnde Bedarfe. Tüftler – typisch Baden-Württemberg – erarbeiten alternative Bauweisen, Werkstoffe wie Holz kommen zu neuen Ehren. Bebauungspläne werden überprüft, und ein Fokus wird auch auf interkommunaler Zusammenarbeit liegen.

Mit der Wohnsitzauflage für Geflüchtete steuern wir besonders dringenden Unwuchten gezielt entgegen und können Wohnungsmärkte, in denen eine besonders hohe Nachfrage besteht, entlasten.

Als eine die Landesregierung tragende Fraktion können wir stolz sein auf die Kommunen in unserem Land, die mit uns zusammen die nötigen Dinge auf den Weg bringen, und wir können auch stolz sein auf die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg. Wir in Heilbronn bringen die bei uns wohnenden Geflüchteten wie viele andere Städte dezentral unter. Deshalb leben viele friedlich in guter Nachbarschaft mit den Alteingesessenen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Oh!)

Wo aber noch Arbeit zu leisten ist, kommt ein weiterer extrem wichtiger Aspekt des Zusammenwohnens und Zusam-

menlebens hinzu: die gelingende Integration der zu uns Geflüchteten. Nur wer die hiesigen Regeln kennt, kann sich an sie halten. Dieser Aufgabe der Integration widmet sich mit voller Energie unser Minister Manne Lucha mit dem Ministerium für Soziales und Integration, besser gesagt mit dem Ministerium für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der selbst gestellte Auftrag lautet: Aus Geflüchteten werden Mitbürgerinnen und Mitbürger.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Nein!)

Dafür wird die grün-schwarze Landesregierung einen Pakt für Integration mit den Kommunen schließen und die Kommunen mit den Integrationsaufgaben nicht alleinlassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Hier ist auch die richtige Stelle, um aus vollem Herzen allen Menschen vor Ort Danke zu sagen, die sich im Haupt- und im Ehrenamt in der Hilfe für Geflüchtete engagieren. Dieses starke Engagement macht Baden-Württemberg zu einem reichen Land.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Sabine Wölflé SPD)

Die Menschen allerdings, denen nach Prüfung nach Recht und Gesetz kein Bleiberecht zugestanden werden kann, werden in ihre Heimatländer zurückgeführt.

(Vereinzel Beifall)

Dabei ist eine freiwillige Rückkehr natürlich anzustreben. Aber wenn das nicht möglich ist, schieben wir ab.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Genau! Das sieht man!)

Hier ist es das Innenministerium um Herrn Minister Strobl, das, da es für die Polizei verantwortlich ist, diese schwierige Aufgabe übernimmt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: 4 %!)

Das, was in unserer Zuständigkeit liegt, packen wir also an und lösen es erfolgreich. Das ist verantwortungsvolle Politik für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Was Sie hingegen machen, Herr Dr. Merz, bringt unser Land keinen Schritt weiter. Sie gaukeln den Menschen ein ums andere Mal vor, man könnte komplexen Fragestellungen mit einfachen Lösungen begegnen,

(Lachen der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

man könnte sich in unserer globalisierten Welt auf den Nationalstaat zurückziehen, und dann würde schon alles gut. Ich frage mich manchmal wirklich, ob Sie das alles selbst glauben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Gute Frage!)

(Susanne Bay)

Durch all das, was Sie eben gesagt haben, entsteht keine einzige neue Wohnung in Baden-Württemberg. Sie haben zur Sache wieder einmal null, aber auch gar nichts gesagt. Nach Ihrer Rede bin ich sicher, dass Sie glauben, bei uns fallen die Wohnungen vom Himmel.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD – Lachen bei Abgeordneten der ABW und der AfD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Wald.

**Abg. Tobias Wald** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Für die CDU-Landtagsfraktion haben die Wohn- und die Lebensqualität der Mitmenschen in Baden-Württemberg einen sehr hohen Stellenwert. Ausreichender und bezahlbarer Wohnraum in ansprechender Qualität für alle Mitmenschen ist wichtig und muss über alle Fraktionsgrenzen hinweg ein wichtiges Ziel unserer Landespolitik sein.

Für alle Fraktionen? Nein, nicht für alle Fraktionen. Die aufgesetzte Empörungsrhetorik spiegelt sich bereits in dem Debattenbeitrag der AfD wider, in dem eine allgemeine Wohnraumnot und Massenzuwanderung hervorgepredigt werden.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Bestreiten Sie das etwa?)

Sicherlich kommt es in einigen Ballungsregionen zu Wohnungsknappheit. Sicherlich hatten wir im vergangenen Jahr einen hohen Zustrom von Flüchtlingen. Dies rechtfertigt aber nicht, meine Kolleginnen und Kollegen, den Untergang des Abendlands herbeizubeschwören, wie Sie es im Titel der von Ihnen beantragten Debatte formulieren.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Sie schüren bewusst Ängste in der Bevölkerung durch populistische Formulierungen, aber Sie liefern keine Lösungen, null.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Verantwortungsvolle Politik für Baden-Württemberg, für die Mitmenschen in Baden-Württemberg sieht anders aus. Die neue Landesregierung, vor allem die engagierte Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Hoffmeister-Kraut, hat sich bereits kurz nach Unterzeichnung des Koalitionsvertrags an die Umsetzung unserer gemeinsam gesteckten Ziele gemacht. Die CDU-Landtagsfraktion hat bereits vor vier Jahren in der Opposition eine Wohnraum-Allianz gefordert. Und was steht im Koalitionsvertrag? Die Wohnraum-Allianz. Sie ist im Mai beschlossen worden und im Juli schon zusammengekommen. Alle sind eingeladen worden, auch die damalige AfD und ihr damaliger Fraktionsvorsitzender Meuthen. Aber wer hat unentschuldigt gefehlt? Die AfD.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Zurufe von der CDU: Aha!)

Verantwortungsvolle Politik für die Mitmenschen in Baden-Württemberg sieht anders aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Konstruktive Mitarbeit der Protestpartei an Lösungen für aktuelle Herausforderungen – Fehlanzeige, meine Damen und Herren. Ein Blick in Ihr Wahlprogramm zeigt, dass dort nur allgemeine Floskeln, aber keine konkreten Lösungsvorschläge oder politischen Wohnungsbauziele enthalten sind. Aber gern erläutere ich Ihnen unser Konzept, welches tatsächlich für mehr Wohnraum sorgen wird, und zwar für alle, für junge Familien, für Senioren, für Studenten, aber auch für Flüchtlinge.

Wir sehen die Herausforderung in der Wohnungspolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe an und wollen hier keine Neiddebatte führen. Nicht einzelne Lösungen, sondern Baupolitik aus einem Guss, das sorgt für mehr bezahlbaren Wohnraum.

Deshalb hat unsere Wirtschaftsministerin die Wohnraum-Allianz ins Leben gerufen. Die Landesregierung, die Ministerien, die Landtagsfraktionen – außer natürlich diese AfD –,

(Zuruf von der AfD)

die Wohnungswirtschaft, die Ingenieure, die Mieterverbände, die kommunalen Landesverbände, Industrie- und Handelskammern, Handwerk, L-Bank, Banken – alle waren da, außer der AfD.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW)

Alle kommen zusammen und arbeiten an ganz konkreten Lösungsvorschlägen. Vier Arbeitsgruppen sind eingerichtet. Wir freuen uns auf die Ergebnisse.

Die Allianz hat die Aufgabe, gemeinsame konkrete Leitlinien und Parameter zu erstellen, welche positive Anreize für verstärkte Investitionen in Wohnraum schaffen. Unsere Wohnraum-Allianz wird es schaffen, dass durch Bürokratieabbau und vereinfachte Verfahren das Bauen wieder preiswerter wird.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen ABW: Das erleben wir! Also wirklich!)

Wir werden die Baugenehmigungsverfahren vereinfachen, die LBO entrümpeln, Bürokratie abbauen und Wohnraum schaffen. Das ist das Konzept.

Sehr geehrte Damen und Herren, es geht aber weiter: Wohnraum kann nur dort entstehen, wo genügend Bauland für Einfamilienwohnhäuser, Mehrfamilienwohnhäuser und Mietwohnungsbau vorhanden ist. Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass neue Wohnungsbauflächen ausgewiesen werden und auch die Plausibilitätsprüfung wesentlich entschärft wird.

Das gesteigerte Angebot von Bauflächen wird so zur Entspannung bei den Baupreisen führen. Wir werden das Landeswohnraumförderungsprogramm ändern. Wir werden die eigenständigen Förderprogramme in ein einheitliches Landeswohnraumförderungsprogramm „Wohnungsbau BW“ zusammen-



(Tobias Wald)

menführen. Wir werden ein Baukastensystem entwickeln und so die Schaffung von allgemeinem Mietwohnraum, die Anschlussunterbringung, genossenschaftliches Wohnen und die Ertüchtigung von Wohnraum in Eigentümergemeinschaften kombinieren.

Dadurch erweitern wir die Antragsberechtigung, auch für private Investoren, vereinfachen die Antragsverfahren und binden so auch die sozialen Komponenten mit ein.

Durch die Einführung eines einheitlichen Antragssystems über den Weg der Bankdurchleitung kann das Genehmigungsverfahren gemeinsam mit der L-Bank vereinfacht werden, und die Fördermittel können somit schneller, besser und zügiger ausgekehrt werden.

Nur gemeinsam können wir der drohenden Wohnungsknappheit begegnen, indem wir die Attraktivität im ländlichen Raum stärken: durch verbesserte Verkehrsinfrastruktur, verbesserte Verkehrswege, verbesserte Breitbandversorgung, Sicherung der Nahversorgung durch genossenschaftliche Dorfläden, gute Bildung im ländlichen Raum, sichere und qualifizierte Arbeitsplätze. Meine Damen und Herren, hierfür stehen diese Regierung und die Regierungsfractionen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Wie lange war die CDU an der Regierung?)

Durch diese Maßnahmen wird das Wohnen im ländlichen Raum attraktiver, auch für junge Familien.

Wir müssen es schaffen, Anreize für die Nutzung von Konversionsflächen zur Schaffung von Wohnraum zu bekommen. Die Konversionsflächen in Baden-Württemberg bieten optimale Bedingungen zur Schaffung von modernen Wohnformen für alle gesellschaftlichen Gruppen – junge Familien, Flüchtlinge, bezahlbare Mehrgenerationenhäuser. Auch die Universitätsstädte werden entlastet, indem wir mehr Wohnraum für Studenten schaffen.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Dann gehen Sie einmal nach Freiburg!)

Wir werden uns weiterhin für die Einführung der degressiven AfA für Wohnimmobilien einsetzen.

Meine Damen und Herren, all diese Maßnahmen – Wohnungspolitik aus einem Guss und nicht einzelne Maßnahmen – werden dafür sorgen, dass wir den sozialen Frieden in unserem Land weiterhin erhalten. So schaffen wir Entlastung bei den Wohnungssuchenden, aber auch bei den Mietern.

Taten statt Populismus, meine Damen und Herren, hierfür steht die CDU.

(Lachen bei Abgeordneten der ABW und der AfD)

Wohnraum schaffen für alle Beteiligten, hierfür steht diese Regierung.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Born. Auch er hält seine erste Rede hier im Plenum. Daher bitte ich zum einen um Ruhe. Zum anderen haben wir die Vereinbarung, dass bei der ersten Rede keine Zwischenfragen gestellt werden. Das galt und gilt für alle. – Vielen Dank.

**Abg. Daniel Born SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich bin vor vielen, vielen Jahren nicht ins politische Engagement gegangen, um meine erste Rede hier mit den Worten „Die AfD“ zu beginnen. Jetzt muss ich es aber doch machen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Das ist aber schön! – Abg. Stefan Räßle AfD: Inhalte!)

Die AfD hat dieses Thema nicht deshalb hier in das Plenum gebracht, um über Wohnungsbau zu reden,

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Wohnungsknappheit!)

nicht deshalb, um darüber zu reden, wo tatsächlich dringender politischer Handlungsbedarf herrscht, sondern sie hat es hier ins Plenum gebracht, um einmal mehr zu versuchen, die Gesellschaft zu spalten, uns zu spalten, die zu spalten, die sich engagieren, die sich einbringen in den vielen Aufgaben, die dieses Land hat. Das werden wir nicht zulassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Fakt ist: Der Wohnungsmarkt in Baden-Württemberg ist seit vielen Jahren angespannt. Er ist dramatisch angespannt in den Ballungsräumen, in den Universitätsstädten, in den Großstädten. Aber mitnichten ist er erst angespannt, seitdem sich viele Menschen auf die Flucht begeben haben, weil sie in ihren Heimatländern verfolgt werden, weil sie vor Krieg fliehen.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Diese Dinge so zusammenzubringen ist fahrlässig, ist inhuman und hilft niemandem in Baden-Württemberg, der eine Wohnung sucht.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn wir von einem angespannten Wohnungsmarkt reden, dann klingt das zunächst einmal nur wie eine statistische Kategorie. Reine Statistik ist es aber nicht für die Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, die tatsächlich nicht mehr wissen, wie sie in einer Großstadt eine Wohnung finden sollen; das ist es nicht für die Rentnerinnen und Rentner, das ist es nicht für die jungen Familien, das ist es nicht für die Alleinerziehenden, die nicht wissen, wie sie eine Wohnung finden sollen, oder deren finanzielle Mittel bis ans Äußerste ausgereizt werden, um eine Wohnung, ein Dach über dem Kopf zu haben. Hier herrscht Handlungsbedarf und nicht dabei, Menschen gegeneinander auszuspielen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Rüdiger Klos AfD: Wo waren Sie in den letzten fünf Jahren?)

(Daniel Born)

Darum gilt: Gute Politik für Baden-Württemberg ist Politik, die bezahlbaren Wohnraum schafft. Wir hatten uns das zur Überschrift gemacht, als wir vor fünf Jahren hier in Baden-Württemberg Regierungsverantwortung übernehmen durften.

Wir haben das Landeswohnraumförderungsprogramm von damals 100 Millionen € auf jetzt über 205 Millionen € deutlich aufgestockt. Wir haben preiswerten Mietwohnraum gefördert und die Mittel dafür verdreifacht. Wir haben sozialen Wohnraum gefördert, wir haben die Subventionen pro geförderter Wohnung erhöht, wir haben die Gebietskulisse ausgeweitet.

Diese vielen Maßnahmen der Landesregierung zwischen 2011 und 2016 haben am Markt gewirkt. In Baden-Württemberg hatten wir seit den Neunzigerjahren zunehmend ein Sinken der Zahl neuer Wohnungen zu verzeichnen. 2010 war mit nur noch 24 000 neuen Wohnungen in Baden-Württemberg die Talsohle erreicht. Jetzt, 2016, sind es immerhin 36 000. Doch auch das reicht nicht aus, um den Bedarf an Wohnraum in Baden-Württemberg zu decken.

Darum sagen wir auch: Es ist richtig, dass man den Dialog, den bereits Wirtschaftsminister Nils Schmid mit den verschiedenen Interessenverbänden, mit den verschiedenen Engagierten am Markt begonnen hat, fortsetzt. Daher beteiligen wir uns an diesem Dialog in Form der Wohnraum-Allianz.

In einem Land wie Baden-Württemberg müssen aber auch konkrete Ziele gesteckt werden. Baden-Württemberg muss sich vornehmen, dass mindestens 50 000 neue Wohnungen pro Jahr entstehen; davon müssen mindestens 5 000 Sozialwohnungen sein.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Andrea Bogner-Unden und Wilhelm Halder GRÜNE)

Natürlich haben wir auch in den Koalitionsvertrag geschaut und gesehen, dass dort Mittel vorgesehen sind und noch einmal um fast 50 Millionen € aufgestockt werden soll. Wir haben natürlich auch in die Geheimpapiere geschaut – denn wir haben ja gelernt, dass nur wichtig ist, was am Schluss in den Geheimpapieren steht –, und auch da stehen diese Mittel drin; das ist gut. Für uns ist aber schon wichtig, in den Haushaltsberatungen auch darauf zu achten, dass nicht nur das Mehr an Bundesmitteln, das ohnehin vorgesehen ist, durchgereicht wird, sondern dass eigene Haushaltsmittel des Landes Baden-Württemberg eingesetzt werden. Denn Baden-Württemberg hat eine eigene Verantwortung für den Wohnungsbau in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich haben wir das Geheimpapier richtig aufmerksam gelesen. Wir haben auch gelesen, was Sie mit den Häuslebauern geplant haben. Darum noch einmal von unserer Seite: Wenn wir über Wohnungsbau in Baden-Württemberg reden, reden wir auch über den Wohnungsbau, den der Einzelne unternimmt. Lassen Sie diesen Unsinn, die Grunderwerbsteuer zu erhöhen, meine Damen und Herren. Lassen Sie diesen Unsinn!

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der CDU: Wer hat sie denn erhöht? – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wer hat sie denn in den letzten fünf Jahren erhöht?)

Lassen Sie uns lieber darüber reden, wie wir die erfolgreiche Wohnungsbaupolitik der Regierung von 2011 bis 2016 fortsetzen können.

(Unruhe)

Nicht ein knallroter Betonbauer, sondern der grüne Ministerpräsident hat schon eine gute Idee geäußert. Frau Präsidentin, mit Ihrer Erlaubnis zitiere ich aus der „Wirtschaftswoche“.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das braucht man nicht zu sagen!)

Herr Ministerpräsident Kretschmann hat gesagt, seine Partei könne

*nicht in dem Maße wie bisher gegen den Flächenfraß kämpfen. Wir brauchen viele neue Wohnungen. Da führt kein Weg dran vorbei.*

Herr Ministerpräsident, Sie wissen uns hier an Ihrer Seite. Wir hoffen, die Grünen sind auch mit an unserer Seite, wenn es darum geht, die Kommunen dabei zu unterstützen, Flächen nicht nur im Bestand lange herauszurecherchieren, ohne dass am Schluss etwas passiert, sondern Flächen zu finden, auf denen man tatsächlich neue Wohnungen – auch in Geschossbauweise, also die Wohnungen, die wir brauchen – realisieren kann.

(Beifall bei der SPD)

Wir unterstützen die Kommunen bei der Schaffung und Umnutzung von Flächen. Wir treten dafür ein, eine Entbürokratisierung bei den Fördermöglichkeiten im Planungs- und Bau-recht zu haben. Wir wollen, dass es eine direkte Möglichkeit der Bezuschussung gibt; denn die Erfahrung hat gezeigt, dass eine Förderung über Darlehen aufgrund der Niedrigzinsphase schwierig ist.

Das alles wollen wir mitliefern, das alles fordern wir von Ihnen ein; denn Sie haben gesagt, Sie wollen gute Politik für Baden-Württemberg machen. Und gute Politik für Baden-Württemberg ist eine Politik, die bezahlbaren Wohnraum schafft. Die SPD hat darin viel Erfahrung, und wir bringen diese Erfahrung hier ein.

Danke, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der ABW erleide ich das Wort Herrn Abg. Dr. Meuthen.

**Abg. Dr. Jörg Meuthen ABW:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen Abgeordnete, meine Damen und Herren! Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, insbesondere in Ballungsräumen, ist derzeit in aller Munde und beschäftigt Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen. Schon vor der unverantwortlich hohen, unkontrollierten Massenzuwanderung des letzten Jahres gab es eine erhebliche Anspannung auf dem hiesigen Wohnungsmarkt. Diese war schon lange spürbar – etwas weniger in den ländlichen Regionen, in den Ballungsräumen jedoch ganz besonders.

(Dr. Jörg Meuthen)

Ich denke, dass alle Mitglieder des Hohen Hauses, wenn sie der Realität noch nicht völlig enthoben sind, von den Realitäten dort draußen genug wissen, Menschen aus dem Familien- und Freundeskreis kennen, die zum Teil händeringend nach einer neuen Bleibe suchen. Das reicht vom Erstsemester, der in aller Regel größte Schwierigkeiten hat, irgendeine universitätsnahe Unterkunft zu finden, und das geht über Familien, denen wegen Eigenbedarfs gekündigt wurde, bis hin zu Familien, die vielleicht schlicht mehr Platz brauchen, weil sie noch ein oder zwei Kinder mehr haben.

Nebenbei: Letzteres ist natürlich eigentlich eine erfreuliche Tatsache, die von der Politik aber viel zu lange stiefmütterlich behandelt wurde. Man hat das Geld eben weniger in sinnvolle Sozialpolitik – auch in Wohnungsbau – gesteckt, sondern stattdessen in pseudowissenschaftliche Genderprojekte, um über die gesicherte Kenntnis verfügen zu können, dass es mehr als 60 Geschlechter gibt.

(Heiterkeit und Beifall bei der ABW und der AfD)

Das Thema ist, dass wir ein völlig aus dem Ruder gelaufenes Verhältnis von Angebot von und Nachfrage nach Wohnraum in Baden-Württemberg haben.

Das ist nun wahrlich nicht vom Himmel gefallen. Das war für jeden, der mit offenen Augen und Ohren durchs Leben geht, offensichtlich. Es war also klar, dass die aktuelle Zahl von 30 000 fertiggestellten Wohnungen pro Jahr nicht ausreichen wird. Auch der Anstieg auf 33 000 Wohnungen im letzten Jahr ist letztlich nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Nochmals: Ich spreche jetzt nur von der Lage, die sich bis zur Grenzöffnung durch Frau Merkel und Herrn Gabriel ergab.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Waren die Grenzen vorher geschlossen?)

– Die geschlossenen Grenzen erleben wir alle. Sie haben Vorstellungen von geschlossenen Grenzen, die nicht unseren entsprechen, lieber Kollege.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Ach so!)

Allein diese Situation hätte verantwortungsvolle Politiker in Bund und Ländern entschlossen die notwendigen Maßnahmen ergreifen lassen müssen.

Notwendig im Wortsinn, meine Damen und Herren, wäre so manches gewesen. Das Allerletzte aber, was die entstandene Not hätte lindern können – ja, was diese sogar noch verschärft hat –, sind immer weiter reichende Interventionen in den Wohnungsmarkt. In der sozialen Marktwirtschaft soll der Staat faire Rahmenbedingungen für funktionierenden Wettbewerb garantieren. Was er jedoch unterlassen soll, sind ständige Verschärfungen dieser Spielregeln.

(Beifall bei der ABW und der AfD)

Wissen Sie: Das ist diese gewaltige grüne Gutmenschengängelung, die wir da erleben, die enorm kostentreibend ist.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW und der AfD)

Insbesondere die gestiegenen Energiesparauflagen und kommunalen Vorgaben, beispielsweise für Stellplätze, haben die Baukosten in den vergangenen Jahren massiv nach oben getrieben.

So schlägt etwa ein Mehrfamilienhaus, das mit hohen gesetzlichen Energiesparauflagen der Energieeinsparverordnung ab 2016 gebaut wird, mittlerweile mit Baukosten von durchschnittlich 2 422 €/m<sup>2</sup> Wohnfläche zu Buche.

Herr Kollege Wald, so viel zu Ihrer absurden Behauptung, das Bauen im Land Baden-Württemberg wäre preiswert. Das grenzt schon an Realsatire, was Sie hier vertreten.

(Beifall bei der ABW und der AfD)

Dabei sind die Grundstückskosten noch nicht einmal berücksichtigt.

Meine Damen und Herren, manchmal hat die SPD auch recht. Wie hat sie so schön im Landtagswahlkampf in Richtung des damaligen grünen Partners formuliert?:

*Grün muss man sich leisten können.*

(Beifall bei der ABW und der AfD)

Das gilt auch für den Wohnungsbau. Die Wohlstandsgrünen vom Killesberg, die können das. Die vielen Menschen aber, die sich mit harter Arbeit ihr täglich Brot verdienen müssen, die können das, was ihnen da auferlegt wird, immer weniger.

(Zuruf von den Grünen: Sie gehören nicht dazu?)

Es muss daher Schluss sein mit einer immer weiteren Verschärfung der Baunormen, bevor den Bürgern irgendwann einmal vollends die Luft abgeschnürt wird. Denn bezahlen müssen das am Ende immer die Bürger, sei es über die direkten Baukosten als Eigentümer, sei es über viel zu hohe Kosten als Mieter.

Wer sich der ständig verschärfenden Verknappung von Wohnraum widmet und wer dem wirklich etwas entgegensetzen möchte, der muss auch bereit sein, die Gängelung der Hauseigentümer durch interventionistische Verordnungen und Gesetze zu beenden.

(Beifall bei der ABW und der AfD)

Zudem braucht es eine deutliche Verbesserung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten, um den Wohnungsbau wieder attraktiver zu machen. Es war eben ein Fehler, den damaligen § 7 Absatz 5 des Einkommensteuergesetzes bezüglich der degressiven Abschreibungsmöglichkeiten bei Wohngebäuden einfach abzuschaffen. Das war nicht klug.

Eines sollte in einem marktwirtschaftlichen System doch wohl klar sein: Wohnraum sollte von privater Hand geschaffen werden, sei es als eigengenutzte Immobilie, sei es als vermietende Wohnung.

Außerdem gilt es, die Bausünden der vergangenen Jahrzehnte nicht zu wiederholen, die unter dem Vorzeichen des sozialen Wohnungsbaus errichtet worden sind. Genau so bildet man nämlich Gettos. Das kann niemand wollen, und das ist auch nicht sozial.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW und der AfD)



(Dr. Jörg Meuthen)

Nicht dauerhaft zementierte riesige Sozialbauten, sondern privatwirtschaftlich erstellte überschaubare Einheiten, die für temporär wirklich Bedürftige mithilfe des guten sozialpolitischen Instruments Wohngeld erschwinglich werden, müssen das Ziel sein.

Wenn Sie uns hier vorwerfen, wir hätten keine Vorschläge, halte ich dem entgegen: Doch, haben wir. Wohngeld statt sozialer Wohnungsbau, kommunale Belegungsrechte für die ganz kritischen Fälle, denen auch mit Wohngeld nicht zu helfen ist, verbesserte Abschreibungsbedingungen, wie soeben skizziert – das sind Ansätze, meine Damen und Herren, wie man der Wohnungsnot Herr werden kann. Das sind unsere Vorstellungen.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW und der AfD –  
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das hat alles mit  
Masseneinwanderung gar nichts zu tun!)

– Dazu kommen wir jetzt.

Damit sind wir bei den wirklich Bedürftigen. Davon hatten wir auch schon bis zum letzten Jahr wahrlich genug, auch schon ohne Masseneinwanderung. Durch die grundgesetzwidrige illegale Masseneinwanderung droht nun jedoch ein verheerender Verteilungskonflikt. Glaubt denn hier irgendjemand ernsthaft, dass die bedürftigen Einheimischen einfach so zusehen werden, wenn all die neu ins Land Eingeströmten von vorn bis hinten vom Staat, also von uns allen, versorgt werden, einschließlich Einquartierung in teurem Wohnraum? Das ist so naiv wie absurd.

(Beifall bei der ABW und der AfD)

Ob Sie das wollen oder nicht: Es wird zu erheblichen Verteilungskonflikten kommen. Das ist kein Ausspielen verschiedener Gruppen gegeneinander, verehrte Frau Kollegin Bay

(Beifall bei Abgeordneten der ABW und der AfD –  
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Nein! Überhaupt  
nicht!)

– nein, das ist es nicht –, sondern das ist die logische Folge dessen, dass eine Wohnung nur einmal vergeben werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW und der AfD)

Wir haben hier einfach eine Nutzungskonkurrenz, die durch die unkontrollierte Masseneinwanderung geschaffen wurde. Davor die Augen zu verschließen heißt, sich der Realität zu verweigern. Dieser Verteilungskonflikt existiert, ob Ihnen das nun gefällt oder nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW und der AfD)

Frau Nahles hat uns ja schon reinen Wein eingeschenkt. Sie hat gesagt, 90 % der Neuankömmlinge werden dem Staat wohl dauerhaft auf der Tasche liegen. 90 %! Unfassbar.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Wenn es langt!)

– Wenn wir damit hinkommen.

Eine Zuwanderung direkt in die sozialen Sicherungssysteme ist das, was sich die Grünen wünschen.

(Heiterkeit bei der ABW und der AfD)

Das einschlägige Zitat von Frau Göring-Eckardt brauche ich hier sicherlich nicht zu erwähnen. Sie jubelt ja, wenn Zuwanderer in die sozialen Sicherungssysteme einwandern, und sagt: Das müssen wir fördern.

Insofern wundert es nicht, dass seit der grünen Regierungsbeileitung kaum mehr aus unserem Land abgeschoben wird. Wie anders ist es eigentlich zu erklären, dass in Baden-Württemberg über 36 000 abgelehnte Asylbewerber als Geduldete verweilen dürfen – das sind alles Leute, die Wohnraum beanspruchen –, während es im größeren Nachbarland Bayern nur etwas über 9 000 sind? Darauf gibt es nur eine Antwort. Das ist offensichtlich politisch so gewollt.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW und der AfD –  
Zuruf: Richtig!)

Sie von der grünen Regierungsbank wollen den Bürgern dieses Landes die Lasten Ihrer ideologisch verblendeten Politik aufbürden.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW und der AfD)

Aber seien Sie versichert: Immer mehr Menschen sehen Tag für Tag in ihrem eigenen Umfeld, wie Ihre weltfremde Politik krachend scheitert. Das ist übrigens das, was Ihnen den Schaum vor den Mund bringt, wenn wir daraufhin Wahlerfolge feiern.

(Beifall bei der ABW und der AfD)

Solange Sie diese Politik weiter betreiben, müssen wir eigentlich gar nicht viel tun. Ihre Politik ist dermaßen desaströs, dass es sich um eine Zwangsläufigkeit handelt.

(Beifall bei der ABW und der AfD – Zuruf)

Doch wir machen sehr viel. Wir machen sehr konkrete Vorschläge. Ich habe Ihnen gerade eben einige genannt. Ich wiederhole sie noch einmal: Abschreibungsbedingungen, kommunale Belegungsrechte, Wohngeld.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Das sind die Stellschrauben im Wohnungsmarkt. Da wissen wir, wovon wir sprechen.

Wir fordern Sie daher auf: Kommen Sie endlich zur Besinnung: Die fleißigen Bürger dieses Landes haben es wahrlich verdient.

Besten Dank.

(Beifall bei der ABW und der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Frau Abg. Gabriele Reich-Gutjahr.

**Abg. Gabriele Reich-Gutjahr** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir führen heute eine wichtige Debatte zum Thema Wohnen.

Entschuldigen Sie, dass ich den Weg an das Rednerpult einen Schritt zu früh angetreten hatte. Ich hatte übersehen, dass aktuell nicht die ABW, sondern die AfD die kleinste Fraktion hier in diesem Parlament ist, zumindest auf Zeit.

(Zuruf: Genießen Sie es noch!)



(Gabriele Reich-Gutjahr)

So lernt man halt dazu. Es wäre schön, wenn Sie sich bald wieder in eine Partei zusammenfügen, damit wir Sie auch in der Größe wahrnehmen können, die Sie tatsächlich haben.

(Beifall des Abg. Wilhelm Halder GRÜNE – Abg. Dr. Jörg Meuthen ABW: Den Gefallen tun wir Ihnen gern! – Zuruf: Partei oder Fraktion?)

Die AfD versteht es, jedes Thema so umzulenken, dass es sich am Schluss um ein Flüchtlingsthema handelt.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Das erinnert mich an meinen alten Professor, der immer gesagt hat: „Frau Reich-Gutjahr, wenn Sie das Problem haben, dass Sie über den Elefanten, zu dem Sie befragt werden, nichts wissen, aber die Ameise gut kennen, dann sagen Sie doch bitte: Der größte Feind des Elefanten ist die Ameise. Und über die Ameise kann ich Ihnen Folgendes sagen.“

(Abg. Dr. Jörg Meuthen ABW: Wie originell! – Zuruf: Zur Sache!)

Das in etwa beschreibt Ihre Politik, mit der Sie uns hier permanent konfrontieren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das Thema Wohnungsbau ist natürlich eines, das eine Gesellschaft, die wächst und prosperiert, ununterbrochen beschäftigt. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir in meinem relativ langen Leben schon einmal eine Situation hatten, in der in Baden-Württemberg ein Überschuss an Wohnraum verfügbar war. Zu jeder Zeit gab es Menschen, die in Baden-Württemberg aufgrund unseres wirtschaftlichen Vorankommens nach Wohnraum suchten.

Ich erinnere mich an alte Akten von 1965, in denen in Briefen geschrieben stand: „Ich muss leider meinen Arbeitsplatz ablehnen, da ich keine Wohnung in Stuttgart gefunden habe.“ Es handelt sich also nicht um ein neues Phänomen. Dieser permanente Bedarf an Wohnraum ist ein Ausdruck unserer Stärke.

Mit diesem Thema umzugehen stellt uns immer wieder vor neue Herausforderungen, weil wir natürlich stark gewachsen sind. Allein in der Region Stuttgart sind in den letzten Jahren von 2011 bis 2014 insgesamt 67 000 Menschen zugewandert. Das muss man erst einmal bewältigen.

Dass die Flüchtlinge uns diese Situation noch einmal klarer vor Augen führen und verstärken, liegt auf der Hand. Hier gilt es Antworten zu finden. Einige Antworten sind bereits gegeben worden. Allmählich kommen die Regierungen in Bund und Ländern zu den Handlungen, die wir seitens der FDP seit Langem gefordert haben, nämlich zum einen dafür zu sorgen, dass bei der Verteilung der Flüchtlinge in Europa eine gemeinsame Politik gefahren wird, und zum anderen, dass – auch dafür treten wir ein – Flüchtlinge nicht per se im Land bleiben dürfen. Wenn sie vor einem Krieg flüchten, haben sie den Status eines Menschen, der für die Zeit des Krieges in seinem Heimatland hier in unserem Land Schutz sucht und danach wieder nach Hause geht.

All dies muss in Zukunft sicherlich deutlicher herausgearbeitet werden. Wir werden nicht müde, von der Bundesregierung zu fordern, hier mehr Klarheit zu schaffen; denn die Verunsicherung im Volk ist natürlich da. Die können wir nicht wegreden.

Die Menschen suchen nach klaren Antworten. Eine klare Antwort ist für uns: Geben wir den Menschen Schutz, die ihn brauchen, für die Zeit des Schutzbedürfnisses – mit der Aussage, dass sie danach wieder in ihre Heimatländer zurückgehen –, und schaffen wir endlich ein Einwanderungsgesetz nach dem Vorbild anderer Länder, das ermöglicht, dass wir die Menschen in unser Land holen, die wir brauchen, um das,

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sehr richtig!)

was die Wohnraumknappheit heute bewirkt – nämlich die Nachfrage nach Arbeit in unserer Region –, weiter zu stärken.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Deswegen haben wir natürlich jetzt und auch künftig einen Bedarf an Wohnraum; diesen Wohnraum müssen wir schaffen.

Die grün-rote Regierung hatte das schon erkannt. Das Stellen der Weichen verlief langsam und teilweise leider kontraproduktiv. Die Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes von 3,5 % auf 5 %, die Mietpreisbremse, die Leerstandsmeldungen, die Verschärfungen in der LBO in Verbindung mit zusätzlichen neueren Kostenfaktoren wie – ich möchte nur einige nennen – Begrünungen und Schaffung von Stellplätzen hat zu höheren Kosten und zu weniger Lust auf das Bauen geführt. Wir brauchen jedoch den privaten Investor. Denn am Ende des Tages kann es nicht sein, dass wir – als Staat – uns der Aufgabe annehmen, Wohnraum in größerem Stil zu schaffen. Vielmehr muss dies eine Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sein, die Lust darauf haben, die Entwicklung der Kommunen in unserem Land aktiv zu gestalten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der ABW)

Was für tolle Sachen da auch auf dem Baugebiet laufen, haben wir gestern Abend auf einer Veranstaltung der Bauingenieure gehört. Hier sind sehr viele Entwicklungen im Gange – neue Planungsverfahren etc. –, die helfen, das Wohnen günstiger zu machen. Die angesprochene Wohnraum-Allianz ist sicherlich eine gute Sache, um weitere Anreize zu schaffen. Sie können aber sicher sein, dass wir Sie hier sehr kritisch begleiten werden und prüfen werden, ob Sie das, was Sie hier andenken, auch tun. Vor allem muss man aufpassen, dass man nicht zu lange plant und am Schluss nichts passiert. Denn offensichtlich ist es in der letzten Legislaturperiode nicht gelungen, die Dynamik zu erhöhen.

Warnen möchte ich die Landesregierung ausdrücklich vor Überlegungen, den Grunderwerbsteuersatz weiter zu erhöhen, wie es in manchen Bundesländern passiert ist. Mit der Erhöhung von 3,5 % auf 5 % haben Sie bereits eine Bremse eingebaut. Die Überlegung, den Grunderwerb künftig vielleicht dadurch zu fördern, keine Grunderwerbsteuer zu erheben, halten wir für den falschen Weg, weil er insgesamt zu Verzerrungen führt.

(Gabriele Reich-Gutjahr)

Generell sollte die Politik nach unserer Meinung sehr stark auf die Subjektförderung abheben, wenn es darum geht, Menschen, die sich Wohnraum nicht aus eigener Kraft leisten können, zu unterstützen.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW)

Denn die Subjektförderung hilft dem Einzelnen, eigenverantwortlich in eine Richtung zu gehen, die zu ihm persönlich, mit allen Komponenten, passt. Ob der Bürger dann sagt: „Ich will lieber weniger Wohnraum in einem bestimmten Wohngebiet haben, wo die Mieten teuer sind“, oder ob er sagt: „Ich will lieber in einem Gebiet wohnen, wo die Mieten günstiger sind und ich dafür mehr Fläche habe“, das muss er selbst entscheiden können.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW – Zuzuf von der ABW: Das ist Symptombekämpfung!)

Uns ist darüber hinaus natürlich ganz wichtig, dass wir keine Ballung von Menschen einer bestimmten sozialen Schicht haben. Das können wir, wenn wir eine Objektförderung vornehmen, nur sehr schwer verhindern. Alle Erfahrungen auf diesem Gebiet sind negativ. Insofern halten wir die Subjektförderung gegenüber der Objektförderung für den eindeutig besseren Weg.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Wilfried Klenk CDU)

Das Thema Wohnungsbau wird uns bestimmt die ganze Legislaturperiode über begleiten.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Klar! Wegen der Integration, klar!)

Wir alle müssen viel tun. Wir müssen die Kommunen unterstützen. Die Themen sind alle bereits genannt worden. Ich will den Blumenstrauß von Maßnahmen nicht noch einmal wiederholen. Einzig die Subjektförderung im Vergleich zur Objektförderung als weitere Möglichkeit, die wir zur Verfügung haben, habe ich in den Ausführungen bisher vermisst.

Wir müssen zusammenarbeiten und die Dinge voranbringen. Lösungen zu schaffen wird manchmal leichter, wenn der Druck groß ist. Wenn die Nachfrage besonders hoch ist, ist der Druck auf alle größer. Vielleicht schaffen wir es dann, schneller zu Entscheidungen zu kommen, die uns alle weiterbringen, als wenn wir die Dinge weiter nur in unseren Gremien diskutieren und am Schluss nichts passiert. Ich würde mich freuen, wenn uns das gelingt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Regierung erteile ich Frau Ministerin Hoffmeister-Kraut das Wort.

**Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Es ist keine Frage: Wir haben in etlichen Regionen des Landes schon seit einiger Zeit angespannte Wohnungsmärkte. Dabei sind durchaus nicht überall dieselben Marktsegmente betroffen. So

sieht die Situation z. B. an den Hochschulstandorten anders aus als in anderen Orten mit Nachfrageüberhängen.

Die heutige Marktsituation ist die Folge einer ganzen Reihe von Faktoren. Die zyklische Entwicklung der Wohnungsbau-tätigkeit, wie wir sie seit Jahrzehnten kennen, hatte die Zahl der Baufertigstellungen absinken lassen. Auf eine steigende Nachfrage nach Wohnraum konnte der Markt – auch das wiederum ein Charakteristikum des Wohnimmobilienmarkts – nicht kurzfristig reagieren. Dabei kam dieser Nachfrageanstieg nicht speziell durch den Flüchtlingszustrom zustande, sondern als Summe mehrerer, teilweise bereits viel länger wirkender Effekte: die durch eine stabile wirtschaftliche Lage im Unterschied zu anderen Ländern ausgelöste Nachfrage nach mehr Wohnraum, eine wachsende Zahl beruflich bedingter Zweitwohnungen angesichts steigender Anforderungen an die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt, die wachsende Nachfrage nach akademischer Ausbildung, die typischerweise einen frühen Ortswechsel weg von der Familienwohnung zur Folge hat, die allgemein bekannte demografische Entwicklung, die gerade in Baden-Württemberg festzustellenden verstärkten Wanderungsgewinne aus der Binnenwanderung und daneben sicherlich auch die verschiedenen Wanderungsüberhänge im Verhältnis zum europäischen und außereuropäischen Ausland.

Von einer allgemeinen Wohnungsnot in Baden-Württemberg zu sprechen geht indes an der Realität vorbei. Baden-Württemberg hat einen hohen, wachsenden Wohnungsbestand und auch einen vielfach hohen bis sehr hohen Wohnungsversorgungsgrad. Das heißt natürlich nicht, dass die Wohnungspolitik im Land nicht vor großen Herausforderungen steht. Der Koalitionsvertrag für die laufende Legislaturperiode zeigt deutlich, welche zentrale Bedeutung die Koalitionspartner dem Thema Wohnen in unserem Land beimessen.

Bereits vor der Sommerpause habe ich die Wohnraum-Allianz gestartet. Mit dieser breit angelegten Plattform streben wir Verständigungen in möglichst vielen bislang kontrovers diskutierten Punkten an, die für Defizite in der Wohnraumversorgung verantwortlich gemacht werden. Anknüpfend daran wollen wir uns auf allen politischen Ebenen dafür einsetzen, dass die als richtig erachteten Veränderungen angegangen werden: beim Bund, bei uns im Land, aber auch im kommunalen Bereich. Ich halte diesen konsensual ausgerichteten Handlungsansatz für den letztlich einzig erfolgversprechenden Weg hin zu einer nachhaltigen Stärkung des Wohnungsbaus und damit zu einer Entspannung der Wohnungsmärkte, wo ein Nachfrageüberhang besteht.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Die positive Resonanz auf die Auftaktveranstaltung im Juli hat mir gezeigt, dass wir auf diesem Weg richtig unterwegs sind, und die Reaktionen auf die ersten Sitzungen der gebildeten Arbeitsgruppen für die einzelnen Themengebiete bestätigen dies.

Das Land selbst wird den ihm möglichen Beitrag zur Verbesserung der Wohnraumversorgung leisten. Damit dieser beispielsweise in der Förderung in den Wirkungen optimiert wird, sind die interessierten Kreise – anders als früher – in die Überlegungen zur konzeptionellen Ausgestaltung der Wohnraumförderung des Landes im kommenden Jahr bereits jetzt einbezogen. Eine Änderung ist dabei schon im Koalitionsver-

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

trag vorgezeichnet: Wir werden die bisher nebeneinander bestehenden Förderprogramme für die allgemeine, sozial orientierte Wohnraumförderung und für Wohnungen für Flüchtlinge in den Anschlussunterbringungen zu einem Programm zusammenführen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Unterschiedliche Förderungen bilden nur die Grundlage für Neiddebatten, und das wollen wir nicht. Unser Ziel in der Wohnraumförderung ist die Schaffung von zusätzlichem neuen, gebundenen Wohnraum. Über dessen Belegung dann diskriminierungsfrei zu entscheiden ist Aufgabe der jeweiligen Verfügungsberechtigten. Sie wissen in aller Regel auch, welche Nachbarschaften im Quartier möglich sind.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, eines muss an dieser Stelle noch deutlich hervorgehoben werden: Es wird nicht die Förderung des Landes sein, die den Hauptbeitrag zur Überwindung der Wohnraumversorgungsengpässe im Land leistet. Das wäre allein schon von der finanziellen Größenordnung her eine gänzlich illusionäre Vorstellung. Ich strebe zwar für die kommenden Jahre eine Erhöhung des aktuellen Fördermitteleinsatzes in der Wohnraumförderung um mehr als 20 % an, doch dieses Angebot gilt bekanntlich nur für ein Marktsegment: das der sozial orientierten Wohnraumförderung – ein Marktsegment, in dem sich die Nachfrage durch Investoren nicht beliebig steigern lässt.

Wir werden dafür werben, dass auch aus dem Kreis der Genossenschaften sowie der Kunden von Bauträgern oder der Privaten von unseren Förderangeboten in der Mietwohnraumförderung Gebrauch gemacht wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Diese stehen ihnen zwar schon heute offen, doch bin ich mir nicht sicher, dass alle denkbaren Investoren jenseits der klassischen Nachfrager aus dem Kreis der kommunal beteiligten Wohnungsunternehmen die erforderlichen Informationen haben. Man darf sich allerdings nichts vormachen: Angesichts des attraktiven Marktumfelds auf der einen Seite und der rechtlichen Grenzziehungen für unsere Fördertätigkeit andererseits sind die so noch zu hebenden Potenziale begrenzt.

Ungeachtet dessen müssen wir uns deutlich stärker als bislang mit jenen Stellgrößen befassen, die den frei finanzierten Wohnungsbau in all seinen Erscheinungsformen beeinflussen. Hier ist eine große Zahl von Aspekten kritisch zu beleuchten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich nenne nur das Flächenangebot als solches als unverzichtbare Voraussetzung für eine Steigerung der Fertigstellungszahlen im Wohnungsbau – ganz gleich, ob wir von einem Bedarf von 60 000, 75 000 oder 80 000 Wohnungen als jährlichem Fertigstellungsbedarf ausgehen –; die Schwierigkeiten in den Planungsverfahren, die im Einzelfall zu baureifen Flächen führen – die oft genug schon enorm viel Zeit kosten, von inhaltlichen Hemmnissen ganz abgesehen –;

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ui, ui!)

die Vielzahl von baulichen Anforderungen, denen ein Vorhaben heute genügen muss – mit der Konsequenz, dass die Kosten massiv steigen –; oder die Dauer, über die sich die Baugenehmigungsverfahren immer wieder hinziehen, bis überhaupt mit der Realisierung begonnen werden kann; aber auch die Schwierigkeiten, denen sich einzelne Gruppen Bauwilliger in jüngster Zeit aufgrund der Umsetzung der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie in Deutschland ausgesetzt sehen, wenn es um die Erlangung des erforderlichen Fremdkapitals geht.

All diese Aspekte und noch weit mehr werden in der Wohnraum-Allianz vorbehaltlos zu beleuchten sein. Es wird darum gehen müssen, manche Gewichtung, manche Rechtfertigung neu zu hinterfragen. Das ist mein, das ist unser Verständnis einer lösungsorientierten Auseinandersetzung mit den Hemmnissen, die einem noch stärkeren Anstieg der Neubauleistung entgegenstehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Dabei ist es mir wichtig, zu verdeutlichen, dass es nicht um kurze Effekte gehen kann, um beispielsweise über ein, zwei Jahre herausragend hohe Zahlen von Fertigstellungen zu erreichen und dann rasch wieder sinkende Zahlen konstatieren zu müssen. Wir müssen hier langfristig denken.

Ich stimme mit maßgeblichen Stimmen der Wohnungswirtschaft überein, dass es darum gehen muss, die Voraussetzungen für eine Verstetigung der Wohnungsbauleistung auf einem angemessenen Niveau zu schaffen. Nur auf diesem Weg werden wir es mit Blick in die Zukunft schaffen, auch jene Zahl von Ersatzbauten zu realisieren, die sich bei wirtschaftlich gebotener Betrachtung als unverzichtbar erweisen. Denn wir müssen uns klar darüber sein, dass die Anpassung der vorhandenen Gebäudesubstanz angesichts der veränderten Nutzungsanforderungen, aber auch neuer, unverzichtbarer baulich-technischer Anforderungen an wirtschaftliche wie technische Grenzen stößt.

Die Herausforderungen dieses notwendigen Erneuerungsprozesses dort, wo eine Modernisierung nicht sachgerecht möglich ist, werden wir deshalb in unseren Austausch mit den beteiligten Kreisen in der Wohnraum-Allianz einbeziehen.

Die wohnungspolitischen Sprecher der Fraktionen sind eingeladen, den Fortschritt der Gespräche im Rahmen der Wohnraum-Allianz als Gäste im immer wieder stattfindenden Spitzengespräch nachzuvollziehen. Sie werden sich dort direkt vor Ort davon überzeugen können, wie wir für das Land eine konsequent zielorientierte, konsensual angelegte Wohnungspolitik betreiben, die für alle Wohnungssuchenden gleichermaßen nach einer Verbesserung des Angebots strebt.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Ministerin, lassen Sie eine Nachfrage des Abg. Dr. Bullinger zu?

**Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut:** Bitte.



**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Frau Ministerin, Sie haben gesagt, am Kapitalmarkt liege es nicht, an den Geldern, die in der privaten Wirtschaft da sind, liege es nicht – und trotzdem klappt es nicht. Können Sie einmal ganz konkret an ein paar Punkten sagen, wo der Hemmschuh liegt und warum das private Kapital nicht stärker in diesem Bereich investiert wird? Darum herumzureden ist ja nett, aber es sind doch die Rahmenbedingungen. Ich spreche beispielsweise die Entrümpelung der Landesbauordnung an. Es wäre mir schon recht, wenn Sie drei, vier Punkte nennen würden, an denen man sieht, dass dieses vorhandene Kapital und diese tollen Rahmenbedingungen für die Investitionen endlich genutzt werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW und der AfD)

**Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut:** Ich habe es schon ausgeführt: Unser Ansatz ist es, in dieser Wohnraum-Allianz mit allen Beteiligten einen konsensualen Weg zu gehen. Sie wissen auch: Wir leben hier in einer Demokratie, und wir wollen auch im Dialog mit den Betroffenen die besten Lösungsvorschläge unterbreiten, die sich dann auch realisieren lassen.

Deshalb: Haben Sie noch etwas Geduld. Wir werden hier konkrete Vorschläge einbringen und zur Diskussion stellen, und wir werden dieses Thema weiter vorantreiben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Herr Abg. Dr. Gedeon erhält das Wort für zwei Minuten.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Thema Abschiebung hat viele Facetten – Entschuldigung, das Thema Zuwanderung hat viele Facetten und viele Themen,

(Unruhe)

und der Wohnungsbau ist ein Thema davon, überfüllte Ambulanzen in den Krankenhäusern sind ein Thema, die Überforderung der Polizei ist ein Thema, Kriminalität, Terrorismus usw.

Aber wenn wir ein Problem lösen wollen, dann müssen wir hierarchisieren – oder priorisieren, wie man heute sagt. Was ist das zentrale Problem bei der Zuwanderungsfrage? Das zentrale Problem ist für mich die Abschiebung. Von der Abschiebung hängt ab, ob wir die anderen Probleme lösen können oder nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW und der AfD)

Nun ist es so, dass auch die schwarz-rot-grüne Einheitskoalition inzwischen bekundet, verstärkt abschieben zu wollen. Wenn wir uns freilich die Zahlen anschauen – eineinhalb bis zwei Millionen werden hereingeholt, 15 000 bis 20 000 werden abgeschoben –, dann müssen wir sagen: Diese Zahlen sind ein Witz, sind grotesk. Das ist keine Lösung des Problems. Das ist Feigenblattpolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW und der AfD)

Natürlich gibt es viele Hindernisse bei der Abschiebung, ohne Zweifel. Aber das Problem sind nicht die Hindernisse; das Problem ist der fehlende politische Wille bei der politischen Klasse, hier abschieben zu wollen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das heutige Thema heißt aber Wohnungsbau! – Unruhe)

– Ich will Ihnen ja klarmachen, was Priorisieren in diesem Zusammenhang heißt: dass wir das Thema Wohnungsbau gar nicht lösen können, wenn wir uns nicht klarmachen – –

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Gedeon, kommen Sie bitte zum Schluss. Ihre Redezeit ist beendet.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Gut. – Deshalb mein ceterum censeo, meine Damen und Herren: Wenn wir in den nächsten ein bis zwei Jahren nicht mindestens ein bis zwei Millionen Menschen abschieben, werden wir in diesem Land kein Problem lösen. Dann wird das, was von Deutschland übrig bleibt, ...

**Präsidentin Muhterem Aras:** Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): ... nichts mehr mit Deutschland zu tun haben.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Gedeon!

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie brauchen gar nicht den Kopf zu schütteln. Es gibt eine Redezeit, die vereinbart war, und die war überschritten. – So weit zur Geschäftsordnung.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Nicole Razavi CDU: Bei den Spielregeln kennt er sich immer noch nicht aus!)

Jetzt hat sich noch einmal Herr Abg. Born gemeldet. Er hat noch Redezeit. – Bitte.

**Abg. Daniel Born** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Frau Ministerin, ganz herzlichen Dank für die klare Position, dass es bei dem, was Sie an konsensualen Gesprächen suchen, auch darum gehen wird, wie wir beim Flächenverbrauch wieder zu einer neuen Kultur kommen und auch dazu kommen, zu sagen: Wenn ich baue, brauche ich natürlich Grund innerhalb der Gemeinde und außerhalb der Gemeinde.

Aber – um ehrlich zu sein – ich glaube, diesen Konsens müssen Sie nicht in erster Linie in der Wohnraum-Allianz herstellen. Diesen Konsens müssen Sie vor allem auch in Ihrer eigenen Regierung herstellen, im Gespräch mit Ihrem grünen Koalitionspartner. Auch dies werden wir in der SPD mit unserer Erfahrung begleiten.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Jetzt hat sich noch – sie hat noch Redezeit – Frau Abg. Reich-Gutjahr zu Wort gemeldet. – Bitte.



**Abg. Gabriele Reich-Gutjahr** FDP/DVP: Wir stehen da erst am Anfang. Man hat gemerkt: Die Inhalte sind noch nicht ausgeprägt.

Ich wollte noch etwas zu der Frage einbringen: Warum fließt das private Kapital nicht in die Bauwirtschaft? Dazu muss man auch einmal ansprechen, dass unser heutiges Mietrecht so gestaltet ist, dass es Vermieten nicht attraktiv macht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der CDU und der AfD)

Spricht man mit Vertretern der Immobilienwirtschaft, dann sagen die: „Das meiste, was gebaut wird, wird dafür gebaut, dass wir es als Eigentumswohnungen verkaufen.“ Wir müssen unbedingt dafür sorgen, dass Investoren es auch als attraktiv erachten, Wohnraum zu vermieten. Ich würde bitten, auch diesem Aspekt in der Zukunft mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Wir werden uns selbst auch darum bemühen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Jetzt liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

(Unruhe)

– Ich darf um mehr Ruhe bitten.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**a) Antrag der Fraktion der ABW und der Fraktion der AfD – Einsetzung und Auftrag des Untersuchungsausschusses „Linksextremismus in Baden-Württemberg“ – Drucksache 16/423**

**b) Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder, der/des Vorsitzenden und der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses**

Das Präsidium hat für die Begründung eine Redezeit von fünf Minuten und für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die Begründung erteile ich Frau Abg. Dr. Baum das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und der ABW – Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Jetzt geht es los! – Abg. Dr. Christina Baum AfD spricht zunächst kurz mit der Präsidentin. – Abg. Nicole Razavi CDU: Nach vorn sprechen!)

**Abg. Dr. Christina Baum** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Gäste! Ich beginne mit einem Zitat:

*Ich bin bestürzt, dass es in unserer Stadt*

– Stuttgart –

*zu so einem Akt der politisch-radikalen Gewalt kommt.*

Dieses Zitat stammt vom Stuttgarter Bundestagsabgeordneten Stefan Kaufmann

(Abg. Nicole Razavi CDU: Guter Mann!)

im Januar dieses Jahres bezüglich einer Farbattacke durch linksextreme Aktivisten auf das Gebäude der CDU-Kreisgeschäftsstelle – hier, mitten in unserer Stadt.

Linksextreme Gewalt gegen Andersdenkende ist auch in Baden-Württemberg längst keine Seltenheit mehr.

Wenn es darum geht, gegen Konservative, Bildungsplangegner oder Leute mit „falschem“ Parteibuch vorzugehen, genießen Linksextreme in diesem Land Narrenfreiheit.

(Beifall bei der AfD und der ABW)

Konsequenzen bei verletzten Polizisten: keine.

(Abg. Winfried Mack CDU: Die Polizei hat Pfefferspray eingesetzt!)

Konsequenzen selbst bei Angriffen auf Frauen und Kinder: keine.

Linksextremisten können sich in diesem Land sicher sein, dass ihre Gewaltexzesse als Bagatelldelikte behandelt werden und sie eine Bekämpfung ihrer Strukturen nicht zu fürchten haben.

(Beifall bei der AfD und der ABW – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Pfui!)

Auch mit Blick auf den Landtag kann man sagen: Die einen schauen nicht nur wohlwollend hin, sondern unterstützen sogar aktiv,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: So ist es!)

und die anderen – nennen wir sie direkt beim Namen: die CDU – schauen weg in der Hoffnung, nicht selbst den Unmut der Antifaschisten auf sich zu ziehen.

(Beifall bei der AfD und der ABW)

Wir möchten mit unserem Antrag auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses zum Linksextremismus hier in Baden-Württemberg nicht nur darauf aufmerksam machen, dass es gewisse politische Parteien inzwischen für ganz selbstverständlich halten, mit vom Verfassungsschutz beobachteten Gruppen zum Kampf gegen den politischen Gegner aufzurufen,

(Beifall bei der AfD und der ABW)

sondern wir möchten dieses Vorgehen ganz deutlich als das anprangern, was es ist: ein ungeheuerlicher Skandal.

(Beifall bei der AfD und der ABW)

Grüne Jugend, Jusos, Grüne und SPD haben kein Problem damit, Bündnisse mit als linksextremistisch eingestuften Gruppen zu schmieden. Daran beteiligte sich z. B. auch gern die damalige stellvertretende Landtagspräsidentin Brigitte Lösch, um diesen extremistischen Aktivitäten durch ihre Präsenz einen demokratischen Anstrich zu verleihen, hinter dem aggressive Linke ihre Gewalt ausleben können.

(Beifall bei der AfD und der ABW)

(Dr. Christina Baum)

Auch ein ehemaliger Kultusminister – Andreas Stoch – hält es nicht für nötig, sich von Gewalttätern zu distanzieren,

(Abg. Andreas Stoch SPD schüttelt den Kopf.)

die versuchen, seinen in der Bevölkerung so unbeliebten Bildungsplan durchzuprüfeln.

(Beifall bei der AfD und der ABW – Abg. Andreas Stoch SPD: Was ist denn das für eine hohle Behauptung?)

Sofern die Polizei gegen Ausschreitungen vorgehen muss, um Demoteilnehmer zu schützen, sind es nicht selten genau die Vertreter dieser Parteien, die nicht nur vor Polizeigewalt warnen, sondern der Polizei oft sogar übertriebene Härte vorwerfen, wie etwa bezüglich der „Demo für alle“ im Februar dieses Jahres. Dabei wurden übrigens sechs Polizisten verletzt. Die politische Akzeptanz geht sogar so weit, dass sich selbst Vertreter ehemals bürgerlicher Parteien wie der FDP oder deren Jugend linksextremen Bündnissen anschließen.

(Abg. Winfried Mack CDU zu Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt haben wir dich erwischt! – Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Das Problem des Linksextremismus ist allen ehrlichen Beobachtern bekannt, doch bis heute wird nicht offen dargelegt, wie diese Strukturen genau aussehen, wer die Täter sind und wie sie sich finanzieren.

(Beifall bei der AfD und der ABW)

All das wollen wir aufdecken.

(Beifall bei der AfD und der ABW)

Zitat:

*Tun wir gemeinsam alles dafür, dass Radikalisierungstendenzen in unserer Demokratie keine Chance haben!*

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Das waren die Worte des Herrn Kaufmann von der CDU im Januar 2016.

Seine Parteifreunde hier im Landtag werden ihn heute wohl enttäuschen, weil sie sich gegen den Rechtsstaat und für die Unterwerfung unter die Grünen entschieden haben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und der ABW)

Für ein bisschen Regierungsbeteiligung ist eine ehemals stolze konservative CDU bereit, ihre Prinzipien zu verraten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und der ABW – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben, Frau Kollegin?)

Das ist jetzt, im Jahr 2016, traurige Realität der Union in ihrem ehemaligen Stammland Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und der ABW)

Während sich die CDU in Hamburg erst vor ein paar Tagen auf ihrer Facebook-Seite zumindest nach außen den Anschein gab, Linksextremismus bekämpfen zu wollen, stellt sich die

CDU in Baden-Württemberg schützend vor Extremisten und Verbrecher und verweigert die Unterstützung des von uns beantragten Untersuchungsausschusses.

(Unruhe)

Es ist unglaublich. Hier ein Auszug aus der Facebook-Seite der Hamburger CDU.

(Die Rednerin hält ein Blatt Papier hoch. – Abg. Nicole Razavi CDU: Das haben wir auch!)

Darauf steht:

*Linksextremismus nicht länger verharmlosen. Jeder Extremist ist Mist.*

*CDU Bürgerschaftsfraktion Hamburg.*

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und der ABW)

Statt die Verbindung zwischen linksextremistischen Organisationen, staatlichen Stellen, den Kirchen, Parteien und Gewerkschaften aufdecken zu wollen, bemängelt die CDU Baden-Württemberg angebliche juristische Fehler unseres dringend notwendigen Antrags auf Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses. Sie alle hier in diesem Hohen Haus wissen, dass es gute Gründe für den von uns beantragten Ausschuss gibt,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Ja! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Bei Ihnen in der Fraktion!)

und Sie wissen, dass dieser Antrag zulässig ist.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Ja!)

Das war er im Übrigen schon bei der Einbringung,

(Zuruf: Nein!)

auch wenn Frau Landtagspräsidentin Aras das Untersuchungsausschussgesetz entgegen dem Wortlaut eigenmächtig interpretiert hat.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Vielleicht erinnern Sie sich noch, Herr Rülke und Herr Goll: Noch 2014 haben Sie erklärt, dass sich der Landtag mit Extremismus jeglicher Couleur beschäftigen müsse und dass es regelmäßige Relativierungen linksextremistischer Straftaten durch Grün-Rot gebe.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Durch Grün-Rot? – Die Rednerin trinkt aus dem am Rednerpult bereitgestellten Wasserglas. – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Prost!)

Sie wissen, dass unser Antrag inhaltlich richtig ist. Dann verstecken Sie sich gefälligst nicht hinter Formalitäten. Wenn Sie ehrlich und aufrichtig wären, würden Sie sich einfach unserem Antrag anschließen.

(Beifall bei der AfD und der ABW – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Jawohl!)

(Dr. Christina Baum)

Und hören Sie bitte alle auf, die Wähler für dumm zu verkaufen,

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der FDP/  
DVP – Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

indem Sie von einer angeblichen Geldverschwendung fabulieren. Der Einsatz bei den Protesten gegen die „Demo für alle“ im Februar hat den Steuerzahler 277 000 € gekostet. Im Oktober zuvor waren es sogar 320 000 €.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Alles linksexterem!)

Wenn wir diese linken Verflechtungen in Baden-Württemberg aufdecken, wird sich der Ausschuss gleich mehrfach bezahlt machen.

(Beifall bei der AfD und der ABW – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Ja!)

Ich möchte Sie alle jetzt noch einmal ausdrücklich an die Gewissensfreiheit jedes einzelnen Abgeordneten erinnern. Denken Sie bitte an die letzten Anschläge, die körperliche Attacke auf den AfD-Landesvorsitzenden von Rheinland-Pfalz, die zu einer Jochbeinfraktur führte, oder den Brandanschlag auf das Familienauto von Frauke Petry, das samt der Kindersitze vollständig ausbrannte.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW)

Ich frage Sie: Ist das alles noch nicht schlimm genug? Wollen Sie warten, bis es den ersten Toten gibt? Geht Ihre parteipolitische Fraktionstreue wirklich so weit, dass Sie solche Verbrechen decken?

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW)

Bedenken Sie bitte eines – das sage ich Ihnen heute klipp und klar –: Sie tragen eine Mitschuld für alle zukünftigen Verbrechen, wenn Sie sich diesem längst überfälligen Untersuchungsausschuss verweigern.

(Beifall bei der AfD und der ABW – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sind ja wohl nicht mehr ganz dicht! Geht es eigentlich noch? – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Missachtung des Parlaments!)

Das ist so; daran führt kein Weg vorbei.

Abschließend können wir sagen, dass wir an unserer Forderung auf Einsetzung dieses Ausschusses festhalten. Wir sind im Recht

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Nicht im Recht, sondern rechts!)

und haben uns im Gegensatz zu Ihnen nichts vorzuwerfen. Wir lassen uns nicht von jemandem etwas über Verantwortung erzählen, der es zugelassen hat, dass überhaupt solche Zustände entstehen; denn das ist verantwortungslos.

(Beifall bei der AfD und der ABW)

Und wir lassen uns nicht von jemandem etwas über Missbrauch erzählen, der seine Position benutzt, um seine außer-

parlamentarischen Schlägertrupps zu schützen oder zu legitimieren.

(Beifall bei der AfD und der ABW – Abg. Nicole Razavi CDU: Unglaublich! Unverschämtheit! – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Wer ist denn das? – Weitere Zurufe)

– Das werden wir ja herausfinden. – Das ist der eigentliche Missbrauch.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Wer ist denn das?)

An diesem Vorgehen zeigt sich wieder klar und deutlich: Wer Extremismus bekämpfen will, darf nicht auf falsche Versprechen der anderen Parteien hereinfallen, allen voran der CDU.

(Beifall bei der AfD und der ABW)

Hier und heute gilt es nur eine einzige Frage zu beantworten – die stelle ich Ihnen hiermit –: Ist dieser Untersuchungsausschuss dringend notwendig oder nicht?

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD und der ABW – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Scerl.

**Abg. Hans-Ulrich Scerl GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste! Ich glaube, dass es nach diesem Ausflug nach Absurdistan

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Lachen bei der ABW und der AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Der kommt jetzt!)

und dieser Ausgeburt an Unterstellungen und Beleidigungen gegen gewählte Abgeordnete des Landes Baden-Württemberg höchste Zeit ist,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW)

über das zu reden, worum es heute ausschließlich geht, und das ist die Frage: Ist das, was Sie beantragen, ist Ihr Antrag zulässig, ist er rechtmäßig, ja oder nein?

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Ist er notwendig?)

Darüber befindet der Landtag zunächst einmal. Darüber muss diskutiert werden. Wir haben ganz erhebliche Zweifel, dass dieser Antrag der AfD-Zwillinge – so will ich sie einmal bezeichnen –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Eineiige Zwillinge! Siamesische Zwillinge!)

überhaupt zulässig ist. Denn er erfüllt weder die Voraussetzungen des Untersuchungsausschussgesetzes noch die unserer Geschäftsordnung.

(Abg. Anton Baron ABW: Ach nein!)

(Hans-Ulrich Sckerl)

Deshalb auch vorab: Wir werden heute nicht über diesen Antrag entscheiden. Vielmehr bitte ich Sie, Frau Präsidentin

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Klare Absprache!)

– das ist ein ganz normales rechtsstaatliches, bewährtes Verfahren des Parlaments –, diesen Einsetzungsantrag nach § 1 Absatz 3 des Untersuchungsausschussgesetzes am Ende zur Klärung der bestehenden Fragen, verbunden mit der Bitte um eine gutachterliche Äußerung gegenüber dem Landtag, an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. Dann erst wird abschließend entschieden.

So, meine Damen und Herren von AfD und ABW, funktioniert Rechtsstaat, und so funktioniert Parlament.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Sckerl, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Fiechtner zu?

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl** GRÜNE: Nein.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Warum gibt es diese Rechts- und Verfassungszweifel an Ihrem Antrag? Die zwingende Voraussetzung der Unterstützung durch zwei Fraktionen unterschiedlicher Parteien – nur so ist das Untersuchungsausschussgesetz auszulegen –

(Abg. Anton Baron ABW: Steht es so in der Geschäftsordnung?)

fehlt.

(Abg. Anton Baron ABW: Das steht so nicht in der Geschäftsordnung!)

Es ist doch erkennbar, was Sie betreiben.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Sie gehen den Umweg, weil Sie als Fraktion der AfD mit allen Abgeordneten das 25-%-Quorum gar nicht erfüllen würden. Also nutzen Sie eine anders gemeinte Vorschrift des Untersuchungsausschussgesetzes für Ihre Zwecke.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: „Gemeint“! – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Das, meine Damen und Herren, ist nichts anderes als Missbrauch von Parlamentsrechten.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Der Landtag hat sich das damals, als das Gesetz geändert wurde, schon sehr gut überlegt.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Offensichtlich nicht!)

Damals regierte die Große Koalition aus CDU und SPD. Die Überlegung war, Oppositionsrechte im Untersuchungsausschussrecht zu stärken,

(Abg. Anton Baron ABW: Minderheitenrechte!)

weil die damaligen Oppositionsfraktionen zusammen das 25-%-Quorum nicht erreicht hätten.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Genau das machen wir jetzt!)

Das ist im Landtag von Baden-Württemberg jetzt anders. Die heutigen Oppositionsfraktionen erreichen locker das Quorum von 25 %.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Wir sind die einzige richtige Opposition!)

Meine Damen und Herren, deshalb hat man damals zusätzlich das Recht zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses durch zwei Fraktionen eingeführt. Es ist aber glasklar – schauen Sie sich die Unterlagen der damaligen Beratungen zur Gesetzgebung an –: Es war immer gemeint, dass es sich um zwei Fraktionen unterschiedlicher Parteien handeln muss. Deshalb ist Ihr Antrag rechtsmissbräuchlich.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Was steht drin? – Zuruf des Abg. Anton Baron ABW)

Deshalb kommt es auch auf Ihre Manöver der letzten Wochen – das Insistieren auf dem Antragsdatum, das Hinauszögern Ihrer offensichtlich längst erfolgten Wiedervereinigung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag – gar nicht an.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Sie bezeichnen sich als rechtsstaatlich!)

Ihr Antrag hat erhebliche Zulässigkeitszweifel.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Sie brechen das Recht! Rechtsbrecher!)

Deshalb stellen wir den Antrag, dass der Ständige Ausschuss sich damit befasst.

Es geht aber auch politisch um eine klare Antwort des Landtags auf die Ereignisse der letzten Wochen. Wir haben Ihre Possen, Ihre Vorführaktionen, Ihr Theater schlicht und einfach politisch satt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Der Landtag ist wehrhaft.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Sckerl, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl** GRÜNE: Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu. – Der Landtag ist wehrhaft und wird Sie jetzt in Ihre Grenzen verweisen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Dazu brechen Sie auch das Recht!)

Der Respekt vor dem Parlament und die Aufrechterhaltung der parlamentarischen Ordnung gebieten das.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Stefan Räßle AfD: Sie schaffen Minderheitenrechte ab!)



(Hans-Ulrich Sckerl)

Dann können wir in aller Ruhe die Fragen klären.

Heute geht es darum: Ist dieser Einsetzungsantrag zu entscheiden? Er ist es aus den genannten Gründen nicht. Es gibt erhebliche Zweifel.

Gern führen wir mit Ihnen die politische Auseinandersetzung über das Thema „Linksextremismus und das, was die Landesregierung in Baden-Württemberg unternimmt“. Die aktuelle Landesregierung und ihre Vorgängerregierungen haben sich hier nichts zuschulden kommen lassen, aber auch gar nichts.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Es gibt eine lückenlose Dokumentation eines entschiedenen Kampfes gegen Linksextremismus. Wissen Sie, was Ihr Problem ist?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Kollege Sckerl, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE:** Ich komme zum Schluss. – Ihr Problem ist doch, dass Sie mit diesem Einsetzungsantrag von dem Problem des Rechtsextremismus in Ihren eigenen Reihen ablenken wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Lachen bei der ABW und der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Sckerl, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE:** Noch einen Satz, Frau Präsidentin, dann bin ich fertig.

Diese AfD, meine Damen und Herren, ist demokratie- und parlamentsunfähig. Sie missbraucht die parlamentarische Demokratie. Der Satz „Wehret den Anfängen“ hat erneut seine historische Bedeutung erlangt.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Razavi.

**Abg. Nicole Razavi CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Was uns die AfD in ihren beiden Fragmenten

(Zuruf von der AfD: Fraktionen!)

hier auf den Tisch des Hauses serviert, ist schon ziemlich bemerkenswert.

(Zuruf: Das finde ich auch!)

Erst spaltet sich die Fraktion mit viel Getöse auf, weil sie sich nicht darauf einigen kann, klar antisemitische Thesen auch klar abzulehnen.

(Zuruf von der AfD: Was?)

Es gibt turbulente Szenen, Ultimativen, Schuldzuweisungen und sogar ein Hausverbot für Frau Petry. Dann besinnen Sie sich wieder, machen eine Mediation und schließlich einen Burgfrieden

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW)

nach dem Motto: Erst schlagen, dann vertragen. Zwischen-durch merken Sie aber, dass Sie mit zwei getrennten Fraktionen einen Untersuchungsausschuss beantragen können.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Sie schaffen es ja sogar mit den Grünen!)

Diese Chance wollen Sie unbedingt mitnehmen, bevor Sie sich wieder zusammenraufen.

(Zuruf: Haben wir schon mitgenommen!)

– Aha. Hört, hört.

(Zurufe)

Deshalb verzögern Sie sogar Ihre Wiedervereinigung – mit allerlei vorgeschobenen Begründungen –, aber, wie wir hören, ja nur offiziell; denn Sie haben das ja schon längst vollzogen.

Offensichtlicher geht es nicht. Alles reine Taktik, nichts als ein durchsichtiger Winkelzug. Sie machen sich nicht einmal die Mühe, dies zu kaschieren. Wahr ist: Sie versuchen, sich für Ihren Antrag eine Rechtsstellung zunutze zu machen, die Sie mit der längst beschlossenen Fraktionsfusion doch eigentlich überwinden wollen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW meldet sich.)

Sie wollen aus dem Debakel Ihrer Spaltung irgendwie noch eine Rendite heraus schlagen, damit das ganze Theater am Ende sogar etwas gebracht hat. Die Beweise für dieses Kalkül liefern Sie selbst und dokumentieren Sie auch noch in diesem Haus. Ich zitiere den Kollegen Räßle:

*Alternativ besteht ja die Möglichkeit, dass wir hier bald mit zwei Fraktionen vertreten sind. Daher können wir dann diesen Untersuchungsausschuss beantragen.*

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das ist Recht!)

Das war am 20. Juli.

Oder der Kollege Grimmer:

*Wenn zwei Fraktionen an einem Strang ziehen, kann das sogar ein Vorteil sein.*

So wurde er in der „Pforzheimer Zeitung“ vom 8. Juli zitiert.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Abg. Razavi, lassen Sie eine – –

**Abg. Nicole Razavi CDU:** Nein.

(Zuruf von der ABW: Trauen Sie sich nicht?)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Keine Zwischenfrage.

**Abg. Nicole Razavi** CDU: Es geht Ihnen mit Ihrem Antrag in Wahrheit gar nicht um die Aufklärung vorhandener oder vermeintlicher Missstände.

(Zurufe von der ABW und der AfD: Was?)

Es geht Ihnen in Wahrheit wahrscheinlich nicht einmal um das Thema Linksextremismus.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Jetzt aber! – Zuruf: Hört, hört!)

In Wahrheit wollen Sie diesen Untersuchungsausschuss als Trophäe. Und das, meine Kollegen, werden wir nicht zulassen.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie missbrauchen mit Ihren Motiven nicht nur das Parlamentsrecht.

(Zuruf)

Wir sehen zudem ganz konkrete rechtliche Bedenken gegen Ihren Antrag. Das Untersuchungsausschussgesetz regelt nämlich unmissverständlich, dass sich der Untersuchungsgegenstand auf konkrete, abgeschlossene Vorgänge, das heißt, auf abgeschlossenes Regierungshandeln, beziehen muss.

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Ihr Fragenkatalog ist in weiten Teilen das Gegenteil. Sie präsentieren uns einen gesinnungspolitischen Rundumschlag. Warum haben Sie Ihre Fragen eigentlich nicht in einer Großen Anfrage gestellt?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Sascha Binder SPD: Genau!)

Das wäre Ihr gutes Recht gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Ich sage Ihnen, warum: Weil es Ihnen ausschließlich um Provokation geht. Mit dem Antrag von gestern, eine Enquetekommission einzurichten, setzen Sie dem Ganzen noch eins drauf.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Und dann ist das auch noch so schlampig gemacht. Das Rechtschreibkorrekturprogramm Ihres Computers hätte leuchten müssen wie ein Weihnachtsbaum.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Die Copy-and-Paste-Funktion eines normalen Windows-Programms beherrschen Sie auch nicht.

„Absurde Fragen ohne Substanz“ schreibt die „Schwäbische Zeitung“ heute. Deshalb will ich klarstellen: Dieses Parlament muss sich nicht jedes Ihrer Manöver gefallen und bieten lassen. Wenn es die politische Kultur verlangt, werden wir Ihrem Treiben Grenzen setzen.

Wenn Sie jetzt die CDU in den sozialen Medien wörtlich als „Bande von Heuchlern“ beschimpfen, dann will ich Ihnen sagen: Überlegen Sie sich gut, wie weit Sie es treiben wollen. Sie, Herr Meuthen, sitzen ja nun schon wieder – –

(Abg. Stefan Räßle AfD: Sie schaffen die Demokratie ab! – Unruhe)

– Ich hoffe, das steht im Protokoll.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Sie verletzen Minderheitenrechte!)

– Ihre Zwischenrufe sind wirklich richtig gut. – Sie, Herr Meuthen, dürfen heute schon wieder in der ersten Reihe sitzen, und Sie werden ja auch bald wieder der Fraktionsvorsitzende von Herrn Grimmer sein, wie man so hört. Sie sollen ja auch schon gewählt sein, wie man hört. Aber Herr Grimmer ist offensichtlich nicht satisfaktionsfähig. Deshalb erwarten wir von Ihnen: Stoppen Sie diese Form der Verrohung, die in Ihren eigenen Reihen betrieben wird, und entschuldigen Sie sich.

Wir respektieren Ihre parlamentarischen Rechte.

(Zuruf von der AfD: Schlafen Sie weiter!)

Es geht hier aber nicht um diese Rechte, es geht auch nicht um den demokratischen Minderheitenschutz, für den der Untersuchungsausschuss als Instrument eigentlich gedacht ist. Tatsächlich geht es Ihnen darum, diesen Landtag, die parlamentarischen Institutionen und ihre Regeln im wahrsten Sinn des Wortes vorzuführen.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen ABW: Was werfen Sie Herrn Grimmer eigentlich vor?)

Sie benutzen das sensible Instrument des Untersuchungsausschusses für Ihre niederträchtigen Spielchen, und Sie hantieren dabei unverantwortlich mit dem schärfsten Schwert, das der Parlamentarismus kennt. Sie wollen demonstrieren, wie Sie selbst Ihr internes Zerwürfnis noch ummünzen, um dieses Parlament für Ihre Zwecke zu missbrauchen, nach dem Motto: Getrennt marschieren, gemeinsam schlagen. Das werden wir nicht zulassen.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Binder.

**Abg. Sascha Binder** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute Morgen über den Antrag zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Linksextremismus in Baden-Württemberg“, der in der parlamentarischen Sommerpause, am 10. August, bei der Landtagsverwaltung eingegangen ist.

Vorab möchte ich – nicht nur im Namen meiner Fraktion, sondern, wie ich glaube, auch für die Fraktionen von Grünen, CDU, FDP/DVP – sagen: Wir haben uns hier im Landtag von Baden-Württemberg, in den Regierungen und auch bei den Sicherheitsbehörden – intensiv auch in den letzten Jahren –

(Sascha Binder)

mit dem Linksextremismus nicht nur beschäftigt, sondern wir haben dieses Phänomen auch intensiv beobachtet.

(Zuruf von der AfD: Und gefördert!)

In der letzten Legislaturperiode gab es einige Anträge von Fraktionen und von Abgeordneten, die sich explizit mit diesem Thema beschäftigt haben. Es hat keine AfD im Landtag von Baden-Württemberg gebraucht, um das Phänomen Linksextremismus hier zu behandeln, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Frau Baum, Sie haben hier eine Begründung für einen Untersuchungsausschuss vorgelegt. Ich kann Ihnen sagen: Wer so ein Phänomen mit bloßen Behauptungen, ohne direkte Sachverhaltsnennungen, untersuchen will, der kann dieser Thematik gar nicht auf den Grund gehen. Wer so fahrlässig arbeitet wie Sie, meint es nicht ernst mit der Frage um den Linksextremismus, sondern will nur mit falschen Behauptungen unterwegs sein. Das ist gerade nicht hilfreich, um einem solchen Phänomen zu begegnen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Aber das ist heute nicht die Frage. Heute geht es um die Frage: Wie wird mit Mitteln des Parlamentarismus, wie wird mit Regeln in diesem Landtag umgegangen?

(Zuruf von der CDU: Jawohl! – Zuruf: Das sagen die Richtigen!)

Das ist die entscheidende Frage. Als Herr Kollege Sckerl vorhin den Antrag auf Überweisung an den Ständigen Ausschuss angekündigt hat – das ist im Übrigen ein übliches, gesetzlich vorgesehenes Verfahren –, haben Sie hineingerufen, so könne man das nicht machen, man müsse bereits heute über den Einsetzungsantrag formal abstimmen.

Meine Damen und Herren, der Antrag auf Einsetzung des EnBW-Untersuchungsausschusses wurde an den Ständigen Ausschuss überwiesen. Der damalige Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu den badischen Kulturgütern wurde an den Ständigen Ausschuss überwiesen. Insofern ist dies ein normaler Vorgang, wenn rechtliche und inhaltliche Zweifel am Antrag bestehen. Auch das ist keine „Lex AfD“, sondern eine übliche Arbeitsweise in diesem Parlament, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Nun haben Sie die Rechtsauffassung – zumindest behaupten Sie dies – und werfen der Frau Präsidentin vor, sie hätte eine eigenwillige Interpretation des Untersuchungsausschussgesetzes vorgenommen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Unglaublich! – Zuruf von der AfD: Das war noch sehr höflich formuliert!)

Das kann ich nur zurückweisen. Sie selbst wissen das doch auch besser. Wenn Sie tatsächlich dieser Rechtsauffassung wären, dann hätten Sie sich doch bereits zusammenschließen können und müssten nicht warten, bis dieser Antrag im Par-

lament beraten worden ist. Vielmehr hätten Sie sich bereits nach der Einbringung des Antrags am 10. August zusammenschließen können. Insofern widersprechen Sie sich doch selbst in Ihrer Rechtsauffassung.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Dann kam es zu dieser „Wiedervereinigung“ bzw. Fastwiedervereinigung, Nichtwiedervereinigung. Herr Meuthen sagt, dies sei ein vorübergehendes Phänomen. Zum Antrag auf Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses sagt er selbst:

*Ich kann verstehen, wenn uns vorgeworfen wird, dass wir den Status mit zwei Fraktionen nutzen.*

(Zuruf: Aha!)

Kolleginnen und Kollegen, die AfD nutzt nicht diesen Status. Sie nutzt Rechte des Parlaments aus und missbraucht Rechte der Opposition und des Parlamentarismus.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Anton Baron ABW: Wieso „missbrauchen“?)

Eben weil rechtliche Zweifel an diesem Antrag vorhanden sind, werden wir im Ständigen Ausschuss ein Gutachten in Auftrag geben. Wir werden das Ergebnis dieses Gutachtens in aller Ruhe abwarten. Dann werden wir uns in diesem Parlament noch einmal mit diesem Antrag beschäftigen. Das ist ein normaler und üblicher Vorgang beim Umgang mit Anträgen auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen.

Herzlich willkommen im Parlament! Man muss sich eben auch an die Regeln halten.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der AfD: Dann tun Sie das doch!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der ABW erteile ich das Wort Herrn Abg. Palka. Auch bei ihm handelt es sich um seine erste Rede. Insofern bitte ich, von Zwischenfragen abzusehen, und im Übrigen um etwas Ruhe. – Danke.

**Abg. Thomas Axel Palka ABW:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin enttäuscht;

(Oh-Rufe)

denn es ist erbärmlich, dass in diesem Parlament darüber diskutiert wird, gegen welche Formen von Extremismus man etwas unternehmen muss.

(Beifall bei der ABW und der AfD)

Herr Sckerl von den Grünen sagte vorhin den Satz: „Wehret den Anfängen.“ Ich sage den alten Spruch: Wer im Glashaussitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

(Beifall bei der ABW und der AfD)

Wer nichts zu befürchten hat, kann doch jeder Untersuchung gelassen entgegensehen.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW und der AfD)

(Thomas Axel Palka)

Deshalb verstehe ich nicht, dass Sie sich gegen den Untersuchungsausschuss „Linksextremismus“ wehren. Haben Sie doch ein schlechtes Gewissen?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der ABW und der AfD  
– Zuruf von der SPD: Was?)

Die massive Störung von Versammlungen, zu der teilweise auch von Ihnen aufgerufen wird, nenne ich Linksextremismus.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW und der AfD)

Wenn SPD, Grüne, Antifa und Gewerkschaften gemeinsam zur Demonstration aufrufen und dann Besucher und Polizei massiv bedrängen, dann nenne ich das Linksextremismus.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW und der AfD)

Wenn von Linksextremisten Wahlplakate durch Aufkleber mit Hakenkreuzen oder durch das Aufmalen eines Hitler-Bartes unkenntlich gemacht oder zerstört werden, dann nenne ich das Linksextremismus.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW und der AfD)

Das ist auch ein Beispiel dafür, wie rechte Propagandadelikte durch Linksextremisten begangen werden.

Wenn Spitzenpolitiker mit Regierungsverantwortung wie Claudia Roth hinter Plakaten stehen, die bewerben: „Deutschland, du mieses Stück Scheiße!“ oder: „Deutschland verrecke!“, dann nenne ich das Linksextremismus.

(Beifall bei der ABW und der AfD)

Wenn Fraktionsvorsitzende, wie vor Kurzem Herr Meuthen, nur aufgrund der politischen Zugehörigkeit mit gefrorenen Torten beworfen oder andere verprügelt werden, dann nenne ich das Linksextremismus.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW und der AfD)

Wenn etablierte Parteien im Schaufenster ihrer Bürgerbüros die Antifa bewerben, dann nenne ich das Unterstützung von Linksextremismus.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW und der AfD)

Wenn auf Wahlhelfer geschossen wird und Autos von Bundesvorstandsmitgliedern abgefuckelt werden, dann nenne ich das Linksextremismus.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW und der AfD –  
Abg. Nicole Razavi CDU: Sehr innovative Rede!)

Glauben Sie, dass diese Vorfälle nur in anderen Bundesländern möglich sind? Nein, das ist auch in Baden-Württemberg möglich. Hier wurde sogar schon auf Parteikollegen geschossen.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW und der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie können die Statistiken verbiegen, wie Sie wollen. Fakt ist, dass Linksextremisten im Bereich der Gewaltdelikte und Körperverletzungen deutlich

führen. Fakt ist auch, dass die Untersuchung des Linksextremismus den Rechtsextremismus nicht weniger schlimm macht.

Aber nicht nur, dass Sie die Gefährdung von uns billigend in Kauf nehmen – nein, Sie rufen zur Blockade und Störung unseres Parteitags in Stuttgart auf. Damit provozieren Sie nicht nur Angriffe gegen AfDler, sondern auch gegen tausend Polizisten.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Ja!)

Von der massiven Steuerverschwendung einmal ganz abgesehen,

(Beifall bei der ABW und Abgeordneten der AfD)

nenne ich das schon kriminellen Linksextremismus.

Während die CDU in Baden-Württemberg den Kniefall vor den Grünen macht, rufen Ihre Kollegen in Hamburg laut dazu auf, Linksextremismus nicht länger zu verharmlosen. Wie verhalten Sie sich denn dazu?

(Beifall bei Abgeordneten der ABW)

Was sind Sie, liebe CDU? Sind Sie eine zerstrittene Partei?

(Abg. Sascha Binder SPD: Im Vergleich zu Ihnen ist das ein Harmonieladen! – Heiterkeit bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Oder ist das Taktik, um wenigstens ein paar Wähler zu halten?

(Beifall bei der ABW und Abgeordneten der AfD)

Wie positioniert sich die CDU denn nun zum Linksextremismus? Wenn Sie nicht mehr die Stimme der über 300 000 Polizisten in der Bundesrepublik sein wollen, dann soll es so sein. Wir werden auch weiterhin für die Polizisten eintreten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja, ja!)

Egal, ob Faschismus, Rassismus, Islamismus, Rechtsextremismus oder Linksextremismus – wir werden für die innere Sicherheit kämpfen.

(Beifall bei der ABW und Abgeordneten der AfD)

Sich mit Linksextremismus zu beschäftigen relativiert in keiner Weise Rechtsextremismus,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aha!)

denn wir lehnen jede Form von Extremismus ab; wir verurteilen ihn und lehnen ihn ab.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ui!)

Wenn auch Sie für den Erhalt der Demokratie sind, dann stimmen Sie jetzt mit uns für den Untersuchungsausschuss.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein, das haben wir vorhin erklärt! Was soll denn das?)

Danke schön.

(Beifall bei der ABW und der AfD)



**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Goll.

**Abg. Dr. Ulrich Goll** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht im Folgenden nicht um die Frage, welcher Untersuchungsausschuss sinnvoll sein könnte oder nicht und welchen Untersuchungsgegenstand er haben kann oder nicht. Es geht um etwas anderes. Es geht darum, dass die Fraktionen der AfD und der ABW sich das Antragsrecht für diesen Ausschuss erschlichen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD – Lachen bei der ABW und der AfD)

Deswegen ist der Antrag aus unserer Sicht rechtswidrig. Die vier Fraktionen, die den Antrag nicht gestellt haben, wollen und können unserer Meinung nach gar nicht anders, als dieses Geschehen hier zu kritisieren und es nicht zu einem Ende kommen zu lassen.

Unsere Position – das muss ich deutlich machen – setzt an folgendem Punkt an: Ich meine, Mitglieder einer Partei können nur eine Fraktion bilden – Ende der Durchsage; keine zwei, keine drei, keine vier Fraktionen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Zuruf des Abg. Anton Baron ABW)

Da muss man eigentlich schon ansetzen.

Meine Damen und Herren, wir halten die durch die Landtagsverwaltung eingeholten Gutachten für nicht überzeugend.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Deswegen kommen wir auch zu dem Schluss – das muss ich in aller Deutlichkeit sagen –, dass die Entscheidung, die Fraktionen der AfD und der ABW beide anzuerkennen, objektiv falsch, da in der Betrachtung zu kurz gegriffen war. Ich halte es immer für zu kurz gegriffen, wenn es in den Debatten oder in den Gutachten heißt, dazu stehe nichts im Gesetz, nichts in der Geschäftsordnung oder sonst wo.

Meine Damen und Herren, die Wirklichkeit ist die, dass der Grundsatz, den ich angesprochen habe – Mitglieder einer Partei bilden eine, und nur eine, Fraktion –, so selbstverständlich ist, dass er nirgendwo steht.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Sie haben Ihre eigene Parteischicht vergessen!)

Dass dieser Grundsatz ein ungeschriebener Bestandteil der Rechtsordnung ist und man andernfalls zu verrückten Ergebnissen kommt, sehen wir gerade an der Debatte heute.

Meine Damen und Herren, es gibt natürlich so etwas wie ungeschriebenes Verfassungsrecht.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Das kennen wir bei uns nicht!)

Manche Länder in Europa – z. B. das Vereinigte Königreich – haben überhaupt keine geschriebene Verfassung. Wir haben eine andere Tradition. Aber wenn Sie genau hinschauen, stellen Sie fest, dass auch wir jede Menge ungeschriebenes Verfassungsrecht haben, geschaffen vom Bundesverfassungsgericht, geschaffen von Forschung und Lehre. Das ist bei uns überhaupt nichts Ungewöhnliches.

Deswegen sage ich noch einmal: Der Grundsatz, dass Mitglieder einer Partei eine Fraktion und nicht mehr Fraktionen bilden, ist Bestandteil unserer Rechtsordnung. Deswegen ist der vorliegende Antrag aus unserer Sicht unzulässig.

Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Nun erteile ich Herrn Abg. Dr. Gedeon das Wort.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Die Zeit läuft! – Unruhe)

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Meine Damen und Herren! Es geht nicht nur um formalistische Erbsenzählerei, sondern es geht auch um grundsätzliche Konzepte. Es geht um die Frage: „Kampf gegen rechts“-Konzept oder „Kampf gegen Extremismus“-Konzept? Das ist die Frage.

In der alten Bundesrepublik war klar, dass das Antitotalitarismuskonzept galt. Die politische Mitte war die Grundlage. Die Extreme auf beiden Seiten wurden bekämpft.

(Unruhe)

In der DDR hingegen war das anders. Dort gab es damals schon das „Kampf gegen rechts“-Prinzip. Dieses Prinzip kursierte unter dem Namen „Volksfrontstrategie“. Bei diesem Konzept gibt es keine politische Mitte. In diesem Konzept gibt es dort, wo eigentlich die Mitte ist, eine Barrikade. Es geht dann nur um die Frage: Auf welcher Seite der Barrikade steht man?

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Auf welcher standen Sie?)

– Auf der richtigen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Immer!)

Die Linken sind nach diesem Konzept die Guten. Auf der anderen, der falschen Seite sind die Rechten, das sind die Bösen. Das ist die Denkweise.

(Unruhe)

Es stellt sich die Frage: Für welches Konzept hat sich das wiedervereinigte Deutschland entschieden? Richtig, meine Damen und Herren: Die politische Klasse im wiedervereinigten Deutschland hat sich für das „Kampf gegen rechts“-Konzept, für die kommunistische Lösung

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Unruhe)

(Dr. Wolfgang Gedeon)

und damit für eine „DDR-isierung“ Deutschlands entschieden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf: Mein Gott, ist das einfach!)

Rot-Rot-Grün ist nichts anderes als die politische Umwandlung in eine Groß-DDR.

Wenn wir hier einen Ausschuss gegen Linksextremismus einrichten, dann ist das ein Schritt in die richtige Richtung, nämlich eine Abkehr vom kommunistischen „Kampf gegen rechts“-Prinzip und eine Rückkehr zum demokratischen Antitotalitarismuskonzept.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Gegen Leute wie Sie muss man kämpfen!)

Deswegen, meine Damen und Herren, empfehle ich Ihnen: Stärken Sie die Demokratie, und unterstützen Sie die Einsetzung dieses Ausschusses. Lassen Sie die formalistische Erbsenzählerei.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir jetzt zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags.

Es ist beantragt worden, dass der Einsetzungsantrag gemäß § 1 Absatz 3 des Untersuchungsausschussgesetzes an den Ständigen Ausschuss zu einer gutachtlichen Äußerung überwiesen werden soll, weil gegen die Zulässigkeit der Untersuchung rechtliche Zweifel erhoben wurden.

Ich lasse deshalb über den Überweisungsantrag der Fraktion GRÜNE sowie der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP/DVP abstimmen.

(Zuruf von der ABW: Blockparteien!)

Wer diesem Überweisungsantrag zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist diesem Überweisungsantrag mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, ich werde auf den Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses, Herrn Kollegen Dr. Scheffold, zugehen und ihn bitten, die gutachtliche Äußerung abzugeben, damit die Plenarbefassung stattfinden kann.

Mit diesen Hinweisen ist Tagesordnungspunkt 2 für heute erledigt. Damit ist die Durchführung der Wahlen für heute hinfällig.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**a) Erste und Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes – Drucksache 16/619**

**b) Antrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Minderheitsrechte von zwei Fraktionen in der Geschäftsordnung – Drucksache 16/620**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache zu a und b eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Sckerl das Wort.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, verehrte Besucherinnen und Besucher! Wir behandeln heute die Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes in Erster und Zweiter Beratung gemeinsam mit der Änderung der Geschäftsordnung des Landtags. Da kann man unmittelbar an die Debatte beim vorangegangenen Tagesordnungspunkt anknüpfen.

Ich will noch einmal verdeutlichen – ich bin auch Herrn Kollegen Dr. Goll dankbar, dass er das so präzise gesagt hat –: Die Änderungen des UAG, die wir heute vornehmen, aber auch die Änderungen der Geschäftsordnung dienen letztendlich ausschließlich der Klarstellung bezüglich einer bereits gegebenen Rechtslage. Sie haben es „ungeschriebenes Verfassungsrecht“ genannt. Das ist uneingeschränkt zu bejahen; so ist das.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den AfD-Zwillingen: Beschäftigen Sie sich doch einmal mit dem Werdegang dieser Gesetze. Sie kommen selbst darauf, dass es parlamentarischer Brauch ist, dass Fraktionen immer Fraktionen unterschiedlicher Parteien sind

(Zuruf von der AfD: Wo steht denn das? Wo steht das, Herr Sckerl?)

und dass alle Quoren und alle Rechte, die in Gesetzen wie dem Untersuchungsausschussgesetz und in der Geschäftsordnung vorgesehen sind bzw. zugestanden werden, von dieser Konstellation ausgehen – von keiner anderen.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Wo steht das?)

– Beschäftigen Sie sich mit der Gesetzgebung zum Untersuchungsausschussgesetz während der Großen Koalition. Aus den Unterlagen, die dazu vorhanden sind, werden Sie das zweifelsfrei feststellen. Dann hat es ein Ende mit diesen Tricksereien

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Ach so! Gesetzmäßigkeit ist Trickserei!)

und ein Ende mit dem Ausnutzen von vermeintlichen Rechtspositionen, von Rechtspositionen, die Sie nicht haben. Deshalb, weil wir weiterem Rechtsmissbrauch, der sich ja bei Ihrem Tun abzeichnet,

(Zurufe von der ABW und der AfD)

einen Riegel verschieben wollen, aber auch verschieben müssen, ändern wir das Untersuchungsausschussgesetz und greifen heute auch zu dem durchaus nicht alltäglichen Mittel der

(Hans-Ulrich Sckerl)

Zusammenführung von Erster und Zweiter Beratung in einer Sitzung. Aber es ist tatsächlich Vorsorge zu treffen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege Sckerl, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner?

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE:** Nein, die gestatte ich weiterhin nicht.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Dann fahren Sie fort.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE:** Es geht darum, weiterem Missbrauch vorzubeugen. Deshalb müssen wir auch einmal zu einer Maßnahme greifen, die klarmacht: Wir sind in der Lage, mit rechtsstaatlichen Mitteln diesem Treiben des Missbrauchs Einhalt zu gebieten.

(Zuruf von der AfD: Sie missbrauchen! Sie sind doch der Missbraucher!)

Sie werden sich daran gewöhnen müssen, dass Parlament nach demokratischen Regeln mit Mehrheit und Minderheit funktioniert. Aus diesem Grund ist die Änderung notwendig.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Die Missbrauchsparteien!)

Noch einmal mein Tipp an Sie als Parlamentsneulinge – das sage ich ohne jegliche Überheblichkeit; das ging mir vor einer gewissen Zahl von Jahren genauso –: Man muss sich mit den Dingen beschäftigen, um das zu erkennen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Aber das muss man halt!)

Aber ich weiß nicht, ob dieser Appell bei Ihnen fruchtet. Ich glaube, dass Sie es leider systematisch darauf angelegt haben, so zu verfahren. Das zeigt der aktuelle Zustand bei Ihnen. Sie sitzen wieder in einer Truppe zusammen und wollen uns weismachen, es gebe immer noch zwei Fraktionen und Sie hätten angeblich unendliche Schwierigkeiten – schwierige Satzungs- und sonstige Fragen –, sich wieder zu vereinigen.

Wissen Sie, was die einzige Frage ist, die Sie noch umtreibt? Sie lautet: Was ist für Sie die kostengünstigste Lösung der Wiedervereinigung? Mit welcher Lösung sparen Sie am meisten Geld und müssen der Landtagsverwaltung für sowieso unrechtmäßig erhaltene Fraktionsmittel am wenigsten zurückerstatten? Diese Frage treibt Sie wahrscheinlich noch um. Ansonsten ist das Thema geklärt.

Ich bitte, unserem Gesetzentwurf und auch der Änderung der Geschäftsordnung zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Razavi das Wort.

**Abg. Nicole Razavi CDU:** Mark Twain hat einmal gesagt: „Gesetzeslücken lassen sich durch beständigen Gebrauch beträchtlich erweitern.“ Mit anderen Worten: Ein ungenaues Ge-

setz lädt zu kreativen Interpretationen und letztlich zu verfälschenden Umdeutungen ein. Deshalb werden wir heute eine Gesetzeslücke schließen.

(Zuruf: Die Sie geschaffen haben! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Also, es gibt eine Lücke? Das ist interessant!)

Die Debatte über den von den AfD-Fraktionen beantragten Untersuchungsausschuss hat noch einmal gezeigt: Wir brauchen eine textliche Klarstellung in den Bestimmungen der Geschäftsordnung und des Untersuchungsausschussgesetzes, um Missbrauch und Missverständlichkeiten in Zukunft zu vermeiden.

Eigentlich ist der Wille des Gesetzgebers auch schon nach dem Gehalt des geltenden Normwortlauts eindeutig. Wenn dort bislang von zwei Fraktionen die Rede war, sind damit natürlich zwei Fraktionen verschiedener Parteien gemeint. Angesichts der Verfassungswirklichkeit und der parlamentarischen Normalität in Baden-Württemberg und in Deutschland durfte der Gesetzgeber davon einfach ausgehen. Dass eine Fraktion plötzlich eine Art mutierende Zellteilung vollzieht, um dann in Gestalt von zwei Fraktionen einen Untersuchungsausschuss zu beantragen,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW meldet sich.)

war bei der Entstehung der ausschlaggebenden Vorschriften sicher kein vorstellbares Szenario. Diesen Fall musste der Gesetzgeber weder vorhersehen noch überhaupt für möglich halten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Fiechtner?

**Abg. Nicole Razavi CDU:** Nein.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Gute Antwort!)

Es war sicherlich zu keinem Zeitpunkt beabsichtigt, zwei Fraktionen ein und derselben Partei besondere, privilegierte Rechte einzuräumen. Deshalb ist das gesamte Vorgehen der AfD konstruiert und ein mutwilliger Missbrauch.

Tatsächlich ging es ursprünglich und dem Zweck nach doch um ganz andere Überlegungen zur Sicherung parlamentarischer Minderheitenrechte. Unter den Bedingungen der Großen Koalition sollten auch die damals kleineren Oppositionsfraktionen einen Untersuchungsausschuss beantragen können, ohne dabei auf eine Regierungsfraktion angewiesen zu sein. Das war der Grund, damals das Quorum abzusenken. Das ausdrückliche Kriterium „zwei Fraktionen“ sollte dabei gerade ausschließen, was wir jetzt erleben, dass eine Oppositionspartei allein initiativ werden kann. So sollte sichergestellt werden, dass das Instrument des Untersuchungsausschusses im politischen Tagesgeschäft nicht verschlissen und nicht missbraucht wird.

Die AfD hat sich dieser Regelungen bemächtigt

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: „Bemächtigt“!)



(Nicole Razavi)

und stützt sich dabei auf eine rein vordergründige Wortauslegung. Das widerspricht aber eindeutig und offenkundig dem Geist und dem Sinn des Gesetzes. Deshalb sorgen wir jetzt für Klarheit.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Die Parlagegeschichte ist aber anders, Frau Kollegin!)

Rechte einer qualifizierten Minderheit dürfen auch in Zukunft nicht nach dem Prinzip „Doppeltes Lottchen“ missbraucht und pervertiert werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Binder das Wort.

**Abg. Sascha Binder SPD:** Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! In Artikel 35 Absatz 1 Satz 1 unserer Landesverfassung heißt es:

*Der Landtag hat das Recht und auf Antrag von einem Viertel seiner Mitglieder die Pflicht, Untersuchungsausschüsse einzusetzen.*

Der 11. Landtag hat während der Großen Koalition – die Kollegen haben darauf hingewiesen – eine zusätzliche Möglichkeit geschaffen, einen Untersuchungsausschuss zu beantragen, ohne dafür eine der beiden Koalitionsfraktionen zu brauchen. Liest man die Debattenbeiträge vom 21. April 1993, die ich Ihnen wärmstens ans Herz legen darf, so stellt man fest, dass sich damals die große Mehrheit mit guten und nachvollziehbaren Gründen eben nicht, wie damals von den Republikanern gefordert, dafür entschied, das Quorum auf ein Zehntel der Mitglieder herabzusetzen. Das heißt, der damalige Gesetzgeber, der von zwei Fraktionen ausgegangen ist, deren Mitglieder nicht einer Partei angehören, hat nicht das Quorum herabgesetzt, sondern ein zusätzliches Mittel eingeführt.

Deshalb handelt es sich hier lediglich um eine Klarstellung des damaligen Gesetzestextes. Da man immer auch die damaligen Begründungen und die damaligen Debattenbeiträge – ich denke, das wissen auch die Juristen in der AfD-Fraktion, so es sie denn gibt – in die Auslegung eines Gesetzestextes mit einbinden muss, ist klar, dass der Gesetzgeber es damals, hätte er die heutige Situation gesehen, genauso formuliert hätte. Deshalb ist es lediglich eine Klarstellung, die die Fraktionen hier einbringen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Also Unvorsichtigkeit damals! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Fiechtner?

**Abg. Sascha Binder SPD:** Nein.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Nein.

**Abg. Sascha Binder SPD:** Zum zeitlichen Ablauf: Ich bin ein wenig verwundert über die Pressemitteilung der AfD vom 23. September 2016. Über die Wortwahl selbst bin ich, ehr-

lich gesagt, nicht mehr verwundert. Aber den Vorwurf, den Sie dort erhoben haben, wir anderen Fraktionen würden demokratische Mittel nicht nutzen, sondern benutzen, halte ich für falsch, vor allem vor dem Hintergrund des zeitlichen Ablaufs. Spätestens seit der Beratung in der Präsidiumssitzung zu Beginn der Sommerpause am 26. Juli 2016 ist Ihnen allen bekannt, dass die Fraktionen in diesem Haus, die jetzt diesen Antrag stellen, beabsichtigen, sowohl das Untersuchungsausschussgesetz als auch die Geschäftsordnung schnellstmöglich zu ändern. Sie konnten daher keinesfalls überrascht sein, dass wir die notwendigen gesetzlichen Änderungen heute, am ersten Plenartag nach der Sommerpause, in erster und zweiter Lesung beschließen.

Kollege Merz – er ist gerade nicht im Haus –

(Zuruf von der AfD: Doch! Hinter Ihnen! – Abg. Nicole Razavi CDU: Er hat sich versteckt! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Warum soll er hier sein? – Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Ich bin hier! – Zuruf: Drehen Sie sich um, Herr Kollege!)

– Ah, er steht da. – Herr Merz, wenn Sie sich noch einmal die Mühe machen, in das Protokoll der Präsidiumssitzung vom 26. Juli 2016 zu schauen – es ist nicht zitierfähig –, dann können Sie lesen, was Sie damals sagten. Wenn man sich das anschaut, fragt man sich schon, wie Sie dann selbst eine solche Pressemitteilung verschicken können, wie Sie es jetzt in dieser Woche getan haben.

Spätestens seit dieser Sitzung ist klar, dass wir Handlungsbedarf sehen und dass wir auch handeln. Sie haben dann sehr schnell einen Untersuchungsausschuss beantragt, um diesem Gesetzgebungsverfahren irgendwie zuvorzukommen. Das heißt, Sie können uns nicht vorwerfen, dass wir irgendetwas ausnutzen würden. Die Einzigen, die Rechte für sich ausnutzen, sind Sie und sonst niemand in diesem Parlament.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der Grünen und der CDU – Zuruf von der AfD: Sie haben so viel schon ausgenutzt! S 21!)

Mir bleibt nur – an Ihre Adresse gerichtet –, ein Zitat des ehemaligen SPD-Abgeordneten Wolfgang Bebbler aus der Plenardebatte vom 21. April 1993 in Richtung Republikaner zu wiederholen:

*Wie viel Charakter besitzen Sie eigentlich, wenn Sie einerseits den Altparteien alle Böswilligkeiten unterstellen, aber gleichzeitig von ihnen Liebesdienste in der Weise verlangen, dass sie Minderheitenrechte einräumen sollen, wie es sie sonst in der ganzen Bundesrepublik nicht gibt?*

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Kern.

(Unruhe – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Sind nicht zuerst wir dran?)

– Nein. Lieber Kollege, nach der Geschäftsordnung sind zunächst einmal die Antragsteller an der Reihe. Danach geht es



(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

entsprechend der Größe der Fraktionen weiter; dann sind Sie als Redner an der Reihe.

(Abg. Dr. Stefan Fust-Blei SPD: Lesen bildet! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So einfach ist das! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zuruf von der AfD)

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst etwas sehr Grundsätzliches feststellen. Wir setzen heute ein Zeichen: Die repräsentative Demokratie lässt sich nicht verhöhnen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Und wir sorgen heute dafür, dass sich Rechtsradikale auch zukünftig an der baden-württembergischen Demokratie die Zähne ausbeißen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Im Übrigen würden wir das gegenüber Linksradikalen genauso tun.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der Grünen, der CDU und der SPD)

Nach den Beiträgen meiner Vorredner kann ich mich kurzfassen, was das Thema angeht. Als die Formulierungen zu den zwei Fraktionen in das Untersuchungsausschussgesetz aufgenommen wurden, hatte man im Landtag die Situation, dass die damaligen Oppositionsfraktionen mangels einer Ein-Viertel-Minderheit keinen Anspruch auf die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses hatten.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Abg. Dr. Kern, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner?

(Zurufe: Nein!)

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Ja.

(Heiterkeit – Abg. Nicole Razavi CDU: Neugierig!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Ja. – Herr Abg. Dr. Fiechtner, bitte.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** ABW: Vielen Dank, Herr Kollege. Das spricht für Sie. Ein letzter Rest an Liberalität scheint geblieben zu sein.

(Zurufe)

Sie sprachen von Rechtsradikalen. Ich möchte Sie darum bitten, näher zu spezifizieren, wen Sie damit genau meinen.

(Zurufe, u. a.: Sie!)

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Das mache ich sehr gern. Z. B.: Sie tolerieren in Ihrer Partei bundesweit Leute, die ganz, ganz am rechten Rand sind, die sehr wohl rechtsradikal sind, die Sie nicht aus Ihrer Partei ausschließen.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Namen!)

Solange Sie solche Menschen in Ihren Reihen tolerieren, so lange sind Sie auch Rechtsradikale.

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

Ich kann Ihnen die Beispiele hier nennen: Markus Frohnmaier, den kennen Sie.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Sitzt der hier im Parlament?)

Zitat:

*Unsere Generation wird am meisten darunter leiden, dass Merkel dieses Land gerade mit dem Lumpenproletariat Afrikas und des Orients überschwemmt.*

Wie viele Beweise brauchen Sie eigentlich noch, dass Sie eine rechtsradikale Partei sind?

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Abg. Dr. Kern, gestatten Sie –

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Nein. Jetzt bin ich dran. Ich beantworte die Frage von Herrn Dr. Fiechtner.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Nein. Ich muss noch seine Frage beantworten.

(Zurufe der Abg. Sascha Binder SPD und Dr. Heinrich Fiechtner ABW)

Oder Björn Höcke – Zitat –:

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW: Sitzt Herr Höcke in diesem Parlament? – Gegenruf: Lassen Sie ihn doch mal ausreden! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

*Ich gehe nicht davon aus, dass man jedes einzelne NPD-Mitglied als extremistisch einstufen kann.*

Wie viele Beweise wollen Sie eigentlich noch, dass Sie eine rechtsradikale Partei sind?

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Ein Letztes an Ihre Adresse. Dieses Zitat müsste Ihnen bekannt vorkommen. Für Herrn Dr. Fiechtner ist die – Zitat – „heilige Inquisition ein Muster an klarem Denken und Beweisführung“. Also, ich bitte Sie!

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

(Dr. Timm Kern)

Sie dürfen sich in Zukunft gern weiter melden und mir Fragen stellen. Ich beantworte sie Ihnen sehr gern, Herr Dr. Fiechtner.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Das ist wirklich die nicht mehr für möglich gehaltene Steigerung.

Die Behauptung, es gebe zwei AfD-Fraktionen, ist doch eine Fiktion. Allein schon die Tatsache, dass Sie hier vorn sitzen, zeigt ja, dass Sie einen gemeinsamen Fraktionsvorsitzenden gewählt haben. Die Absurdität dieser Situation wird einem klar. Das wäre so ähnlich, als wenn die FDP/DVP-Fraktion und die SPD-Fraktion einen gemeinsamen Fraktionsvorsitzenden wählen würden.

(Zuruf von der SPD: Das wäre spannend! – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Deshalb zeigt das eindeutig: Es ist eine Fiktion, dass es sich hier tatsächlich um zwei Fraktionen handeln würde.

(Große Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Abg. Dr. Kern, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Meuthen?

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Ich glaube, die AfD-Fraktionen oder die AfD-Fraktion und die ABW-Fraktion hatten ihre Chance. Sie können ja gern nachher noch einmal Stellung nehmen.

Mehr Beweise dafür, wie die AfD mit ihrem skurrilen Verhalten den Parlamentarismus verhöhnt, braucht man nicht. Verhöhnt werden im Übrigen ja auch die Wählerinnen und Wähler. Denn sie haben die AfD eben nicht mit einer Ein-Viertel-Minderheit ausgestattet. Mit dem Winkelzug der Aufspaltung maß sich die AfD diese Stärke jedoch an.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb muss an dieser Stelle auch festgestellt werden, dass der AfD mit der Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes und der Geschäftsordnung eben nichts genommen wird, was ihr eigentlich zustehen würde. Vielmehr geht es heute darum, rücksichtslose Winkelzüge nicht zum Erfolg zu führen. Um diesem unwürdigen Spiel ein Ende zu machen, ändern wir nun das Untersuchungsausschussgesetz und die Geschäftsordnung, damit das, was allen Abgeordneten in den Parlamenten klar war, auch klar und unmissverständlich im Gesetz und in der Geschäftsordnung steht.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die ABW erteile ich das Wort Herrn Abg. Baron.

**Abg. Anton Baron** ABW: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Abgeordnete, meine Damen und Herren! Die heute hier geplante Beeinträchtigung der Oppositionsrechte durch das Kartell der Altparteien

(Beifall bei Abgeordneten der ABW – Lachen bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

wirft kein gutes Licht auf den Zustand des Parlamentarismus und der Demokratie hier in unserem Land. Den Fraktionen von ABW und AfD eine missbräuchliche Ausübung der Oppositionsrechte vorzuwerfen ist schon deswegen nicht sehr überzeugend, weil die Abgeordneten – ich betone: alle Abgeordneten – der AfD, die sich in beiden Fraktionen wiederfinden,

(Lachen der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Ah!)

sich durchaus bewusst sind, wie arbeitsintensiv und kostspielig das Betreiben eines Untersuchungsausschusses ist.

Hinzu kommt, dass jeder von uns sich für eine behauptete missbräuchliche Verwendung dieses Instrumentariums bei den kommenden Wahlen ohnehin politisch verantworten müsste.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Kein Problem, Herr Kollege!)

Dagegen ist es sehr wohl gerechtfertigt und drängt sich dem Beobachter geradezu auf, dass mit dem heutigen Antrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP der durchsichtige und von den Wählern leicht zu durchschauende Versuch gemacht wird, eine „Lex AfD“ zu errichten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Überhaupt nicht!)

Hier ist es sehr gerechtfertigt, von Missbrauch zu sprechen, vom kaltschnäuzigen Missbrauch durch erdrückende parlamentarische Mehrheiten der Kartellparteien in diesem Hohen Haus,

(Beifall bei Abgeordneten der ABW)

um die einzig wirkliche Opposition, nämlich die Abgeordneten von ABW und AfD, politisch kaltzustellen.

Wieder einmal wird deutlich, wie sehr Sie sich hinter Ihrer Kartellparteienmehrheit verschanzen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was?)

wie Sie alle sich in die Büsche schlagen und das Feld der inhaltlichen Auseinandersetzung

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Haben Sie eine Ahnung!)

gerade bei einem so immens wichtigen Thema wie dem Linksextremismus meiden.

(Abg. Sascha Binder SPD: Falscher Tagesordnungspunkt!)

Die Ausgrenzung der AfD ist für Sie anscheinend bedeutsamer als eine notwendige inhaltliche Aufarbeitung einer die freiheitliche demokratische Grundordnung in unerträglicher Weise bedrohenden Subkultur, deren Gewaltpegel inzwischen

(Anton Baron)

alle anderen und von uns nicht weniger scharf verurteilten Formen von Extremismus weithin übertrifft

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Nicole Razavi CDU: Zu welchem Tagesordnungspunkt sprechen Sie gerade? – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

und dessen Abgebrühtheit einen nur noch erschauern lässt, wenn ich etwa an die brutale Gewalt gegen Polizisten denke.

Ihre Vorgehensweise vom heutigen Tag zeigt jedoch bedauerlicherweise zweierlei. Erstens: Die AfD ist die derzeit einzige echte Opposition im Land.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW und der AfD – Widerspruch bei der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben? – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Und zweitens: Sämtliche etablierten Landtagsfraktionen stellen sich schützend vor den organisierten Linksextremismus.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW – Abg. Sascha Binder SPD: Wir sind bei TOP 3!)

Sie weigern sich mit aller Macht, Strukturen aufzudecken, die längst demokratiegefährdende Ausmaße angenommen haben.

(Beifall des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Sie ducken sich lieber weg, ziehen den Kopf ein und prügeln zusammen mit vereinten Kräften auf die Landtagsopposition ein. Wäre die politische Klasse immer so schnell mit der Lösung der Probleme in diesem Land wie bei der Verhinderung der freiheitlichen Opposition in diesem Hohen Haus: Baden-Württemberg wäre geradezu das Paradies auf Erden.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW – Abg. Nicole Razavi CDU: So jung und schon so befremdend!)

Das Gesetz ist handwerklich schlecht, und es ist politisch fatal. Einmal mehr geben sich die Kartellparteien als Einheitsfront gegen ein berechtigtes Begehren der Opposition zu erkennen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Was ist das für ein Vokabular?)

Einmal mehr soll die wahre Opposition mundtot gemacht werden,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

indem man ihr Instrumente vorenthalten will, die der Gesetzgeber eigentlich für sie vorgesehen hat.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ein Geschwätz kennen wir von den Anfängen der NSDAP!)

Einmal mehr beweisen Sie, wes Geistes Kind Sie sind: eine bürgerliche Opposition in ihren Rechten beschneiden, um eine linksextreme Szene vor der überfälligen parlamentarischen Untersuchung zu beschützen.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW und der AfD)

Dies ist ein neuerlicher Tiefpunkt in der Republikgeschichte.

(Abg. Daniel Rottmann ABW: Wehret den Anfängen! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Welche Republik?)

Dass vormalig bürgerliche Parteien wie die CDU und die FDP sich für so etwas hergeben, lässt tief blicken. Aber seien Sie sich dessen sicher: Die Wähler blicken inzwischen sehr tief.

Vielen Dank.

(Beifall bei der ABW und Abgeordneten der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die AfD erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Merz.

**Abg. Dr. Heiner Merz** AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf und der vorliegende Antrag mögen sich zwar gegen die AfD richten, schaden werden diese aber vor allem und in erster Linie unserer parlamentarischen Demokratie.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wie denn?)

Gerade diejenigen, die der AfD ach so gern vorwerfen, das Ansehen dieses Hauses zu beschädigen, stoßen jetzt Regeln um – nur zu ihrer weiteren Klüngelei.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Um was geht es denn?)

Es sind Mauscheleien aus Angst vor dem Ergebnis des Untersuchungsausschusses.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und der ABW)

Doch können Sie versuchen, was Sie wollen, um unsere Rechte zu beschränken: Wir werden weiterhin dafür kämpfen, und wir werden weiterhin Wege finden, unsere Finger in die Wunden zu legen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Welche?)

Uns macht Gegenwind nicht müde; wir sind das gewohnt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und der ABW)

Ihre Anträge machen zwei wesentliche Punkte deutlich. Erstens: Wir liegen mit unserem Antrag auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses zum Linksextremismus absolut richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und der ABW – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Falsch! – Abg. Sascha Binder SPD: Können Sie mal zum Thema reden?)

Wenn es darum geht, Linksextremismus zu schützen, stellen sich, wie wir sehen, alle sogenannten etablierten Parteien hier quer.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und der ABW – Zuruf von der AfD: Pfui!)

Entgegen unserer Erwartung tut dies auch die CDU ganz deutlich. In welches Wespennest haben wir denn hier gestochen, dass selbst Sie bereit sind, Linksextremismus in unserem Land

(Dr. Heiner Merz)

zu decken, indem Sie dabei mitmachen, grundlegende Minderheitenrechte in unserem Parlament einzuschränken?

(Beifall bei der AfD und der ABW)

Zweitens: Pluralismus und parlamentarische Kultur sind in diesem Haus nur noch ein Schein.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Von Rot bis Schwarz halten Sie alle zusammen. Sie halten zusammen, wenn es darum geht, zu verhindern, dass Mächenschaften, Geklügel, Missbrauch von Steuergeldern und staatlicher Unterstützung,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wir halten zusammen, wenn es um Demokratie geht! – Abg. Gabi Rolland SPD: Sie missbrauchen doch Steuergelder!)

ja sogar Förderung von linken Chaoten und Gewalttätern offengelegt werden.

(Beifall bei der AfD und der ABW – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Falsch!)

Das ist für uns nichts Neues.

Als zutreffend erwiesen hat sich auch der Verdacht, dass neben der AfD nur noch eine weitere Partei in diesem Landtag vertreten ist.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Diese Partei hat die Farben Rot, Grün, Gelb und Schwarz; vier Fraktionen hat sie dennoch.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und der ABW)

Dass es zwischen ihren Fraktionen grundlegende Unterschiede gäbe, das kauft Ihnen spätestens jetzt weder hier drin noch draußen im Land noch irgendjemand ab.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und der ABW – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Falsch!)

Dass Sie jedoch aufgrund unseres Antrags in eine solche Panik und eine solche Einigkeit verfallen,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Panik? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Souveränes Handeln nennt man das, nicht Panik, Herr Kollege!)

dass Sie dies hiermit glasklar eingestehen, das ist selbst für uns schon erstaunlich.

Ihre Fassade bröckelt früher als erwartet. Die Menschen im Land geben uns, der AfD, dankenswerterweise zunehmend recht und zunehmend ihre Stimme. Und Ihre verzweifelten Versuche zur Abwehr unserer Anträge zeigen allen Bürgern dieses Landes, dass wir, die AfD, uns auf dem richtigen Weg befinden. Wir halten weiterhin an unserem Antrag auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses fest. Wir werden das Thema Linksextremismus weiterverfolgen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Machen Sie das!)

Und wir werden hierzu weiterhin alle parlamentarischen Möglichkeiten nutzen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut!)

Spätestens in viereinhalb Jahren, wenn die AfD deutlich mehr als ein Viertel der Mitglieder des Landtags hier stellen wird,

(Beifall bei der AfD)

spätestens dann wird ein solcher Ausschuss ohnehin eingesetzt. Ich bin gespannt, welche Abwehrversuche dann der traurige Rest der einstmals demokratischen Volksparteien vollführen wird.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Träumen Sie weiter!)

Wir wissen auch, dass viele von Ihnen, werte Abgeordnete dieses Hohen Hauses, sich in der Illusion wiegen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

dass viele Bürger nicht verstehen könnten oder wollten, was hier vor sich geht. Glauben Sie mir aber: Die interessierten Bürger beobachten manche Geschehnisse ganz genau. Diese Bürger erkennen zunehmend – hier in Baden-Württemberg bislang 15,1 %, Tendenz steigend –, dass solche Abgeordneten keine Verteidiger ihrer Interessen sind, sondern durch Fraktionszwang Getriebene, die heute hier wieder alle Möglichkeiten nutzen, um eine offene und ehrliche Auseinandersetzung mit manchen Zuständen dieses Landes zu verhindern.

Viele von Ihnen werfen uns immer wieder vor, wir, die AfD, würden uns nur als Opfer darstellen. Doch das Opfer von Ihnen ist die parlamentarische Demokratie.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist eine Unverschämtheit! – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Wir lehnen selbstverständlich beide Initiativen ab. Bei der Abstimmung appellieren wir an Ihre Gewissensfreiheit, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD und Abgeordneten der ABW)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Nach § 82 b der Geschäftsordnung erteile ich das Wort für eine persönliche Erklärung Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jetzt kommt die fällige Entschuldigung!)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** ABW: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Die Debatte hier verläuft typisch unterirdisch, wie nicht anders zu erwarten war.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Persönliche Erklärung! – Weitere Zurufe)

Ich wehre mich ausdrücklich gegen die Vorwürfe des Abg. Dr. Kern, der auf meine Frage, wen er denn mit „Rechtsextremisten“ gemeint hätte



(Dr. Heinrich Fiechtner)

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: „Rechtsradikal“ habe ich gesagt!)

– „Rechtsradikalen“ –, auf uns und speziell auf meine Person gedeutet hat. Ich erkläre hier ausdrücklich diesen Vorwurf als unterirdisch und geradezu typisch für einen Repräsentanten, der in seiner eigenen Partei massive Probleme hat.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist keine persönliche Erklärung, Herr Präsident! Das ist zusätzliches Rederecht! Das lassen wir nicht zu! Das ist keine persönliche Erklärung! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Man denke an Friedrich Naumann und dessen ungeklärtes Verhältnis zum Nationalsozialismus.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW und der AfD)

Wer solche Hypotheken in seiner Partei hat, braucht nicht mit dem Finger auf andere zu zeigen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das hat mit einer persönlichen Erklärung nichts zu tun! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, persönliche Erklärungen dienen dem Zurückweisen eines Vorwurfs. Das haben Sie getan. Damit ist das Thema erledigt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Punkt! – Zuruf von der CDU: Abmarsch!)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** ABW: Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW und der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache in der Ersten Beratung zu Buchstabe a dieses Tagesordnungspunkts beendet.

Wir kommen gemäß dem zu Sitzungsbeginn getroffenen Beschluss über die Fristverkürzung zwischen Erster und Zweiter Beratung nun zur Zweiten Beratung und hier zur **A b s t i m m u n g** über den Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes, Drucksache 16/619.

Ich rufe auf

#### Artikel 1

#### Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 2

#### Inkrafttreten

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Artikel 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

#### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 28. September 2016 das folgende Gesetz beschlossen:“.

#### Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes“ – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen damit zur

#### S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, unter Buchstabe b dieses Tagesordnungspunkts kommen wir zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags der Fraktion GRÜNE sowie der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP/DVP, Drucksache 16/620.

Wer diesem Antrag, der die Einfügung eines neuen Absatzes 5 in § 17 der vom Landtag zu Beginn dieser Wahlperiode vorläufig übernommenen Geschäftsordnung begehrt, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Antrag Drucksache 16/620 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Punkt 3 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

#### **Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU – Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg – Drucksache 16/348**

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/605**

#### **Berichterstatter: Abg. Peter Hofelich**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die Fraktion GRÜNE darf ich Herrn Abg. Dr. Rösler das Wort erteilen.

**Abg. Dr. Markus Rösler** GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Am 21. Juli dieses Jahres hat das Hohe Haus in erster Lesung und in der letzten Woche der Finanzausschuss, dessen Mitglied ich bin, die Novellierung des Landesbeamtengesetzes und des Landesbesoldungsgesetzes beraten. Im Finanzausschuss erfolgte dies allerdings de facto ohne Aussprache. Seit der ersten Lesung am 21. Juli wurden keine neuen Argumente und auch keine neuen Gegenargumente zu dem Gesetzentwurf von Grünen und CDU vorgetragen.

Insofern hätten wir – ich will das einmal ganz ehrlich sagen – auf eine Aussprache verzichten können. Die Kollegen der

(Dr. Markus Rösler)

FDP haben darauf beharrt – an ihnen liegt es –, dass man darüber spricht, im Finanzausschuss aber haben sie nicht ein einziges Wort vorgetragen. Da sich im zuständigen Ausschuss die Kollegen der FDP nicht zu Wort gemeldet hatten, scheint es von ihnen keine neuen fachlichen Argumente zu geben –

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Hättet ihr bei der ersten Lesung gut zugehört, hättet ihr es mitbekommen!)

trotzdem wollen sie im Plenarsaal darüber reden.

Die zweite Variante, die eigentlich zu erhoffen ist, wäre, dass Sie dem Gesetzentwurf nachher doch noch zustimmen.

Im Detail handelt es sich im Wesentlichen um elf neue Stellen für den Parlamentarischen Beratungsdienst, den wir ja alle fraktionsübergreifend sehr schätzen. Deswegen gab es hierzu einen interfraktionellen Konsens; dieser hat tatsächlich alle Fraktionen oder Gruppierungen im Haus umfasst.

Profitiert davon haben – das ist hier auch Usus, und es ist auch gut so, dass wir das insgesamt so weiterentwickeln und weiter so handhaben – die FDP und insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der verschiedenen, sich „Alternative“ nennenden Gruppierungen hier im Haus, die auf diese Art und Weise ebenfalls einen parlamentarischen Beratungsdienst erhalten. Das zeigt noch einmal, dass wir da, wo es formal korrekt ist, selbstverständlich auch die Kolleginnen und Kollegen der alternativen Seite bzw. diejenigen, die sich in unterschiedlichen Varianten so bezeichnen, fair und korrekt behandeln.

Es gibt darüber hinaus bei der SPD und der FDP verständlicherweise – das haben wir unterstützt – den Wunsch, dass die Geschäftsführer eine neue Funktionsbezeichnung bekommen, wodurch eine höhere Besoldung möglich ist. Dem haben wir ebenfalls zugestimmt. Wir unterstützen dieses Anliegen.

Zum Schluss – ich will die Redezeit, wie ich vorhin gesagt habe, gar nicht ausnutzen – möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass das im Entwurf vorliegende Gesetz für die Grünen selbst keinerlei Verbesserungen mit sich bringt; wir sind davon nicht betroffen. Wir haben Wert darauf gelegt, dass hier das im Parlament übliche Prozedere angewandt wird und dass – was beim vorherigen Tagesordnungspunkt ja sehr strittig diskutiert wurde und strittig gestellt wurde – die AfD und die ABW korrekt behandelt werden und wir das selbstverständlich korrekt machen.

Ich werbe deswegen insgesamt für die Fraktion GRÜNE um Zustimmung zu dieser Gesetzesänderung.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Wald.

**Abg. Tobias Wald CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben bereits vor der Sommerpause den Dritten Nachtrag zum Staatshaushaltsplan 2016 beschlossen. Heute geht es in Zweiter Beratung noch einmal um die technische Umsetzung der im Nachtrag be-

schlossenen Stellen; wir beraten den Gesetzentwurf in zweiter Lesung.

Gern begründe ich nochmals die Gesetzesänderung. Dem Nachtrag konnten wir wegen § 79 Absatz 3 der Landesverfassung die mit dem Gesetz erforderlichen Änderungen wegen des dort geregelten Bepackungsverbots nicht beifügen. Im Dritten Nachtrag wurden Stellen ausgebracht, die bislang im Landesbeamtengesetz und im Landesbesoldungsgesetz nicht beinhaltet waren.

Mit der Gesetzesänderung werden nun die formalen Voraussetzungen für die Umsetzung der Stellen geschaffen. Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, statten wir die Landtagsfraktionen – alle Landtagsfraktionen – und die Landtagsverwaltung ausreichend aus. Der Landtag ist somit formal wieder voll geschäftsfähig.

Das Gesetz verursacht keine zusätzlichen Kosten; diese sind bereits im Dritten Nachtrag etatisiert worden.

Meine Damen und Herren, eine gut arbeitende Regierung braucht kompetente und hoch qualifizierte Führungskräfte, um die anstehenden Herausforderungen erfolgreich bewältigen zu können. Mit dem künftigen Staatssekretär im Innenministerium, einem Baden-Württemberger, haben wir eine herausragende Persönlichkeit mit außerordentlich guter Biografie. Er war Journalist, Diplomat, mit Europa- und Finanzpolitik befasst und in der freien Wirtschaft tätig – stets in herausgehobenen Positionen. Diese breite Erfahrung, insbesondere im Bereich Sicherheitstechnik und Terrorabwehr, ist etwas wert und sollte es uns auch wert sein.

Das Amt des beamteten Staatssekretärs bei der obersten Landesbehörde, deren Geschäftsbereich unser stellvertretender Ministerpräsident derzeit leitet – das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration –, weist eine zu der Funktion des Staatssekretärs, Staatsministers der Staatskanzlei vergleichbare Verantwortung auf.

Meine Damen und Herren, diese hohen, vielzähligen Aufgaben können nur mit gutem Personal bewältigt werden. Sie dienen dem Land, und das ist auch gut so.

Die CDU-Fraktion bittet um Zustimmung zur Gesetzesänderung.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Stickelberger.

**Abg. Rainer Stickelberger SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns umfasst dieser Gesetzentwurf zwei Teile. Den einen Teil würde ich einmal mit „Stärkung der Parlamentsarbeit“ überschreiben. Wir sind uns einig, dass wir die Stellen, die dafür ausgewiesen sind, für ein arbeitsfähiges Parlament brauchen, ein Parlament, das zunehmend neuen Herausforderungen ausgesetzt ist, das mit dem neuen Medienzentrum erweiterte Aufgaben bekommen wird und im Hinblick auf die Komplexität politischer Abläufe in der Zukunft zunehmend gefordert sein wird.

(Rainer Stichelberger)

Diese Stellen sind angemessen. Wir werden deshalb dem Gesetzentwurf insoweit zustimmen. Die Stellen sind etatisiert, und ich glaube, es ist angemessen, dass wir so verfahren. Der Landtag von Baden-Württemberg ist eines der kostengünstigsten Parlamente der Flächenländer in Deutschland.

(Zuruf von der AfD: Nicht mehr lange!)

Deshalb können wir diesem Teil zustimmen.

Bei der Überschrift über den anderen Teil des Gesetzentwurfs fällt mir das schon etwas schwerer. Man könnte sie nennen: „Strobls kleine Staatskanzlei“ oder „StaMile“

(Beifall der Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW und Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

oder vielleicht – entschuldigen Sie, Herr Staatsminister – „Spiegel-Murawski“.

(Zuruf: Spiegelkabinett! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Murawski ist einmalig! Den kann man nicht spiegeln!)

Wir fragen uns natürlich schon: Was macht eigentlich Herr Jäger? Er ist zweifelsohne eine Persönlichkeit, deren Leistungen und Fähigkeiten unbestritten sind. Aber wenn ich mir die Geschäftsverteilung im Innenministerium anschau, sehe ich: Wir haben den Herrn Minister, dann einen Ministerialdirektor – wie üblich –, dann noch einen Ministerialdirektor für IT, und jetzt kommt noch ein Staatssekretär, der eigentlich gar nicht so richtig verortet ist.

Die Digitalisierung führt in Ihrem Ministerium bisher ein Schattendasein. Sie haben zwölf Stellen

(Minister Thomas Strobl: Hoffentlich bald ein paar mehr!)

jetzt zu besetzen. Dort reicht es noch nicht einmal für eine Abteilung, wie der Herr Ministerialdirektor – einer von vielen in Ihrem Haus – im Innenausschuss ausgeführt hat. Wir fragen uns schon: Was macht Herr Jäger denn dann konkret,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schaffen!)

zumal das Thema Migration ja in Ihrer Abteilung 7 angesiedelt ist? Deshalb machen wir, die SPD, diese politische Aufblähung im Innenministerium nicht mit.

Wir hätten erwartet, dass ein Ministerium, das sich jetzt um die Aufgabenbereiche Digitalisierung und Migration erweitert, dort auch personell Schwerpunkte setzt. Das ist aber gerade nicht der Fall. Wir haben vom Kollegen Wald gerade gehört, welches Aufgabengebiet dem neuen Staatssekretär zu kommen soll. Das sind die Gebiete, die in den einzelnen Abteilungen des Innenministeriums schon bisher durchaus sachkundig und zuverlässig aufgearbeitet werden. Deshalb werden wir diesem Teil des Gesetzentwurfs nicht zustimmen.

Ich bitte Sie, Herr Präsident, nachher über Artikel 1 und über Artikel 2 Nummer 2 Buchstabe d – da geht es nämlich um die Ausweisung dieser Staatssekretärsstelle – getrennt abstimmen zu lassen. Weil der Schwerpunkt des Gesetzentwurfs natürlich in den Stellen liegt, die für den Parlamentsbetrieb not-

wendig sind, werden wir am Ende nolens volens diesem Gesetzentwurf insgesamt zustimmen, damit die Stellen für die Landtagsverwaltung im Sinne einer effektiven Arbeit möglichst zügig besetzt werden können.

In diesem Sinn hoffen und wünschen wir, dass wir noch erfahren, was Herr Jäger als Staatssekretär so machen wird;

(Zuruf von der SPD: Jagen!)

denn eine B-10-Besoldung ist schließlich keine Kleinigkeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die ABW erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner ABW:** Ich bin umgeben von rechtsextremistischen Parteien.

(Abg. Tobias Wald CDU: Oh Gott! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Vorhin war es noch Linksextremismus! – Abg. Nicole Razavi CDU: Geht's eigentlich noch? – Weitere Zurufe)

Die CDU gehört mit dazu, wenn man die Verwicklungen von Abgeordneten im Berliner Senat einbezieht, die im braunen Sumpf gewildert haben, wie es jetzt offenkundig wurde.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

„Geheimgespräche und Vetterleswirtschaft“ – wenn man ein Buch über diese Regierung schreiben müsste, wäre das wohl der beste Titel.

Herr Minister Strobl und seine Kollegen regen sich darüber auf, dass wir die durch die Geschäftsordnung zugesicherten Rechte zweier Fraktionen ausnutzen, während sie zur gleichen Zeit den Wähler an der Nase herumführen.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Eine Schimäre!)

Verstehen Sie mich nicht falsch, Herr Minister. Ich verstehe schon, dass die Villa Reitzenstein wesentlich schöner ist als das Marrahaus in Heilbronn oder die Willy-Brandt-Straße. Da muss man rechtzeitig schauen, wo man bleibt.

Umso spannender finde ich es, dass die Grünen Sie sogar aktiv dabei unterstützen, am eigenen Thron zu sägen. Respekt für den Ministerpräsidenten, der leider gar nicht da ist. Was Sie betreiben, ist kalter Krieg, und zwar kalter Krieg zulasten des Steuerzahlers.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Natürlich können Sie in den Gesetzentwurf unter E schreiben: Keine Kosten für Private. Fakt ist aber, dass so jeden Monat Steuergelder, also die Gelder der Privaten, für jemanden ausgegeben werden, dessen eigentliches Ziel es ist, die CDU in Baden-Württemberg bis 2021 wieder auf Vordermann zu bringen, sodass Sie endlich Ministerpräsident werden können, Herr Minister Strobl.



(Dr. Heinrich Fiechter)

Herr Strobl, Sie erinnern mich an die Comicfigur Isnogud. Vielleicht kennt der eine oder andere diese Comicfigur auch. Nur lautet es in Ihrem Fall nicht: „Ich will Kalif werden anstelle des Kalifen“, sondern: „Ich will Ministerpräsident anstelle des Ministerpräsidenten werden.“ Dass Sie für Schwiegerpapas Liebling, den Sie angeblich für diesen Posten einstellen wollen,

(Abg. Winfried Mack CDU: Jeder blamiert sich, wie er kann!)

bereits in den Koalitionsverhandlungen eine B-10-Stelle verlangt haben, ist eine schiere Frechheit.

(Zurufe von den Grünen und der CDU)

Brauchen Sie diesen B-10-Potenzverstärker gegen die Grünen wirklich?

(Zuruf von den Grünen: Jetzt aber!)

Wenn Sie so eine große Angst vor Frau Sitzmann und Herrn Murawski haben, dann hätten Sie vielleicht erst gar nicht Ja zu Grün-Schwarz sagen sollen. Wenn sich Ihre Minister bereits jetzt über das Zusammenspiel von Herrn Kretschmann und Frau Sitzmann beschwerten, sollten Sie nicht darüber nachdenken, eine Gegenmacht aufzubauen,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Zur Sache, bitte!)

sondern vielleicht einmal in die Mediation gehen.

(Zuruf: Haben Sie da eine Empfehlung?)

Wir brauchen keine überbezahlten Cheflobbyisten, auch wenn Sie, Herr Strobl, gern fragliche Netzwerke aufbauen. Ich denke da nur an Ihren Nachbarn, Herrn Distelbarth. Wir brauchen auch keine zweite Staatskanzlei, wie es Herr Stichelberger zu Recht bemerkte. Es darf auch nicht das Ziel einer Regierung sein, Steuergelder zu missbrauchen, um sich bereits für die nächsten Landtagswahlen zu positionieren.

Ihre teure Umstrukturierung kostet viel Geld und dient nur dazu, Ihr eigenes Machtzentrum weiter auszubauen. Bereits unter Grün-Rot wurde das Staatsministerium massiv ausgebaut, man könnte auch von aufgebläht sprechen. Jetzt sollen schon wieder neue Stellen geschaffen werden.

Herr Minister Strobl, Sie schreiben sich doch die Digitalisierung auf die Fahne. Warum nutzen Sie dann nicht die Möglichkeiten? Schon einmal etwas von Wirtschaft 4.0 gehört oder von Lean Management? Nein.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Stattdessen blasen Sie den Verwaltungsapparat nur noch weiter auf. Irgendwie muss man seine Wahlhelfer ja belohnen.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

Herr Strobl, seien wir einmal ehrlich: Ein Herr Jäger wird Ihnen hier in Baden-Württemberg nichts nützen, solange Sie in Berlin so eine hundsmiserable Politik machen.

(Beifall bei Abgeordneten der ABW)

Darum schlage ich vor: Sparen Sie sich dieses Geld und lassen Sie es uns in etwas investieren, das es wert ist, nämlich die Bildung der Kinder.

(Beifall bei der ABW und der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Glück.

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Heute ist die zweite Lesung eines Gesetzes mit zwei Teilen. Im zweiten Teil geht es um die Anpassung von Landtagsstellen. Im Mai dieses Jahres wurde hier zwischen den Fraktionen ein Konsens erreicht.

Ganz offensichtlich wird aber ein interfraktioneller Konsens von den Regierungsfractionen als Aufforderung missverstanden, der Opposition ein Kuckucksei unterjubeln zu wollen. Es geht nämlich im ersten Teil des Gesetzentwurfs um die Schaffung einer neuen, immerhin mit monatlich über 12 000 € vergüteten B-10-Beamtenstelle für den Geschäftsbereich des stellvertretenden Ministerpräsidenten.

Obwohl es schon seit Dekaden stellvertretende Ministerpräsidenten gibt, gab es eine solche Stelle noch nie. Denn diese ist nicht notwendig. Es geht eben auch nicht um Notwendigkeit, sondern – der Vorwurf steht im Raum – es geht darum, dass die CDU auf Augenhöhe mit den Grünen erscheinen möchte.

(Beifall des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihre Aufgabe als Regierung ist es aber nicht, zu streiten, wer das größte Schaufelchen im Sandkasten hat, sondern Ihre Aufgabe ist es, Probleme im Land zu lösen, für eine gute Bildung zu sorgen, für innere Sicherheit, schnelles Internet für alle, für Anreize zur Schaffung neuen Wohnraums oder eben auch für den Abbau des Schuldenbergs im Sinne der Generationengerechtigkeit. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist ein Auszug aus Ihrem Aufgabenkatalog. Dazu gehören keine Sandkastenspielen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der ABW)

Nachdem der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Andreas Schwarz, bei der Pressekonferenz zur Bilanz nach 100 Tagen grün-schwarzer Regierung ankündigte, dass die Grünen ihren politischen Schwerpunkt nun in den Bereichen Polizei, Digitalisierung und „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ setzen wollen – und somit in tiefschwarzes CDU-Territorium vorgezogen sind –, holt die CDU nun zum Gegenschlag aus und will eine „Anti-Staatskanzlei“ – gewissermaßen mit einem „Anti-Murawski“ – schaffen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: „Anti-Murawski“ oder „Spiegel-Murawski“? – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Juni hat Finanzministerin Sitzmann gesagt, man wolle im Haushalt 2017 800 Millionen € einsparen, und dazu müssten eben auch die Beamten einen Beitrag leisten. Das kann man natürlich so machen. Dabei handelt es sich um eine politische Entscheidung. Aber die Eingangsbesoldung bei den kleinen Beamten – bei



(Andreas Glück)

den Polizisten und Lehrern – abzusenken und dort zu sparen, zeitgleich aber bei den Großkopfen richtig zuzulangen, das ist ein ganz, ganz schlechter Stil.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: 1 480-Stellen-Programm! Da werden ausschließlich Stellen im höheren Dienst abgebaut!)

Wenn der Ministerpräsident auf der Regierungsbank sitzen würde, würde ich ihn daran erinnern: Jawohl, Regieren ist eine Stilfrage, und das ist ein ganz, ganz schlechter Stil, den wir hier zu sehen bekommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der ABW)

Herr Kollege Rösler, dass es Ihnen natürlich jetzt recht wäre, wenn wir, die Opposition, auf eine Aussprache verzichten würden, und Sie das lieber unter den Teppich kehren würden,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Da ist nichts, was man unter den Teppich kehren könnte! Es ist schon alles gesagt!)

kann ich an Ihrer Stelle gut nachvollziehen. Solche Dinge müssen aber von der Opposition aufgedeckt werden.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Es ist halt bloß nichts Neues!)

Recht gegeben hat mir in seiner letzten Rede zu diesem Thema, bei der ersten Lesung, der Innenminister selbst, der mich anlächelte und sagte: „Wissen Sie, an Ihrer Stelle würde ich genau das Gleiche sagen wie Sie.“ Ich nehme dies, Herr Strobl, durchaus als Bestärkung.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Warum haben Sie dann im Finanzausschuss nichts gesagt?)

Sind noch weitere Beispiele gefällig, Herr Rösler? Sie werfen den bisherigen Geschäftsführer von Baden-Württemberg International – trotz eines starken Rückhalts seitens der Wirtschaft – einfach raus, nur um einen eigenen grünen Parteifreund, den ehemaligen Kollegen Schmidt-Eisenlohr, mit dieser Stelle zu beglücken. Sie werfen zwei Regierungspräsidenten mit hoher Reputation einfach raus, nur um irgendwelche altgedienten Parteifreunde von Ihnen mit Posten zu versorgen.

(Minister Peter Hauk: Politische Beamte!)

Und noch ein Beispiel: Sie schaffen – völlig wirr – 100 neue Stellen in den Ministerien, sparen aber bei den kleinen Beamten und schaffen jetzt gleichzeitig eine B-10-Stelle.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Zeiten, in denen offensichtlich immer mehr Menschen das Vertrauen in die Politik verloren haben, kosten Sie das Postengeschacher aus und schenken sich voll ein. Sie gießen damit Wasser auf die Mühlen derer, die wir hier im Parlament nicht haben wollen. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren der Regierungsfaktionen, machen wir nicht mit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte damit schließen, dass ich einen Kommentar von Andreas Müller, der heute unter dem Titel „Schamlos“ in der „Stuttgarter Zeitung“

erschienen ist, aufgreife: Ihr Postengeschacher riecht nicht nur, es stinkt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Sänze das Wort.

**Abg. Emil Sänze AfD:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! In Baden-Württemberg werden derzeit etwa 390 000 Beamte, Pensionäre und Arbeitnehmer versorgt. Angesichts dieser Tatsache dachte sich die Landesregierung wohl, dass es auf einen Gehaltssprung von mehreren Hundert Euro für bestimmte Personengruppen nicht ankommt.

Nicht nur, dass sich die Landesregierung mehrere Stellen gönnt und die Administration aufbläht wie keine Regierung zuvor, nein, sie bewegt sich auch auf bekanntem Terrain, in der Tradition der Vorgängerregierungen. Sie gaukelt auch noch vor, dass dies keine Auswirkungen auf den Landeshaushalt habe. So steht im Gesetzentwurf Drucksache 16/348 unter D – Kosten für die öffentlichen Haushalte –: „Keine.“

Wie naiv ist denn diese Aussage? Man lasse sich diese Aussage auf der Zunge zergehen: „Kosten für die öffentlichen Haushalt: Keine.“

Unter E – Kosten für Private – steht im Gesetzentwurf: „Keine.“ Ich frage die Landesregierung: Wer bezahlt denn die Zechen? Das ist doch der Steuerzahler. Bei einem Landeshaushalt mit einem geplanten Volumen von rund 46,8 Milliarden € und bei Personalausgaben von über 40 % des laufenden Haushalts sind Kostenerhöhungen auf jeden Fall zu vermeiden. Damit meine ich Kosten, die heute zwar nicht sofort sichtbar werden, aber in Zukunft aufgrund erhöhter Pensionsleistungen zu Buche schlagen – es sei denn, die Landesregierung verfolgt die Absicht, sich zu einem Versorgungsamt für verdiente Parteifreunde zu entwickeln mit dem einzigen Zweck, dass diese nicht der Altersarmut anheimfallen.

Ich erinnere daran, dass das Volumen des Landeshaushalts für 2016 46,8 Milliarden € beträgt. Über 40 % der Ausgaben sind Personalkosten; diese belaufen sich auf 17 Milliarden €, sprich 17 000 Millionen € per annum.

Ich frage Sie mit allem Ernst: Für wie dumm halten Sie uns, dass Sie meinen, wir könnten einem solchen Gesetzentwurf zustimmen? Wenn Sie die Meinung vertreten, dass Sie Qualität nur schaffen, indem Sie eine Verbindlichkeit für die Zukunft auflasten, dann erinnern Sie sich an Ihre Aussage aus dem Frühjahr. In Ihrem Koalitionsvertrag äußern Sie, eine Kürzung der Pensionen für künftige Beamten stehe im Raum. Wahrscheinlich dachten Sie bei dieser Kürzung eher an diese Besoldungsgruppen und kompensieren darüber jetzt schon vorsorglich die negative Wirkung der Ausgaben für die angesprochenen Personenkreise.

(Beifall bei der AfD und Abgeordneten der ABW)

Die AfD lehnt den vorliegenden Gesetzentwurf gesamthaft ab und ermahnt die Landesregierung, nicht weiterhin Schulden aufzunehmen und weitere Verpflichtungen für die Zukunft aufzubauen. Unter „voraussehbare Risiken einzugehen“ verstehen wir alles andere als Nachhaltigkeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD und Abgeordneten der ABW)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Strobl das Wort.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Herr Präsident, verehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Auf Deutschland, auf Baden-Württemberg kommen große Herausforderungen zu. Wir müssen uns so aufstellen, dass wir diese Herausforderungen annehmen können, dass wir sie bewältigen können, dass wir gut gerüstet sind.

Deshalb war es richtig, dass der Landtag von Baden-Württemberg bereits im Nachtragshaushalt 2016 elf Stellen für die Landtagsverwaltung, auch Stellen zur Unterstützung der parlamentarischen Arbeit, ausgewiesen hat und dass in diesem Zusammenhang auch eine Stelle für das Amt eines beamteten Staatssekretärs im Innenministerium ausgebracht worden ist.

Einer Empfehlung des Innenausschusses folgend bringen wir heute die notwendigen Änderungen des Landesbeamtenrechts und des Landesbesoldungsrechts auf den Weg.

Ich bin dem Landtag von Baden-Württemberg ausdrücklich dankbar, dass damit die Möglichkeit geschaffen wird, dass der beamtete Staatssekretär im Innenministerium am Dienstag nächster Woche seinen Dienst antreten kann und wir damit die Führungsmannschaft im Innenministerium komplettieren. Der beamtete Staatssekretär wird operativ zuständig sein für den Bereich der inneren Sicherheit, das Landespolizeipräsidium, den Verfassungsschutz, den Bevölkerungsschutz und das Krisenmanagement. Amtschef im Innenministerium bleibt Julian Würtenberger. Ich bin sehr froh, auf seine Expertise, auf seine Professionalität, auf seine Erfahrung und auf seine Loyalität auch weiter zählen zu können.

Das Innenministerium ist zuständig für die Sicherheit in diesem Land. Deswegen ist es gut, dass sich mit Martin Jäger eine außerordentlich erfahrene und qualifizierte Persönlichkeit in den Dienst des Landes Baden-Württemberg stellt. Die Herausforderungen des Innenministeriums bei der inneren Sicherheit, der Terrorbekämpfung, der organisierten Kriminalität – alles, was dazugehört –, der Digitalisierung und der Migration lassen sich nicht in den nächsten drei Monaten, in den nächsten drei Jahren erledigen, sondern das sind Herausforderungen für ein Dezennium. Diese Themen werden uns über diese Legislaturperiode intensiv beschäftigen.

Deswegen freue ich mich, dass wir diese Aufgaben nun angehen können, und ich freue mich noch einmal darüber, dass eine Persönlichkeit, die in ihrer Vita bewiesen hat, große Herausforderungen annehmen und bewältigen zu können – ich formuliere ganz bewusst –, für einen Dienst am Land Baden-Württemberg zur Verfügung steht. Ich bin im Übrigen ganz sicher, dass Sie, die Abgeordneten, mit dem neuen beamteten Staatssekretär in meinem Ministerium eine ausgezeichnete Zusammenarbeit haben werden, Sie in der Regierung und auch Sie in der Opposition.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/348. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/605. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

#### Artikel 1

##### Änderung des Landesbeamtengesetzes

mit den Nummern 1 und 2. Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Artikel 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 2

##### Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg

mit den Nummern 1 und 2. Wer Artikel 2 Nummer 1 und Nummer 2 Buchstabe a bis c zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 2 Nummer 1 und Nummer 2 Buchstabe a bis c ist mehrheitlich zugestimmt.

Wer Artikel 2 Nummer 2 Buchstabe d zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist auch dem mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 3

##### Inkrafttreten

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 3 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

##### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 28. September 2016 das folgende Gesetz beschlossen:“.

##### Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

##### S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Forstverwaltungs-Kostenbeitrags-Gesetzes und des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes – Drucksache 16/597**

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Das Wort zur Begründung durch die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Peter Hauk.

Wir suchen den Herrn Minister.

(Minister Peter Hauk: Der Minister sitzt bei den Abgeordneten!)

– Hier ist er. Entschuldigung.

Bitte schön, Herr Minister.

**Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk:** Danke schön, Herr Präsident, auch für die Suche. Ein Blick in den Plenarsaal erweitert den Horizont.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Sehr verehrter Herr Präsident! Wir beraten heute über eine Änderung des Forstverwaltungs-Kostenbeitrags-Gesetzes und des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes. Der Forstverwaltungskostenbeitrag ist der Betrag, den die Städte und Gemeinden für den forstlichen Revierdienst einschließlich Forstschutz in ihren Waldungen an die Landratsämter – früher an das Land Baden-Württemberg – entrichten. Bei der Änderung des Forstverwaltungs-Kostenbeitrags-Gesetzes handelt es sich um eine rein technische Änderung, mit der wir eine umsatzsteuerliche Anpassung aus dem Jahr 2013 umsetzen.

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

Verständlicherweise stößt die Regelung bei den betroffenen pauschal besteuerten Körperschaften, die künftig diesen Beitrag einschließlich der Mehrwertsteuer bezahlen müssen, nicht nur auf Begeisterung. Hier müssen wir aber zwingend steuerrechtliche Vorgaben umsetzen. Ansonsten zahlen wir, das Land Baden-Württemberg, selbst die 19 % Mehrwertsteuer an den Bund. So ist die Umsatzbesteuerung nicht gedacht.

Im Rahmen des Anhörungsverfahrens haben sechs Verbände und Organisationen Stellungnahmen abgegeben. Die Rückmeldungen entsprachen den interessenbedingten Erwartungen und haben deshalb nicht zu einer Änderung des Entwurfs geführt.

Mit der Änderung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes setzen wir eine Koalitionsvereinbarung zwischen der Partei der Grünen und der Partei der CDU um. Zum einen geht es darum, die erforderliche Mindestfläche bei Fütterungskonzeptionen für Rehwild von 2 500 ha auf 1 500 ha abzusenken. Das ermöglicht eine spezifische Reaktion auf besondere landchaftsökologische Verhältnisse.

Die zweite Änderung betrifft die unbürokratische Verbesserung der Bejagungsmöglichkeiten für Schwarzwild im Wald im Monat März, sofern es die Wetterbedingungen in Form günstiger Schneelagen zulassen. Günstige Schneelagen sind aus jagdpraktischer und aus allgemein anerkannter meteorologischer Sicht bei einem Schneebedeckungsgrad von mindestens 50 % gegeben.

Eine Erweiterung der Bejagungsmöglichkeiten beim Schwarzwild ist aus zwei Gründen wichtig:

Zum einen gibt es lokal sehr hohe Schwarzwildbestände mit entsprechenden Wildschadensbrennpunkten und weiterhin

steigender Tendenz. Zum Zweiten besteht bei hohen Schwarzwildbeständen zunehmend die Gefahr, dass die Afrikanische Schweinepest aus anderen europäischen Ländern zu uns eingeschleppt wird. Es ist bedrohlich,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

dass sie, eigentlich aus Afrika stammend, zunächst Russland erobert hat und bereits an der Ostgrenze zu Polen neu aufgetaucht ist.

Hohe Schwarzwildbestände tragen im Zweifelsfall zu einer weiteren Ausbreitung dieser Viruskrankheit bei, die zwar nicht für Menschen, aber sehr wohl für Wild- und Hausschweine tödlich ist – eine Seuche, die, wenn Baden-Württemberg befallen wäre, mit unabsehbaren Folgen in Form wirtschaftlicher Schäden für die Bäuerinnen und Bauern im Land einherginge.

Die Neuregelung soll daher zur März-Jagd im kommenden Frühjahr 2017 greifen – deshalb auch die relative Eile.

Wie zu erwarten wurden die geplanten Änderungen vom Landesjagdverband, weiteren Verbänden mit jagdlichem Interesse und Landnutzerverbänden begrüßt. Auch die Naturschutz- und Tierschutzverbände sahen keinen Änderungsbedarf gegenüber der geplanten Änderung. Deshalb hat auch die Anhörung nicht zu einer Änderung des Entwurfs geführt, und diesen Entwurf bringe ich heute hier zur weiteren Beratung in den Landtag ein und bitte Sie um Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der CDU: Bravo!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, für die Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Pix das Wort.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Pix ist fix! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie viele Schweine hat der schon geschossen?)

**Abg. Reinhold Pix GRÜNE:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor knapp zwei Jahren haben wir das neue Jagd- und Wildtiermanagementgesetz für Baden-Württemberg verabschiedet. Dies war damals – und das ist heute immer noch so – ein Leuchtturmprojekt.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP hustet. – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Es strahlt in die ganze Bundesrepublik aus. Wir werden von vielen anderen Ländern für dieses fortschrittliche Gesetz beneidet,

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Das halte ich für ein Gerücht!)

das ein Ergebnis eines langen, intensiven Beteiligungsprozesses ist. Durch den Einbezug aller relevanten Verbände und In-



(Reinhold Pix)

stitutionen trägt dieses Gesetz wie kein anderes die Handschrift der Experten und Expertinnen

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ohne die Jäger!)

aus Wissenschaft und Praxis.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Es spiegelt den angemessenen Ausgleich der gesamtgesellschaftlichen Interessen. Unser Ziel war, ein Gesetz zu schaffen, das für mehr Naturschutz, für mehr Tierschutz und für ein modernes und innovatives Verständnis der Jagd steht, ein Gesetz, das sowohl den veränderten gesellschaftlichen Ansprüchen an die Jagd als auch neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen gerecht wird. Das ist uns mit diesem Jagd- und Wildtiermanagementgesetz auch gelungen.

Die grüne Fraktion und insbesondere ich persönlich stehen weiterhin hinter diesen Zielen. Obwohl die Gesetzesänderungen, über die wir heute reden, nicht unbedingt voll in unserem Sinn sind, bleiben die Kernpunkte des Gesetzes erhalten.

Das Gesetz basiert im Wesentlichen auf vier tragenden Säulen: erstens das dynamische Schalenmodell, zweitens das Wildtiermanagement, bestehend aus Monitoring, Wildtierbeauftragten und dem Wildtierbericht, drittens das grundsätzliche Fütterungsverbot und viertens die zweimonatige Jagd- oder Wildtierruhe. Durch die jetzt anstehenden Änderungen am Gesetz werden zwei dieser Säulen leicht modifiziert. Hier handelt es sich um Details zum Fütterungsverbot und zur Wildruhe.

Auch in Zukunft bleiben Ausnahmen bei der Rehwildfütterung nur zulässig, wenn eine Konzeption vorliegt. Die Kriterien bleiben die gleichen; lediglich die Mindestgröße der Flächen wird von 2 500 auf 1 500 ha herabgesetzt.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Auch das Prinzip der Wildtierruhe behalten wir bei. Die Probleme beim Schwarzwild – das wissen alle; es wurde von Minister Hauk auch schon benannt – sind enorm. Deshalb ermöglichen wir, und zwar lediglich im März und nur bei geschlossener oder durchbrochener Schneedecke im Wald, die Jagd auf Schwarzwild. Im April bleibt die Jagd weiterhin untersagt; eine Kirmung bleibt auch weiterhin unzulässig.

Es war von Anfang an klar, dass man an der einen oder anderen Stelle nachsteuern würde. Ich darf aus meiner Rede im Jahr 2014 zitieren:

*... ich denke, dass ... die nächsten Jahre der Praxis zeigen werden, dass sich dieses Gesetz bewährt. Dann kann in dem einen oder anderen Detail noch nachjustiert werden.*

Genau das ist jetzt der Fall: Wir justieren nach. Welche konkreten Auswirkungen diese Anpassungen haben werden, wird sich im ersten Wildtierbericht 2018 widerspiegeln. Im Monitoring werden die Auswirkungen erfasst und bewertet. Bei ungünstigen Entwicklungen wird man erneut nachjustieren.

Eines ist bereits jetzt klar: Es gibt, wie sich im Beteiligungsverfahren gezeigt hat, selten die Lösung, die alle zufriedenstellt. Wir brauchen den Ausgleich und den Kompromiss.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Daher gilt es jetzt abzuwarten und zu beobachten, welche Veränderungen die Anpassungen bei der Mindestfläche für die Fütterung und bei den Bejagungsmöglichkeiten von Schwarzwild mit sich bringen. Bis 2018 werden wir die ersten Erkenntnisse aus dem Wildtierbericht vorliegen haben.

Unser Anliegen ist es, mit diesem Gesetz weiterhin ein flexibles und praxistaugliches Instrument zu haben. Wir wollen die Jagd zukunftsfähig mit den Zielen der Ökologie, der Nachhaltigkeit, des Tierschutzes und des Naturschutzes verknüpfen.

Vielen herzlichen Dank.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Welchen Beitrag haben Sie persönlich zur Reduktion der Population geleistet? – Abg. Andreas Glück FDP/DVP meldet sich.)

– Da meldet sich noch ein Jungjäger. Jetzt weiß ich nicht, ob –

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege Pix, lassen Sie zum Schluss noch eine Nachfrage des Kollegen Glück zu?

**Abg. Reinhold Pix GRÜNE:** Ja. Die Jungjäger sind mir natürlich immer sehr willkommen.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Bitte, Kollege Glück.

**Abg. Andreas Glück FDP/DVP:** Herr Kollege Pix, vielen herzlichen Dank, dass Sie Rücksicht auch auf das Präsidium nehmen und die Frage jetzt doch noch – wenn auch spät – zulassen.

**Abg. Reinhold Pix GRÜNE:** Ja, das Timing schaffen nicht alle so gut.

**Abg. Andreas Glück FDP/DVP:** Beim Thema Jagd sollen mit dieser Gesetzesänderung Verbesserungen in zwei Punkten erzielt werden. Zum einen senkt man die Mindestfläche für Fütterungskonzeptionen für Rehwild von 2 500 auf 1 500 ha, und zum anderen ermöglicht man das Jagen von Schwarzwild im Wald in den Wildruhemonaten bei geschlossener oder teilweise geschlossener Schneedecke.

Nun konnte man ja schon vor dieser Gesetzesänderung Härtefallregelungen in Anspruch nehmen. Die oberste Jagdbehörde ...

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege, eine Frage!

**Abg. Andreas Glück FDP/DVP:** ... konnte Sondergenehmigungen erteilen, sodass, wenn man eine Fütterung machen musste, weil im Schwarzwald oder auf der Alb viel Schnee lag, dies auch möglich war.

Wo genau ist denn jetzt die Verbesserung für die Jäger im Vergleich zu dem, was vorher galt?

**Abg. Reinhold Pix GRÜNE:** Um bei der Schwarzwildbejagung anzufangen: Das entspricht eigentlich einer uralten Tradition. Die ist darin begründet, dass es bei Schnee als Hinter-



(Reinhold Pix)

grund leichter ist, Schwarzwild anzusprechen und effizient zu bejagen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Schwarz auf weiß!)

– Da gibt mir auch der Kollege Röhm recht.

Diesem Umstand kommen wir nach angesichts der Schwarzwildpopulationen, die wir zurzeit haben, um das Schwarzwild möglicherweise noch effizienter zu bejagen und auf eine Mindeststrecke zu kommen.

Das andere, was das Fütterungsverbot angeht: Das ist in § 33 Absatz 2 geregelt. Darin steht der entscheidende Satz: „Das Füttern von Wild ist verboten.“ Es ist schlicht und einfach verboten. Dann gibt es in Zukunft die Ausnahme, dass dies auf einer Mindestfläche von 1 500 ha statt auf 2 500 ha möglich ist, wenn eine Fütterungskonzeption vorliegt.

Es ist logisch – das müssten Sie eigentlich zugeben, Herr Jungjäger Glück –, dass es einfacher ist,

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Altjäger Pix!)

eine Fütterungskonzeption, bei der ja die Lebensraumgestaltung und ein artgerechtes Füttern eine ganz wesentliche Rolle spielen – – Wir wollen ja keine riesige Energie einbringen, sondern nur eine Notfütterung, wenn man so möchte. Das ist bei einer Konzeption mit 1 500 ha einfacher herzustellen.

Das heißt, wir werden der Jägerschaft in Zukunft eine Fütterung in Hochlagen des Schwarzwalds, in Hochlagen der Schwäbischen Alb, wo man längere und strengere Winter hat, erleichtern.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege, kommen Sie bitte allmählich zum Schluss.

**Abg. Reinhold Pix** GRÜNE: Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Hagel zu seiner ersten Rede in diesem Hohen Haus das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dem darf man aber Fragen stellen! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

**Abg. Manuel Hagel** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich sehr, heute meine erste Rede in diesem Hohen Haus halten zu können, insbesondere auch deshalb, weil es mir als aktivem Jäger auch eine Herzensangelegenheit ist, zum Landesjagdgesetz sprechen zu dürfen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU: Bravo!)

Die vielen Stunden, die wir als Jäger in Wald und Flur verbringen, ermöglichen uns auf einzigartige Weise, unsere Natur in ihrer ganzen Vielfalt zu begreifen.

Das Zusammenspiel von Flora und Fauna ist höchst sensibel. Denn schon kleinste Beeinflussungen auf der einen Seite können größte Reaktionen auf der anderen Seite verursachen.

So ist aus diesem Gleichgewicht über Jahrhunderte eine einzigartige Kulturlandschaft in unserem Land entsprungen. Diese gilt es auch heute für kommende Generationen sinnvoll zu bewahren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Gute Analyse!)

Das besondere Element in dieser Balance aus gelebtem Tier- und Naturschutz sind die Jägerinnen und Jäger bei uns in Baden-Württemberg. Sie praktizieren dies – so wie z. B. in meinem Wahlkreis Ehingen – mit Leidenschaft, mit großem Engagement und zum allergrößten Teil auch stets mit nicht unerlecklichen eigenen finanziellen Mitteln.

Die Jägerinnen und Jäger genießen bei uns in Baden-Württemberg eine umfassende und intensive Ausbildung, um ihrer verantwortungsvollen gesamtgesellschaftlichen Aufgabe klug Rechnung zu tragen. Im Fokus dieser Aufgabe steht eben weit mehr als der bloße Blick auf das Management von Wildtierarten oder die schlichte Regulierung von Wildbeständen. Die Jagd ist vor allem in Baden-Württemberg gelebte Verantwortung auch im Sinne einer naturfreundlichen Landnutzung.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

So sind nach unserem Verständnis in der CDU die Jägerinnen und Jäger geprüfte und für das Gesamtsystem sehr bedeutende Natur- und Artenschützer. So waren es die Jäger und Förster, die vor Hunderten von Jahren die heute so vielfach zitierte Nachhaltigkeit und den verantwortungsvollen Umgang mit der Natur und allen Ressourcen maßgeblich geprägt haben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Für diese wertvolle Arbeit sage ich allen Jägerinnen und Jägern in Baden-Württemberg im Namen der CDU-Landtagsfraktion von ganzem Herzen: Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gern geschehen! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Die wahren Grünen!)

Uns war und ist es daher ein Anliegen, dass das Jagd- und Wildtiermanagementgesetz nun in zwei Punkten dringend geändert wird. Denn erstens kommen wir einer klugen Vereinbarung aus unserem Koalitionsvertrag nach und zweitens – das ist uns ganz besonders und vorrangig wichtig –: Die Änderungen erfolgen zugunsten der Erkenntnisse aus der jagdlichen Praxis. Das Jagd- und Wildtiermanagementgesetz wird damit zügig weiterentwickelt. Mit den Änderungen des von der Vorgängerregierung eingeführten Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes wollen wir nun an den zentralen und für die praktische Tätigkeit wichtigen Stellen notwendige Anpassungen vornehmen. Dafür sage ich an dieser Stelle auch der Hauspitze des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Peter Hauk und Friedlinde Gurr-Hirsch – vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

(Manuel Hagel)

Mit diesem Gesetzentwurf soll für die Jägerinnen und Jäger in unserem Land eine unbürokratische Möglichkeit geschaffen werden, um aufgrund der steigenden Schwarzwildbestände Wildschweine im März bei günstigen Schneelagen auch im Wald bejagen zu können. Aufgrund der entsprechenden Wildschadenssituation erachten wir es daher als sinnvoll, diese Möglichkeit nicht zu verzögern, sondern bereits für die März-Jagd 2017 den Jägerinnen und Jägern in unserem Land bereitzustellen.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Da werden sich die Schwarzen wieder ausbreiten!)

Dies wie auch die Verringerung der erforderlichen Mindestfläche für Fütterungskonzeptionen bei Rehwild von 2 500 auf 1 500 ha wurde fachkundig vom Landesjagdverband sowie weiteren kundigen Verbänden ausdrücklich begrüßt. Diese Änderung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes schafft die Möglichkeit, im Sinne bester gelebter Subsidiarität flexibel auf lokale Besonderheiten reagieren zu können.

Wir freuen uns, dass in diesem Gesetzentwurf auch Änderungen des Forstverwaltungs-Kostenbeitrags-Gesetzes angepackt werden und so nun endlich Rechtskonformität geschaffen wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Es ist nun – endlich – an der Zeit, hinsichtlich des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes die umfassenden Erfahrungen aus der Praxis ernst zu nehmen und das Gehörte und als richtig Erkannte auch umzusetzen, und zwar fernab jeglicher Ideologie, sondern mit Blick aus der Praxis für die Praxis.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Für uns, die CDU-Landtagsfraktion, ist daher klar, dass es unser Ziel sein muss, das Jagd- und Wildtiermanagementgesetz weiter zu evaluieren und, soweit erforderlich, anzupassen. Lassen Sie uns daher das einzigartige Wesen der Jagd in seinem traditionsreichen Charakter erhalten. Lassen Sie uns gemeinsam nach weiteren Lösungen im Sinne aller Beteiligten suchen, um unseren Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung in Wald und Flur zu leisten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die SPD-Fraktion erlaube ich das Wort Herrn Abg. Gall.

**Abg. Reinhold Gall SPD:** Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich erlaube mir, obwohl ich die Ausführungen des Vorredners jedenfalls weitestgehend unterstreichen kann,

(Beifall der Abg. Nicole Razavi CDU)

den Hinweis, dass es nicht Inhalt des zugrunde liegenden Gesetzes ist, die Arbeit der Jägerinnen und Jäger in unserem Land geringzuschätzen. Wir haben in der Vergangenheit in der Diskussion um das Jagd- und Wildtiermanagementgesetz immer wieder, auch wenn wir unterschiedlicher Auffassung ge-

wesen sind, deutlich zum Ausdruck gebracht, dass auch wir, die SPD-Fraktion, diesen Dienst – ich will es ausdrücklich so nennen – an Natur und Landschaft in der Tat zu schätzen wissen und dass Inhalt dieses Gesetzes einfach die Rahmenbedingungen sind, innerhalb derer diese Arbeit und dieses Engagement stattfinden.

Herr Minister, Sie haben zweifelsohne recht: Die Änderungen am Forstverwaltungs-Kostenbeitrags-Gesetz sind überwiegend technischer Natur. Richtigerweise muss man aber, denke ich, sagen: Sie sind technisch-finanzieller Natur. Denn einige sind finanziell von diesen Veränderungen betroffen. Dies scheint aber nach Auffassung der Finanzverwaltung schlicht und ergreifend erforderlich zu sein. Ob es wirklich unumgänglich ist, möchte ich mal dahingestellt sein lassen. Da gibt es ja Vorschläge seitens des Städte- und des Gemeindetags. Ich denke, darüber können wir noch in der Ausschussberatung diskutieren.

Erstaunt kann man aber schon darüber sein, wie Sie versuchen – da meine ich gerade die Kolleginnen und Kollegen der CDU –, Ihre vollmundigen Ankündigungen im Rahmen des Wahlkampfes jetzt umzusetzen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Dort haben Sie die Aussage getroffen, dieses Gesetz werde geschliffen, wenn Sie an die Regierung kommen, jedenfalls werde es kassiert oder in wesentlichen Teilen verändert.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Was Sie jetzt quasi im Huckepackverfahren vornehmen, sind nun wirklich marginale Veränderungen am Gesetz.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dies wird Ihrem Anspruch, den Sie gegenüber der Jägerschaft geäußert haben, letztlich in keiner Weise gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Genau so ist es!)

Ich will aber ausdrücklich sagen: Das kritisiere ich nicht unbedingt. Denn es ist natürlich wahr: Dieses Gesetz stammt mit aus unserer Feder. Das ist ganz einfach so, wenngleich – das haben wir auch damals schon deutlich gemacht – auch wir bei diesem Gesetz die eine oder andere grüne Kröte schlucken mussten; überhaupt keine Frage.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Kollege Schmiedel!)

Jedenfalls ist das nach unserem Dafürhalten der Versuch, Ihre vollmundigen Ankündigungen aus dem Wahlkampf jetzt wieder zu kassieren oder jedenfalls zu relativieren. Ich will ausdrücklich sagen: Mit diesen Änderungen anerkennen Sie das geltende Gesetz und dessen Regularien und Rahmenbedingungen, und Sie sollten auch die Größe haben, dies gegenüber der Jägerschaft genau so zu vertreten. Ab sofort ist dieses Gesetz – jedenfalls wenn es in der zweiten Lesung beschlossen wird – dann auch Ihr Gesetz.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sehr gut!)

(Reinhold Gall)

Denn das heißt, dann funktioniert dieses Spiel nicht mehr, sich hinter den Grünen zu verstecken.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Dann haben auch Sie diese Regelungen gegenüber der Jägerschaft zu verantworten.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Fachlich haben wir durchaus Zweifel daran, dass diese marginalen Änderungen tatsächlich dem gewünschten Ziel Rechnung tragen, mehr Schwarzwild zur Strecke zu bringen. Im Gesetzentwurf ist ja ziemlich klar formuliert, auf was man sich dabei stützt, nämlich auf mehr Schnee im März. Das scheint mir eine ziemlich optimistische Vorstellung zu sein,

(Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Kunstschnee!)

dass dies zukünftig auf Dauer so tragen wird. Das „Instrument“, in der Zukunft mehr Schnee zu erwarten, wird nach unserem Dafürhalten in der Zukunft so nicht zur Verfügung stehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich meine dies durchaus sachlich. Ich will damit sagen: Ich finde, es gibt schon Anlass, darüber nachzudenken, welche sonstigen Möglichkeiten effektiver wären, beispielsweise die Durchführung größerer Bewegungsjagden. Da sind wir durchaus gesprächsbereit. Es gibt ja im Land durchaus auch Revierbezirke, in denen dies erfolgreich gemacht wird. Da würden wir uns in der Tat mehr Engagement des Landes wünschen, damit dies dann vollumfänglich umgesetzt werden kann. Wir haben im Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz noch Gelegenheit, beispielsweise bei der Behandlung unseres Antrags heute Nachmittag, dies noch ausführlicher miteinander zu diskutieren.

Ob die vorgesehene Veränderung der Gebietsgrößen für die Fütterungskonzeption ein taugliches Mittel ist, den Umfang bzw. die Zahl des Rehwilds zu beschränken, wagen wir ebenfalls zu bezweifeln. Da erscheint uns nämlich der Zeitraum, der Sie veranlasst hat, zu diesem Ergebnis zu kommen, diese Fläche entsprechend zu verringern, sehr kurz. Ich weiß, Herr Kollege Pix, wann das Gesetz verabschiedet worden ist. Aber seien wir doch mal ehrlich: Wirklich greifen und wirken tut es gerade mal seit einem Jahr. Da hätten wir uns einfach vorgestellt, dass eine vollumfängliche Evaluierung vielleicht nach drei Jahren stattfindet und nicht Stück für Stück nachgesteuert wird, sondern dann wirklich alles, was beschlossen worden ist, auf den Prüfstand genommen wird.

Ergo: Der Gesetzentwurf scheint uns in der Tat ziemlich unausgegoren zu sein. Er springt zu kurz. Er dient eher dazu, den Koalitionsfrieden in der Regierungskoalition herzustellen, weil es dort unterschiedliche Auffassungen gibt. Das hat man bei der Wortmeldung des Kollegen Pix deutlich in Ihren Reihen gemerkt. Er ist also eher dem Koalitionsfrieden geschuldet und dient nicht unbedingt der Sache.

Aber ich denke, wir werden in naher Zukunft Gelegenheit haben, uns über weitere Veränderungen am Jagd- und Wildtiermanagementgesetz ausreichend Gedanken zu machen. Sie merken, mit uns kann man darüber reden. Wir sind durchaus für praktikable Vorschläge zu haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die ABW-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Stein.

(Beifall bei der ABW und der AfD)

**Abg. Udo Stein ABW:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf teilt sich in zwei Teile auf. Der erste Teil befasst sich mit einer Steuererhöhung, die auf die Kommunen umgewälzt wird. Das finde ich natürlich toll, dass das Land dann sagt: „Wir haben eine schwarze Null, und den Schwarzen Peter geben wir den Kommunen weiter

(Widerspruch bei den Grünen – Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

mit der Erhöhung von 15 auf 19 %.“

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil!)

Den zweiten Punkt in diesem Gesetz, was die Jäger angeht, halte ich für ein schönes Zeichen der Regierung. Schauen wir einmal, was in den Geheimpapieren steht. Dort steht:

*Beide Parteien vereinbaren sich, bei Änderungen am Jagdgesetz keine Novelle des selbigen vorzunehmen, ...*

Das steht offiziell drin. Genau so wird es auch von den Jägern aufgefasst.

(Zuruf des Abg. Felix Schreiner CDU)

Ich kann die Mitglieder der CDU bitten: Reden Sie einmal mit den Jägern, die bei Ihnen noch Mitglied sind; denn die sind sehr, sehr enttäuscht.

(Abg. Manuel Hagel CDU: Sind Sie Jäger? – Gegenruf: Wilderer! – Heiterkeit)

– Ich bin dabei, meinen Jagdschein zu machen.

Aber reden Sie einmal mit Ihren eigenen Leuten. Minister Hauk verspricht vor der Wahl jede Menge, was den Jägern zugutekommen soll, und das Resultat ist enttäuschend für die Jäger. Wenn Sie, die CDU, sagen, Sie machten das ideologiefrei, dann sage ich Ihnen: Das ist mit den Grünen leider nicht zu machen.

(Beifall bei der ABW und der AfD)

Wenn Sie von Expertenmeinungen sprechen: Ich finde es auch sehr enttäuschend,

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Sie waren nicht mit am Tisch, das stimmt!)



(Udo Stein)

wenn Experten zum Thema Wildschweinbejagung davon reden, dass man die Bestände dezimieren kann, indem man dann im März bei Schneelage Wildschweine bejagt. Das ist schon enttäuschend. Was für Experten das sind und wie die dann finanziert werden – da sieht man ja dann, wofür man das Geld braucht.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE – Abg. Martin Hahn GRÜNE meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Hahn?

**Abg. Udo Stein ABW:** Nein.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Nein.

**Abg. Udo Stein ABW:** In Bezug auf die Bejagung, was Rehwild angeht, sind die Jäger auch sehr enttäuscht. Anstatt die Fütterung auf irgendwelchen Flächen ganz aufzuheben, wird es wieder nur beschränkt.

Auch von meiner Seite sage ich einmal ein ganz großes Dankeschön von der AfD an die Jäger, die sehr viel Zeit und Geld für die Jagd in Baden-Württemberg investieren.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ich dachte, Sie sind ABW?)

– ABW, AfD; ich bin auch Mitglied der AfD. Ja, wir sind noch zwei Fraktionen; das müssen wir jetzt nicht vertiefen.

(Vereinzelt Lachen bei den Grünen)

Aber einmal ein herzliches Dankeschön an die Jäger. Wenn man sich mit denen unterhält, dann zeigen sie sich auch ziemlich enttäuscht.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Manche Jäger sagen in der Zwischenzeit sogar, wenn sie nachts angerufen werden, um einen Wildschaden zu beheben: „Wir machen das nicht mehr, das soll die Gemeinde machen.“ Da fehlt mir einfach ein bisschen die Anerkennung der Jäger, wenn sie schon so weit sind, dass solche Sachen gar nicht mehr passieren; denn die Jäger leisten einen sehr, sehr großen Beitrag für die Gesellschaft. Viele sind von der CDU massiv enttäuscht.

Dieser Gesetzentwurf geht mir einfach nicht weit genug. Wir können gern darüber beraten. Es sind verschiedene Punkte gar nicht enthalten, beispielsweise eine Einführung des Einsatzes von Wildtierkameras, eine Ausweitung der Wildschweinjagd ohne zeitliche Begrenzung. Denn die Gefahren sind ja da, wie man hört, etwa Krankheitsgefahren. Die Bestände insgesamt sind auch enorm hoch, so hoch wie noch nie. Da muss man ansetzen, aber nicht bei irgendwelchen zeitlichen Begrenzungen im März bei Schneelage.

Ich bin sehr gespannt, wie Sie den Rückhalt in der Jägerschaft hinbekommen wollen, wenn Sie mit den Grünen kuscheln und sagen, dass Sie das ideologiefrei machen wollen. Ich bin echt enttäuscht. Mitglieder und langjährige CDU-Unterstützer melden sich bei mir und tun ihre Enttäuschung über Ihre Jagdpo-

litik kund. Überlegen Sie einfach einmal, ob Sie sich damit einen Gefallen tun, auch mit dem Koalitionspartner.

Danke schön.

(Beifall bei der ABW und der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger das Wort.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich drei Komplimente aussprechen.

Das erste Kompliment richtet sich an den Kollegen Gall. Dass Sie ein guter Feuerwehrmann sind, wusste ich schon. Außerdem sind Sie im Weinbau und im Jagdbereich aktiv. Ich muss Ihnen ein Kompliment dafür machen, dass Sie dieses kosmetische Gesetzesänderungswerk hier so toll dargestellt haben. Genau so ist es. Man muss gar nicht mehr so viel hinzufügen. Ich danke auch den Agrarsprechern Ihrer Fraktion, die zum Teil nicht mehr im Parlament sind. Mein Dank gilt auch Herrn Kollegen Schmiedel, der mit seinem Einfluss bei den Kollegen der grünen Fraktion bei der Überarbeitung dieses Gesetzes noch Schlimmeres verhindert hat.

Nun zum zweiten Kompliment. Herr Hagel, ich stehe voll und ganz hinter dem, was Sie grundsätzlich zu den Jägern gesagt haben. Das ist wirklich so. Das war aber eigentlich am Thema vorbei. Sie hätten sagen müssen, dass Sie etwas unterzeichnet haben und bei etwas mitmachen, das nur Kosmetik ist und das in der Praxis nichts bringt. Das geht an der Praxis weiterhin vorbei; denn viele praktische Dinge sind mit diesem Gesetz nicht möglich. Gerade wurde schon manches genannt. Aber ein Kompliment für die gute Grundsatzrede. Wir stehen alle dahinter. Das haben wir auch in der letzten Legislaturperiode gesehen.

In der Sache muss ich aber schon fragen, ob es ein Fortschritt ist, wenn es um 202 m statt um 198 m geht, wenn es um 1 500 ha statt um 2 500 ha geht. Das ist reine Kosmetik, um den Koalitionsfrieden zu erhalten.

Schauen Sie sich einmal Ihr Wahlprogramm an. Der damalige Fraktionsvorsitzende und Spitzenkandidat der CDU, Guido Wolf, hat damals vor rund 3 000 Jägern Versprechungen abgegeben und dabei vieles richtig erkannt und beschrieben. Davon ist in diesem Gesetzentwurf aber nichts übrig geblieben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Sie sind als Tiger gestartet und nicht einmal als Bettvorleger, sondern eigentlich nur als kleiner grüner Waschlappen gelandet. Das ist das Ergebnis, das in diesem Gesetzentwurf steht.

(Beifall bei der FDP/DVP, der ABW und der AfD – Abg. Felix Schreiner CDU: Wir reden über Schwarzwild!)

– Schwarzwild. Im Gegensatz zur Population dort ist Ihre Population kleiner geworden. Das ist richtig.

(Heiterkeit bei der ABW und der AfD – Vereinzelt Beifall – Zuruf: Das sagt der Richtige!)



(Dr. Friedrich Bullinger)

Worum geht es in Artikel 1? Der Gesetzentwurf regelt den Forstverwaltungskostenbeitrag neu. Das ist erforderlich – wir haben es gehört –, da die Betreuung des Kommunalwalds durch die Landratsämter nach Einschätzung der Finanzverwaltung seit dem 1. Januar 2014 nicht mehr als umsatzsteuerfreie hoheitliche Beistandsleistung zu bewerten ist. Es ist also höchste Zeit, wenn man das zum 1. Januar 2017 umsetzen möchte. Deshalb die Eile, und deshalb erfolgt bereits heute Nachmittag die detaillierte Beratung im Ausschuss. Man wird nicht dagegen sein können; denn das ist einfach die verwaltungsmäßige Umsetzung.

Meine Damen und Herren, Ziel der Änderung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes ist es, punktuelle Änderungen vorzunehmen. Die Änderungen sind aber reine Kosmetik.

Das dritte Kompliment geht an die Grünen. Ihnen ist es gelungen, kein Jota von dem Unsinnigen wegzunehmen, was darin steht. Sie haben Akzeptanz bekommen. Herr Gall, Sie haben vollkommen recht. Das immer noch unpraktikable Gesetz ist jetzt auch ein Gesetz der CDU. Das muss man einmal klar sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der ABW und der AfD – Zuruf: Das hat Herr Gall schon gesagt!)

– Was richtig ist, kann man wiederholen, Kollege. Das wird deshalb nicht schlechter.

(Vereinzelt Beifall)

Es gibt viele hier, die Falsches wiederholen und glauben, dass es dadurch besser wird. Das ist der Umkehrschluss.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, im Landtagswahlprogramm der CDU steht ganz klar unter Abschnitt 140 – Jäger statt „Wildtiermanager“ –:

*Die CDU will zur Befriedung bei Streitigkeiten und zur Erleichterung gütlicher Einigungen eine Wiedereinführung des behördlichen Vorverfahrens bei der Wildschadensregulierung, eine Aufhebung der Verbote der Fütterung und bestimmter Jagdarten.*

Alles Sprüche, nichts gehalten. Meine Damen und Herren, mit dicken Backen haben Sie hier Versprechungen abgegeben, konnten aber nicht einmal die wichtigsten Änderungen, die man vornehmen müsste – nebenbei: auch im Fischereirecht –, erreichen. Nichts von dem ist enthalten. Es ist lediglich einer von den 500 Prüfaufträgen, die Sie gerade abarbeiten. So beschreibt es der Koalitionsvertrag.

Meine Damen und Herren, wenn Sie zu Detailänderungen – wie gesagt, ich möchte jetzt hierauf nicht eingehen; das machen wir heute Nachmittag im Ausschuss – nicht imstande sind, dann müssen wir irgendwann einmal das ganze Gesetz auf den Prüfstand stellen. Dann werden wir sehen, wie praktikabel bzw. unpraktikabel dieses Gesetz ist.

Ich freue mich auf die Beratung heute Nachmittag. Auf jeden Fall beinhaltet dieser Gesetzentwurf keine Gesetzesänderung im Sinne von Verbesserung, sondern lediglich Kosmetik.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der ABW und der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Stauch.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und der ABW)

**Abg. Hans Peter Stauch** AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, wertere Kolleginnen und Kollegen! Die Änderung des Forstverwaltungs-Kostenbeitrags-Gesetzes zur Herstellung der Rechtssicherheit erachten auch wir als notwendig. Nur an der Umsetzung hapert es.

Leider wurden keine Alternativen, die keine Mehrbelastung für die Kommunen bedeuten würden, in den Gesetzentwurf aufgenommen. Wir denken hier beispielsweise an die Anregung des Gemeindetags, des Städtetags und der Forstkammer, den Kostenbeitrag als Bruttobeitrag zu verstehen.

Heute Vormittag erklärten Sie, dass die Gemeinden für den sozialen Wohnungsbau entlastet werden müssen. Dann ist es schwer zu vermitteln, dass die ohnehin schon geschöpften Gemeinden noch einmal belastet werden sollen.

Auf der einen Seite gibt es Gemeinden, die darüber beraten müssen, ob sie sich jetzt neue Schultoiletten leisten können oder nicht; ein paar Tausend Euro können im Haushalt einer kleinen Gemeinde viel ausmachen. Auf der anderen Seite hat das Land scheinbar so viel Geld, dass dieses für allerlei unsinnige Aktionspläne verschwendet werden kann.

(Beifall bei der AfD und der ABW)

Wir werden uns dafür einsetzen, dass hier eine die Kommunen schonende Lösung gefunden wird. Es sollte generell der Ansatz sein, das Geld möglichst bei den Kommunen zu belassen, statt ihnen alles zu entziehen und als Subventionen zurückzuüberweisen.

(Beifall bei der AfD und der ABW)

Beim Thema Jagd wird wohl am deutlichsten, dass es sich bei dem Koalitionsvertrag zwischen Grün und Schwarz vielmehr um einen Kapitulationsvertrag der Union gegenüber den Grünen handelt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und der ABW – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Wir werden alle sinnvollen Vorstöße unterstützen, die die Jäger wieder entlasten und ihnen mehr Handlungsfreiheit gewähren. Aber wir werden auch immer deutlich machen, wenn ein Vorstoß nicht weit genug geht. Genau dies ist hier der Fall.

Eine Senkung der Flächengröße für Konzeptionen für Rehwild erleichtert vielen Jägern die Fütterung. Es bleibt aber bei der Konzeption. Die Landesregierung ist anscheinend der Ansicht, dass das Ministerium besser feststellen kann, wann die Wildtiere einer Fütterung bedürfen und wann nicht.

Um eines grundsätzlich festzustellen: Wir, die AfD, lehnen es ab, für die Menschen in diesem Land Entscheidungen zu treffen, die sie selbst viel besser treffen können.

(Beifall bei der AfD und der ABW)

(Hans Peter Stauch)

Dass die grüne Ideologie wenig davon hält, den Menschen Freiheiten einzuräumen, zeigt sich auch an dieser Gesetzesänderung. Sie halten weiter an einer genehmigungspflichtigen Fütterungskonzeption fest. Wir sagen: Niemand kann besser beurteilen, wie und wann gefüttert werden muss, als der Jäger in seiner Funktion als Natur- und Tierschützer vor Ort.

Sie halten an einer bürokratischen Regelung fest, die nur auf Misstrauen gegenüber den Jägern beruht. Unsere Haltung ist daher ganz klar: Vertrauen wir den Jägern, den Experten vor Ort. Wir brauchen keine Überreglementierung.

(Unruhe)

Noch immer will die Landesregierung an der Jagdruhe für Schwarzwild festhalten. Wir können das vor allem angesichts der Schwarzwildbestände nicht nachvollziehen. Hier geht es – auch das muss genannt werden – nicht nur um die Überpopulation von Schwarzwild in Baden-Württemberg; aus dieser folgt auch ein größeres Vorkommen von Wildschäden, für die auch wieder die Jäger selbst aufkommen müssen. Sie zwingen die Jäger, dabei zuzusehen, wie Wildschäden entstehen, rauben ihnen aber jede Möglichkeit, diese effektiv einzudämmen.

„Konzeptionslose Flickschusterei“ hat die CDU das Gesetz vor zwei Jahren noch genannt. Sie machen jetzt aber genau das, was Sie Rot-Grün noch vor zwei Jahren vorgeworfen haben.

(Beifall bei der AfD und Abgeordneten der ABW –  
Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Grün-Rot!)

Es gibt von Ihnen nur kosmetische Veränderungen, um die Kritiker milde zu stimmen. Ob der Steigbügelhalter jetzt rot oder schwarz ist – die Grünen bestimmen, wo es langgeht.

(Vereinzelte Beifall – Abg. Beate Böhlen GRÜNE:  
Vorsicht! Jetzt ganz vorsichtig!)

Wenn die Grünen sich ihrer Wurzeln besinnen könnten und Umweltbewusstsein und Naturschutz wieder als Priorität betrachten würden, dann, meine Damen und Herren, könnten wir – davon bin ich überzeugt – bei diesem Thema sogar Konsens erreichen.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD und der ABW)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/597 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 12. Oktober 2016, um 10:00 Uhr statt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder der Regierung, bevor ich die Sitzung schließe, darf ich Sie noch einmal herzlich zu einem fair gehandelten Imbiss in unserer Eingangshalle einladen.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 12:51 Uhr**



**Vorschlag**

der Fraktion GRÜNE

**Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen**

Ausschuss	Funktion	scheidet aus (*ausgeschieden am 04.08.2016 mit Nieder- legung des Mandats)	tritt ein
Ständiger Ausschuss	Mitglied	Dr. Lehnig*	Hentschel
Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration	stellvertretendes Mitglied	Dr. Lehnig*	Hentschel
Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau	stellvertretendes Mitglied	Dr. Lehnig*	Hentschel
Ausschuss für Verkehr	Mitglied	Dr. Lehnig*	Hentschel
Petitionsausschuss	stellvertretendes Mitglied	Dr. Lehnig*	Hentschel
Ausschuss für Europa und Internationales	stellvertretendes Mitglied	Niemann	Pix

26.09.2016

Andreas Schwarz und Fraktion



## **Vorschlag**

der Fraktion der AfD

### **Umbesetzung bei den Schriftführern**

Funktion	scheidet aus	tritt ein
----------	--------------	-----------

---

Schriftführer	Dr. Merz	Stauch
---------------	----------	--------

20.09.2016

Dr. Merz und Fraktion